

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Timothy Garton Ash

Rückblick auf die Entspannung

Peter Bender

Der goldene Angelhaken:  
Entspannungspolitik und Systemwandel

Jens Hacker

Die Ostpolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung  
seit dem Regierungsantritt 1982

Gottfried Niedhart/Reiner Albert

Neue Ostpolitik und das Bild der Sowjetunion  
von 1968 bis 1975

Wjatscheslaw Daschitschew

Aus den Anfängen der Revision der sowjetischen  
Deutschlandpolitik

Ein Dokument zur Deutschen Frage aus dem Jahre 1987

B 14/94

8. April 1994

Timothy Garton Ash, geb. 1955; Fellow am St. Antony's College, Oxford.

Veröffentlichungen, u. a.: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas, München 1990; Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München 1993.

Peter Bender, Dr. phil., geb. 1923; seit 1954 Journalist.

Veröffentlichungen u. a.: Offensive Entspannung, Möglichkeiten für Deutschland, Köln 1964; Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag, München 1986; Unsere Erbschaft. Was war die DDR – was bleibt von ihr?, Hamburg 1992.

Jens Hacker, Dr. jur., geb. 1933; Professor für Politikwissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Internationalen Politik an der Universität Regensburg.

Veröffentlichungen u. a.: Sowjetunion und DDR zum Postdamer Abkommen, Köln 1969<sup>2</sup>; Der Rechtsstatus Deutschlands aus der Sicht der DDR, Köln 1974; Der Ostblock – Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939–1980, Baden-Baden 1985<sup>2</sup>; Deutsche Irrtümer – Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Berlin–Frankfurt/M. 1992<sup>3</sup>; sowie zahlreiche Aufsätze in Fachzeitschriften, Sammelwerken und politischen Lexika.

Gottfried Niedhart, Dr. phil., geb. 1940; Professor für Neuere Geschichte am Historischen Institut der Universität Mannheim.

Veröffentlichungen u. a.: Internationale Beziehungen 1917–1947, Paderborn 1989; (Hrsg.) Das kontinentale Europa und die britischen Inseln. Wahrnehmungsmuster und Wechselwirkungen seit der Antike, Mannheim 1993.

Reiner Albert, Dr. phil., geb. 1960; wissenschaftlicher Mitarbeiter in verschiedenen Forschungsprojekten zu internationalen Sicherheitsfragen und deutscher Zeitgeschichte.

Veröffentlichungen u. a.: Außenpolitische Planung zwischen Vision und realem Möglichkeitsraum. Woodrow Wilsons Theorieverständnis und Friedensplanung am Vorabend des 1. Weltkriegs, Münster 1993.

Wjatscheslaw Daschitschew, Dr., geb. 1925; Studium der Geschichte, der Internationalen Beziehungen und Germanistik an der Moskauer Universität; neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit war er als deutschlandpolitischer Berater verschiedener sowjetischer Regierungen tätig; im April 1989 plädierte er in einem Memorandum für die sowjetische Führung für die Überwindung der deutschen Teilung.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu historischen und internationalen Fragen.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Timothy Garton Ash

## Rückblick auf die Entspannung

---

### Anmerkungen zur Diskussion in Deutschland

---

Die Geschichte der als „Entspannung“ bekannten, vielfältigen, aber häufig unzulänglich definierten Folge westlicher Außenpolitiken, Politikansätze und Einstellungen ist noch ein aktuelles Problem. Vor allem ist die Geschichte der westdeutschen Version(en) der „Entspannung“, genannt *Entspannungs-* oder *Ostpolitik*, in Deutschland im Wahljahr eine sehr aktuelle Frage.

Diese „Aktualität“ und vor allem diese besondere deutsche, parteipolitische Aktualität der Frage, die es in vergleichbarer Form in keinem anderen westlichen Land gibt, bedeutet, daß die Beteiligten auf allen Seiten versucht sind, umfassende Verallgemeinerungen aufzustellen hinsichtlich des Einflusses des Westens auf die Politik des Ostens oder umgekehrt, wie die Diskussion um die Rolle Herbert Wehners zeigt. Auf diese Weise wiederholen wir post factum eine der Eigentümlichkeiten der Debatten um die Entspannung in dieser Zeit. Damals handelte es sich um simplifizierte und spekulative Äußerungen über die Zukunft, heute über die Vergangenheit. Diejenigen, die Jacob Burckhardt als *terribles simplificateurs* charakterisierte, sind wieder oder immer noch am Werk.

Das überrascht vielleicht nicht. Auch ist die politische Auseinandersetzung nicht völlig ohne positive Ergebnisse. Ich habe schon an anderer Stelle angeführt<sup>1</sup>, daß ein kleiner Witwenstreit tatsächlich mehr neue Fakten und Dokumente ans Licht bringen könne als ein ganzer Historikerstreit. Andererseits könnte die politisierende Weise der Debatte den Zugang zu den Quellen, die nun wirklich zugänglich gemacht werden sollten, weiter hinauszögern. Das beträfe z. B. eine der wichtigsten Quellensammlungen zur Erforschung der deutsch-deutschen Beziehungen. Es handelt sich dabei um die Akten der BRD-Abteilung des

---

Deutsche Übersetzung: Uta Mayer, Rheinbreitbach.

1 Vgl. Timothy Garton Ash, Was bedeuten die Willy-Brandt-Papiere?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 1. 1994, S. 29.

Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Dort wurden die Aufzeichnungen der wichtigsten deutsch-deutschen politischen Gespräche zwischen 1970 und 1990 aufbewahrt. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hat immer wieder darauf bestanden, diese für eine wissenschaftliche Untersuchung zugänglich zu machen.

Nach meiner Meinung besteht das größte Hindernis, diese Geschichte angemessen darzustellen, nicht darin, daß wichtige Quellen nur zum Teil zur Verfügung stehen. Das größte Problem liegt in der bloßen Komplexität des Gegenstandes, und zudem sind die Verbindungen, die zwischen den Ursachen westlicher Politik und den Auswirkungen auf die Politik und Gesellschaft des Ostens hergestellt werden können, äußerst dünn. Das liegt zum Teil daran, daß die kommunistischen Regime aus ganz offensichtlichen Gründen immer darum bemüht waren, den Einfluß der Westpolitik herunterzuspielen, obwohl man in den Aufzeichnungen des SED-Politbüros gelegentlich erstaunlich offene Bekenntnisse zu Verbindungen findet, die sonst energisch geleugnet wurden. Das liegt zum Teil daran, daß zu den wichtigsten Wirkungen westlicher Politiken jene auf die Einstellungen in der Bevölkerung des (früheren) Osteuropas gehören, aber diese sind besonders schwierig auch nur annähernd nachweisbar festzulegen. Und schließlich ist da noch die besonders interessante Frage der *unbeabsichtigten* Auswirkungen westlicher Politik. Inwieweit kann man diese als „Erfolg“ für die Entspannungspolitik verbuchen?

Die Schwierigkeiten werden noch gesteigert durch die Tatsache, daß in der Praxis mehrere unterschiedliche Politiken des Westens auf ein und denselben Oststaat gleichzeitig und dies über längere Zeit angewendet wurden. Es ist schon schwierig genug, die *Beziehungsgeschichte* von nur zwei Völkern, ganz zu schweigen von einem Volk unter sich, wie im Fall Deutschlands, zu schreiben. Aber die Geschichte der Entspannung ist gerade durch den multilateralen und multidimensionalen Charakter des Beziehungsgeflechtes zwischen Ost und West in Europa gekennzeichnet.

Dies ist einer der Hauptgründe dafür, warum ich es in meinem Buch *Im Namen Europas. Deutsch-*

land und der geteilte Kontinent für notwendig und richtig hielt, die deutsche Ostpolitik detailliert und im Kontext mit anderen westlichen „Ostpolitiken“ zu beschreiben. Man kann etwa das Dreieck Bonn – Moskau – Berlin nur im Zusammenhang mit dem größeren Dreieck Amerika – Deutschland – Rußland verstehen. Westdeutsche Beziehungen zu Osteuropa kann man nicht ohne Hinweis auf die westdeutschen Beziehungen zur Sowjetunion auf der einen Seite und zur DDR auf der anderen begreifen.

Ein weiterer Grund für eine so ausführliche und genauestens dokumentierte Abhandlung des Themas war, um es etwas hochtrabend auszudrücken, historische Gerechtigkeit oder Fairneß, um ein englisches Wort zu verwenden, das zu einem deutschen geworden ist. Eine Auseinandersetzung aufgrund einiger ausgewählter Zitate von dem einen oder anderen politischen Akteur oder Vermittler eignet sich gut zur Polemik. Aber um fair zu sein, muß man sich immer den gesamten Kontext, in dem das Zitat steht, in Erinnerung rufen: Dies ist eine ganz offensichtliche Tatsache, beinahe schon eine Binsenwahrheit, aber eine, die eher prinzipiell als praktisch beachtet wird. Aus diesen beiden Gründen schrieb ich lieber ein Buch von 850 Seiten als einen Essay von 85 oder eine Rede oder einen Artikel von vielleicht 8 Seiten, wie in den meisten Fällen der aktuellen politischen Debatte über diese Themen in den letzten 50 Jahren.

Im folgenden will ich nur einige der Punkte aus der Auseinandersetzung um mein Buch „Im Namen Europas“ einbringen, die in den oft ausführlichen Entgegnungen aufgeworfen wurden. Dies erscheint mir als der sinnvollste und interessanteste Weg, sich einem Thema zu widmen und eine Debatte weiterzuführen. Ich will mich zunächst mit zwei Linien der Kritik auseinandersetzen, die mir ziemlich unproduktiv erscheinen, um nicht deutlicher zu werden.

---

## I. Späte Einsicht und Alternativen

---

Eine seltsame Art der Kritik ist es, den Historiker zu beschuldigen, mit der späten Einsicht zu schreiben. Wir, die Politiker im Mittelpunkt der Ereignisse, so lautet die Argumentation, konnten damals nicht gewußt haben, was man heute weiß. Dies scheint mir bestenfalls Offensichtliches zu erklären. Was definitorisch die Historiker von den Politikern und ja auch von den Politikwissenschaftlern unterscheidet, ist, daß sie warten, um zu erfahren, „wie die Geschichte endet“, obwohl natür-

lich kein Ende ganz endgültig und jedes Ende auch der Anfang einer weiteren Entwicklung ist, die mit der Zeit sich auf unsere Beurteilung der vorhergehenden auswirken wird. Historiker sind diejenigen, die erst auftauchen, wenn alles vorbei ist und mit dem Wissen um das Geschehene versuchen herauszuarbeiten, warum es geschah. Selbstverständlich ist es von entscheidender Bedeutung, sich dabei vor Augen zu halten, was die historischen Akteure zur gegebenen Zeit nicht wußten, aber auch, was sie wußten. Auch der Historiker muß sich natürlich vor der Gefahr des rückwirkenden Determinismus in acht nehmen. Späte Einsicht jedoch läßt Vergangenheit zur Geschichte werden.

Damit, so glaube ich, ergibt sich eine wichtige Unterscheidung zwischen rein hypothetischen Alternativen oder im Fachjargon „counter-factuals“, die von den historischen Akteuren zu der Zeit nie ernsthaft in Erwägung gezogen wurden, und Alternativen (in diesem Fall der westlichen Politik), die zu der Zeit in Betracht gezogen wurden. Die ersteren nehmen einen (nicht unumstrittenen) Platz in der Logik der historischen Argumentation ein, letztere sind für jede Geschichtsschreibung grundlegend.

Was nun den Fall dieser speziellen Geschichte angeht, so haben wir es hier vor allem mit tatsächlichen alternativen Versionen westlicher Politik gegenüber dem Osten zu tun, die von unterschiedlicher Bedeutung und verschiedenem Stellenwert bis hin zu grundsätzlichen Unterschieden der nationalen Interessen und der politischen Annäherungen reichen. Nebenbei bemerkt, ging es dabei nie nur um die einfache Alternative zwischen „Entspannung“ und „Kaltem Krieg“. Ein Blick auf die Bibliotheksregale zeigt, wieviel Verwirrung es um die Begriffe gab: da steht ein Buch mit dem Titel *Cold War to Detente, 1945–1985* neben einem Buch *The Rise and Fall of Detente, 1953–1984* und *Cold War Europe, 1945–1989*. Tatsächlich gab es während des Kalten Krieges mehr Entspannung und während der Entspannung mehr Kalten Krieg als irgendeine der Schlagzeilen vermuten läßt. Und beide existierten nebeneinander, wenn auch mit sehr unterschiedlichem jeweiligen Wirkungsgrad zu unterschiedlichen Zeiten, und sie fanden ein gemeinsames Ende in den Jahren 1989–1991.

Was ich analysiert habe, sind verschiedene deutsche und andere westliche Versionen der Entspannung, die mehr oder weniger reichlich mit Bestandteilen des „Kalten Krieges“ durchmischt waren, die zu jener Zeit vorgeschlagen und in einigen Fällen zum Teil ausgeführt wurden. Diese ver-

schiedenen Versionen basierten wenigstens zum Teil auf unterschiedlichen Hypothesen über das Wesen und die mutmaßlichen Ausgangsbedingungen eines wünschenswerten Wandels innerhalb des „Ostens“. Es ist nichts anderes als eine klassische und erstrangige Aufgabe des Historikers, sowohl die Politiken als auch die zugrundeliegenden Hypothesen mit der Gunst der späten Einsicht zu beurteilen.

---

## II. Biographischer Determinismus

---

Die zweite Linie der Kritik, die mir ganz unfruchtbar erscheint, besteht darin, die Argumentation eines solchen Buches in Beziehung zur Biographie des Autors zu setzen und damit zumindest implizit zu werten und zu relativieren. Die einfachste und häufigste Form dabei ist die bekannte und scheinbar harmlose Äußerung: „aus britischer Sicht“. Nun ist eine der ganz bewundernswerten Eigenschaften Westdeutschlands seine grundsätzliche Offenheit gegenüber kritischen Meinungen zu Deutschland aus dem Ausland, die in vielfältiger Weise auch durch die Institution vorgeführt wird, die diese Zeitschrift herausgibt. Aber die Kehrseite dieser Offenheit ist vielleicht eine Tendenz, diese Stimmen zu sehr unter national-charakteristischen Gesichtspunkten zu sehen: die polnische Sicht, die französische Sicht, die russische (früher sowjetische) Sicht und so weiter. Dies ist ein Beitrag zum „Europäisch sein“ des heutigen Deutschland, aber auch auf eine seltsame Weise die implizite Leugnung, es könne eine echt europäische Sicht geben. Zumindest wird der nationale Faktor bei der Bestimmung der „Ansicht“ des jeweiligen Autors anderen Faktoren gegenüber bevorzugt.

In meinem Fall wird diese Version des biographischen Determinismus mit einem anderen in Verbindung gebracht. Dieser läßt vermuten, daß ich deutsche Politik durch eine polnische Linse betrachtet habe. (Wie man gleichzeitig zwei verschiedene nationale Brillen tragen kann, ist nicht ganz klar). Ein extremes Beispiel dafür wurde von einem der herausragenden Analytiker und Vordenker der deutschen Ostpolitik, Peter Bender, in seiner Rezension in der *Zeit* gegeben<sup>2</sup>. Bender geht von der Prämisse aus, daß jede Generation ihre Schlüsselerlebnisse hat und behauptet weiterhin, daß mein persönliches Schlüsselerlebnis

Solidarnosc in Polen war. Er fährt damit fort, beinahe die gesamte Argumentation des Buches in dem Licht dieses behaupteten Schlüsselerlebnisses zu erklären. „Garton Ash sieht das anders“, schreibt er an einer Stelle, „muß es anders sehen“. „Muß“? Und direkt am Ende seiner Rezension beschreibt er meine Ansicht, daß Solidarnosc das zweite Loch in der Berliner Mauer, die Ostpolitik dagegen das erste gewesen sei, als einen „Satz, der ihn Selbstüberwindung gekostet haben muß“. Selbstüberwindung? Der Rezensent als Psychoanalytiker!

Wie kann man auf eine solche Kritik reagieren? Es ist irgendwie absurd, darauf zu entgegnen: „Nein, das ist nicht wahr, es hat mich überhaupt keine Selbstüberwindung gekostet. Ich habe einfach geschrieben, was mir richtig erschien.“ Oder: „Nein, das ist nicht wahr, die Erfahrung, in der DDR zu leben, lag zeitlich früher und war auch mindestens so wichtig wie die, in Polen zu leben.“ (Obwohl ich mit unanfechtbarer Autorität sagen kann, daß beide Erwiderungen ganz und gar richtig wären).

Der springende Punkt liegt woanders. Wir alle haben prägende Erfahrungen – gewöhnlich nicht eine, sondern viele, es sei denn, wir führen ein sehr kümmerliches Dasein. Es ist sicherlich interessant, ihren Einfluß herauszufinden zu versuchen. Aber es gibt auch eine geistige Disziplin, genannt Zeitgeschichte. Diese erfordert Argumente, die auf Quellen mit exakten Normen der Logik und der Beweisbarkeit beruhen. Wenn man solche Argumente klar und deutlich formuliert hat, dann hat man ein Recht auf eine logisch formulierte Erwiderung auf diese Argumente, nicht eine psychoanalytische Spekulation über Motive. Der Verzicht auf biographischen Determinismus sowohl in seiner nationalen als auch psychoanalytischen oder – innerhalb Deutschlands – in seiner parteipolitischen Form wäre ein nützlicher Beitrag zu einer vernünftigen Debatte.

Wendet man sich nun den wesentlichen historischen Argumenten zu, so lohnt es sich zunächst, auf das weite Ausmaß politisch-historiographischer Übereinstimmung hinzuweisen. So würden z.B. wenige bestreiten, daß es eine der zentralen Leistungen deutscher Ostpolitik war, um das Vertrauen der sowjetischen Führung zu werben und es zu gewinnen, während man gleichzeitig das Vertrauen der wichtigsten Partner der Bundesrepublik im Westen aufrechterhielt. Hier erzielte man den erwünschten Erfolg auf dem mehr oder weniger geplanten Weg. Ähnlich war es eine große und gewollte Leistung westdeutscher Politik, das Image der Bundesrepublik als eine Bedrohung für

<sup>2</sup> Vgl. Peter Bender, Das erste Loch in der Mauer, in: *Die Zeit* vom 8. 10. 1993, S. 27.

Osteuropa (und für die DDR) durch das Image (West-)Deutschlands als eines Vorbildes zu ersetzen. Auch gibt es wenig Streit um die Tatsache, daß es zum Wandel in der DDR nicht auf dem Weg kam (geschweige denn in dem Tempo), den die meisten der Praktiker der Deutschlandpolitik (oder präziser der DDR-Politik) in den achtziger Jahren erwarteten.

Von den Punkten, die sowohl kontrovers als auch interessant bleiben – es gibt auch welche, die kontrovers, aber nicht interessant sind – will ich fünf herausnehmen.

---

### III. Kalter Krieg oder Entspannungspolitik: SDI oder SI?

---

Immer noch gibt es eine Kontroverse um die einschlägige Bedeutung der berühmten „zwei Gleise“ des Harmel-Berichtes: der Entspannung und der Abschreckung. Wie wirkten sich die Stationierung von Cruise Missiles und Pershings durch die NATO in den frühen achtziger Jahren und das SDI-Programm Präsident Reagens einerseits und die neue Einstellung zur Sicherheitspolitik, die im Bericht der Palme-Kommission und besonders von der SPD entwickelt wurde, auf die sowjetische Außenpolitik andererseits aus? Welches Element, der „Kalte Krieg“ oder die „Entspannung“, trug mehr dazu bei, daß sich in der Sowjetunion unter Gorbatschow und Schewardnaze „Neues Denken“ in der Außenpolitik durchsetzen konnte?

Hier handelt es sich um ein Gebiet, auf dem wir noch viel ernsthafte Forschung zur militärischen und politischen Entscheidungsfindung in der Sowjetunion unter Breschnew und Gorbatschow benötigen. Dies ist jedoch nicht einfach: erstens wegen der politischen Sensibilität (und der versuchten Instrumentalisierung) einiger der wichtigen Quellen (z. B. jener im Präsidialarchiv), zweitens, weil in den Dokumenten des sowjetischen Parteistaates Einflußnahmen des Westens häufig nicht zugegeben wurden (oder ihnen wenigstens nicht das Gewicht beigemessen wurde, das ihnen zustand), und drittens, weil es scheint, daß von Gesprächen mit zentralen Persönlichkeiten der Entscheidungsebene schriftliche Berichte von einigen der wichtigsten Gespräche wahrscheinlich nie aufbewahrt wurden. Letztgenannte Schwierigkeit wird in der Diskussion darüber deutlich, wer von den politischen Akteuren der Sowjetunion wann und in welcher Bedeutung die deutsche Einheit antizipiert hat.

Sowohl mündliche Reminiszenzen als auch schriftliche Berichte sowjetischer Politiker sind oft sehr ungenau; sie enthalten kaum Dokumente und Daten, dafür aber viel „Philosophie“ und einander Widersprechendes. Ob die Gorbatschow-Memoiren eine Ausnahme von der Regel bilden, wird sich zeigen. Aber bisher war Gorbatschow auffallend pluralistisch in seiner Ursachenforschung, indem er großzügig Kohl, Genscher, Brandt, Reagan und den Papst als gemeinsame Initiatoren der Beendigung des Kalten Krieges preist. Willy Brandt meinte im Gespräch mit mir, daß das neue Sicherheitsdenken der westeuropäischen Linken entscheidend zum Wandel der sowjetischen Außenpolitik beigetragen habe. Hatte irgend jemand in Moskau ihm dies bestätigt? Ja, Gorbatschow. Helmut Kohl meinte im Gespräch mit mir, daß die Stationierung von Mittelstreckenraketen der NATO, die im Oktober 1983 begann, entscheidend zum Wandel der sowjetischen Außenpolitik beigetragen habe. Hatte irgend jemand in Moskau ihm dies bestätigt? Ja, Gorbatschow.

Obwohl das erforderliche Werk der Geschichtsforschung zu diesem Thema noch bevorsteht, lautet meine eigene vorläufige Antwort auf die Frage: beides und keines. Sowohl die Abschreckung als auch die Entspannung, Eindämmung und Engagement waren notwendig. In den frühen achtziger Jahren betonte ein Teil der Rechten in Westeuropa in Harmels Doppelstrategie fast ausschließlich die Abschreckung, während ein Teil der Linken ebenso fast ausschließlich auf Entspannung setzte. Die einen hielten Aufrüstung für den entscheidenden Schritt, um das sowjetische Verhalten zu modifizieren, die anderen wollten hierdurch Abrüstung erreichen. Ironischerweise sind nun vielleicht beide Abweichungen hilfreich gewesen. Offensichtlich scheint es so, daß die Bedrohung durch das SDI-Programm (Strategische Verteidigungsinitiative) eine wichtige Rolle dabei spielte, die Führungskräfte der sowjetischen Militär- und Sicherheitspolitik davon zu überzeugen, daß sie ein Wettrüsten mit den USA einfach nicht gewinnen könnten. Andererseits hatte die Möglichkeit von westeuropäischen (und besonders der westdeutschen) sozialdemokratischen Regierungen, die sich – zumal im Rahmen der Sozialistischen Internationale (SI) – auf weitreichende Programme der Abrüstung, der Reorientierung auf eine defensive Verteidigung, auf gemeinsame Sicherheit usw. einigten, wahrscheinlich eine bedeutende Anziehungskraft für ein „Neues Denken“ in der Sowjetunion. Das erstere zeigte den sowjetischen Führern, daß sie in eine Sackgasse geraten waren, letzteres ließ vermuten, daß

es vielleicht einen recht anziehenden und kühnen Ausweg gäbe.

Jedoch gibt es darin keine genaue Symmetrie. Denn während erstere eine Zeitlang reale Außenpolitik des Westens war, blieb letztere eher die Politik der Oppositionen. Die chronologische Tatsache ist, daß Gorbatschow nach fünf Jahren des andauernden Drucks aus dem Westen – insbesondere des Drucks von drei Mitte-Rechts-Regierungen (Reagan, Kohl, Thatcher) – an die Macht kam, und mit Eduard Schewardnaze eine grundlegende Korrektur der sowjetischen Außenpolitik begann. Außerdem war es damals in den Verhandlungen mit eben jenen Regierungen, daß die Sowjetunion eine neue Entspannungspolitik begann, die das Ende des Kalten Krieges einleitete.

So weit so gut – aber es ist auch wichtig, den zweiten Teil der Antwort zu berücksichtigen: das „Keines von beiden“. Man kann es nicht deutlich genug hervorheben, daß die grundlegenden Ursachen für das Ende zunächst des äußeren Imperiums der Sowjetunion – im Westen bekannt als „Osteuropa“ – und schließlich der Sowjetunion selbst innerhalb der Sowjetunion und Osteuropas gesucht werden müssen. Die Politik des Westens blieb eine zweitrangige, unterstützende Ursache, wenn auch eine wichtige.

---

#### IV. Stabilisierung, Liberalisierung und die DDR

---

Ich habe argumentiert, daß eine der zentralen und originellen Ideen der westdeutschen Entspannungspolitik gegenüber der DDR die der Liberalisierung durch Stabilisierung war; daß das, was tatsächlich unter Honecker in den fünfzehn Jahren von 1971 bis 1986 geschah, jedoch eher eine Stabilisierung ohne Liberalisierung war, wobei ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung durch die westdeutsche Politik geleistet wurde, und daß es am Ende zur Befreiung durch Destabilisierung kam, als sich der Wandel unter dem Einfluß der sowjetischen Perestroika, einer permissiveren sowjetischen Osteuropapolitik und unter dem Einfluß der „Refolutionen“ (einer Mischung aus Reform und Revolution) in Polen und Ungarn zeigte.

Zwei Haupteinwände sind gegen diese Argumentation vorgebracht worden. Der erste lautet, daß es unter Honecker tatsächlich eine Liberalisierung gab. Der zweite lautet, daß eine gewisse gesell-

schaftliche Destabilisierung ein beabsichtigtes (aber bewußt unausgesprochenes) Ziel der ursprünglichen Politik war. Diese war Teil des „Wandels“, der nicht nur folgen sollte auf, sondern ausdrücklich folgen sollte durch „Annäherung“.

Zum Beweis der Liberalisierung wird an erster Stelle die Verbesserung der Reisebedingungen für DDR-Bürger angeführt. Außerdem wird argumentiert, daß die DDR in den achtziger Jahren in vielen kleinen Bereichen ein Ort war, an dem man entspannter lebte, als es in den sechziger Jahren der Fall gewesen war. Es gab mehr und größere „Nischen“, um Günter Gaus bekanntes Bild zu gebrauchen. Die veränderte Beziehung des Staates zur protestantischen Kirche wurde ebenfalls als Beweis der Liberalisierung angeführt.

Was die inneren Entwicklungen angeht, so muß man sich zunächst auf die Bezugspunkte des Vergleichs festlegen. Wenn man die DDR der achtziger Jahre mit der DDR der fünfziger Jahre vergleicht, dann ist eine Verbesserung hin zu Veränderungen über den gleichen Zeitraum anderswo im Sowjet-Block und besonders in Ostmitteleuropa mindestens ebenso festzustellen. Insoweit es den materiellen Lebensstandard betraf, hielt die DDR dem Vergleich gut stand (obwohl, wie wir jetzt deutlich sehen, dies eher auf unsicher finanzierten Importen und Konsumgütern beruhte, als auf einer soliden Basis von Produktionsgütern und Exporten). Insofern es jedoch Freiheiten *de jure* oder einfach auch nur *de facto* oder politische und ökonomische Reformen betraf – und das Konzept der Liberalisierung verbindet beide –, hielt die DDR dem Vergleich nicht stand.

Egon Bahr hat in seiner Tutzingener Rede von 1963 zu Recht angeführt, daß die DDR in dieser Hinsicht nicht nur hinter Polen und Ungarn zurückstand, sondern sehr wahrscheinlich zurückbleiben würde aufgrund ihrer besonders schwierigen Lage. Aber Tatsache ist, daß die DDR etwa im Jahre 1986 weiter hinter Polen und Ungarn in diesen Belangen zurücklag als sie etwa im Jahre 1966 zurückgelegen hatte, trotz (oder vielleicht zum Teil wegen) einer mehr als fünfzehnjährigen kooperativen Politik Westdeutschlands, die zum Teil dafür entworfen wurde, diese Lücke zu schließen. Um sowohl das, was unter Honecker, als auch das, was unter Kadar geschah, als „Reform“ zu bezeichnen, muß man das Wort bis zur Unkenntlichkeit strapazieren. Außerdem wurden die Transferzahlungen und Anleihen aus dem Westen nicht für eine Reform, sondern als Ersatz für dieselbe verwendet. Honeckers Strategie, so habe ich behauptet, war die der „Reformersetzung“.

Außerdem spricht viel für die Behauptung, daß die Reiseerleichterung nach Westen auch ein Teil dieser Strategie war. Ist es etwa ein Zufall, daß die wichtigsten Verbesserungen in den Reisemöglichkeiten für die DDR-Bürger unterhalb des Rentenalters ins Jahr 1986 fielen, als Gorbatschow begann, seine Perestroika einzuführen? Reiseerleichterung war Honeckers Alternative zur Perestroika. Wenn die mittelfristigen Auswirkungen dieser Reiseerleichterung nicht, wie Honecker hoffte, zur Stabilisierung führten, dann kam das daher, daß sie nicht begleitet waren von irgendeiner Maßnahme zur innerpolitischen Liberalisierung – während gleichzeitig in Ungarn, der Sowjetunion und Polen (obgleich deutlich an dritter Stelle, sofern es direkte Auswirkungen auf die DDR betraf) solche Maßnahmen sprunghaft vorangingen.

Aufgrund dieses doppelten Gegensatzes, mit dem Westen auf der einen Seite und dem sich schnell wandelnden Osten auf der anderen Seite, erwies sich diese vorsichtige Politik der Reiseerleichterung am Ende als Destabilisierung. Jedoch auch hier sollte man anführen, daß bis zum Sommer 1989 Opposition und Emigration Alternativen blieben, obwohl der einzelne, wenn er sich auf erstere einließ, häufig zum letzteren kam – und umgekehrt.

Das führt uns zum zweiten Hauptpunkt: das Ausmaß, in welchem eine solche Entwicklung in der DDR eine verborgene Absicht der westdeutschen Politik war. Man kann natürlich nie beweisen oder widerlegen, was gedacht, aber nie ausgesprochen oder gar aufgeschrieben wurde. Aber aufgrund der verfügbaren Beweise scheint es mir klar zu sein, daß eine gesellschaftliche Entwicklung, die das kommunistische Regime in eine Krise stürzte, von der Philosophie der Ostpolitik nie erträumt wurde. Denn die grundlegende Voraussetzung (und der historische Ausgangspunkt) jener Politik war, daß eine solche Entwicklung auf Repression hinauslaufen würde, und wenn es hart auf hart käme, auf eine sowjetische Intervention. Während man deshalb natürlich hoffte, daß wachsende Kontakte mit dem Westen zu einer gewissen Öffnung der ostdeutschen Gesellschaft führen würden und während man hoffte, daß gesteigerte gesellschaftliche Erwartungen den Partei-Staat zu Reform- und Liberalisierungsmaßnahmen veranlassen würden, fürchtete man gleichzeitig, daß zu viel Druck – ob von außen oder von unten – in Wirklichkeit gerade das Gegenteil bewirken würde. Die Möglichkeiten einer direkten Aktion durch eine „selbst organisierte Gesellschaft“, also durch „das Volk“, das seine eigene politische

Situation aus eigener Anstrengung ändert, wurden von der Bonner Politik, vorsichtig ausgedrückt, nicht sehr hoch eingeschätzt.

Aufgrund der zur Verfügung stehenden Beweise kann man deshalb nicht länger behaupten, daß das, was innerhalb der DDR in den Jahren 1989/90 geschah, ein Erfolg der westdeutschen Politik in dem Sinne war, daß die Entwicklung der Beziehung Bonn-Moskau eindeutig ein Erfolg jener Politik war. Es ist ein großer Unterschied, ob man erreicht, was man zu erreichen hoffte, und zwar mehr oder weniger auf dem Weg, den man sich vornahm, oder ob man 100 Meilen darüber hinaus kommt auf einen Weg, den man für unpassierbar hielt.

---

## V. Wer wen?

---

Dies führt uns zu einer wichtigen Auseinandersetzung über die entsprechende Bedeutung dessen, was Oppositionsgruppen und gesellschaftliche Bewegungen in Osteuropa einerseits und Gorbatschow und seine sowjetischen Reformer andererseits zur Beendigung des Kalten Krieges und der Teilung Europas seit Jalta beitrugen. Deutsche Entspannungspolitik, die darauf konzentriert war, um Moskau zu werben und Reformen von oben zu fördern, war (bestenfalls) sehr skeptisch Versuchen eines „Wandels von unten“ gegenüber, deren größter und fruchtbarster Versuch der der Solidarnosc in Polen war. Nicht überraschend war es, daß man direkt nach 1989 geneigt war, Gorbatschow im Osten am meisten historische Anerkennung zu geben (während im Westen die Verteilung des historischen Verdienstes umstritten war). All diese Anstrengungen wachsender Selbstbefreiung von unten waren – so heißt es in nicht wenigen Darstellungen – sehr bewundernswert, aber ohne Gorbatschow wäre nichts davon möglich gewesen.

Dies ist eine unannehmbare Übersimplifizierung in zweierlei Hinsicht. Zum einen wird die *Interaktion* zwischen Osteuropa und der Sowjetunion vor 1985 und deren Bedeutung für die Entstehung des „Neuen Denkens“ in der Sowjetunion unterschätzt. Die Einflüsse in einem Imperium gehen nie nur in eine Richtung, vom Zentrum zur Peripherie, besonders in diesem ziemlich ungewöhnlichen Fall, in dem die Peripherie, also Osteuropa, historisch weiter entwickelt war als das Zentrum. So hatten die wirtschaftlichen Reformen in Ungarn einen wichtigen Einfluß auf die Reformer der sowjetischen Wirtschaft. Der Prager Frühling



hatte einen unmittelbaren Einfluß auf mehrere Personen, wie z. B. Alexander Jakovlew, die Gorbatschow sehr nahe standen. Tatsächlich beschrieb Gorbatschow im Jahre 1989 sein eigenes Ziel als das des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Aber in gleicher Weise waren die Auswirkungen von Solidarnosc und die Unfähigkeit von General Jaruzelski, Polen zu „normalisieren“ und es auf annähernd sowjetische Verhältnisse zurückzuführen, Ausgangspunkt für die Veränderungen der sowjetischen Politik gegenüber Osteuropa. Wenn man sagt, daß „nichts von dem, was 1989 in Osteuropa geschah, möglich gewesen wäre ohne Gorbatschow“, dann muß man auch fragen, wäre Gorbatschow denn möglich gewesen ohne die Ereignisse der vergangenen 40 Jahre in Osteuropa?

Zum zweiten übersieht man nach dieser Auffassung die Interaktion zwischen dem „Druck“ aus Osteuropa (besonders Ostmitteleuropa) und dem „Ziehen“ aus Moskau im Jahre 1989/90. Was Gorbatschow anbot, war eine *permissivere* Politik gegenüber Osteuropa. Polen und Ungarn nahmen aufgrund der Dynamik ihrer eigenen innerpolitischen Entwicklungen die Gelegenheit wahr, sich auf das einzulassen, was als eine Mischung aus Reform und Revolution („Refolution“) bezeichnet werden könnte, die ihrerseits das Ergebnis eines langen Lernprozesses auf allen Seiten war. Dies brachte sie sehr schnell über das hinaus, was sowjetische Führer gehofft hatten, das sie erreichen würden – Versionen eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, und lieferte ein Beispiel, das indirekt und direkt den Volksprotest auslöste, der zum Zusammenbruch der nicht reformierten Regime der Tschechoslowakei und der DDR führte. Von Sommer 1989, man könnte mit Recht behaupten, schon vom späten Frühling an, war die sowjetische Osteuropapolitik im wesentlichen reaktiv. Diese Spannung zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Wandel von oben und unten bewirkte die besondere Dynamik, die zum Ende des sowjetischen Imperiums führte.

---

## VI. Bonner Versäumnisse?

---

Dies wiederum führt zu der Frage, ob deutsche Entspannungspolitik Maßnahmen versäumte, die getan hätten werden können und sollen in bezug auf osteuropäische (einschließlich ostdeutsche) Oppositionsgruppen, gesellschaftliche Bewegungen und den, sozusagen, gesellschaftlichen Boden, auf dem sie handelten. Die Antwort ist nicht ein-

fach. Es wäre offensichtlich falsch, anzunehmen, daß deutsche Politiker sich der gesellschaftlichen Dimension der Ost-West-Interaktion auf dem Gebiet, das Pierre Hassner als „heißen Frieden“ gut beschrieb, nicht bewußt waren. Weit gefehlt. Die spezifische deutsche Version von Helsinki – das Helsinki der menschlichen Kontakte – war genau dadurch gekennzeichnet, die gesellschaftliche Interaktion zwischen Ost und West zu fördern, und kein größeres westliches Land war offener für Menschen aus Osteuropa als Westdeutschland. Wenn jedoch jene Menschen, zum Teil auf der Grundlage jener Westkontakte und -erfahrungen, nun in ihre eigenen inneren Angelegenheiten sich einmischen wollten, reagierte die Bonner Regierung wegen der möglichen negativen Auswirkungen auf ihre eigenen zerbrechlichen Beziehungen mit der Sowjetunion und Ostdeutschland sehr unruhig.

In bezug auf direkte Kontakte zu Oppositionsgruppen oder gesellschaftliche Bewegungen in Osteuropa lagen nicht nur die (west)deutsche Regierung, sondern (mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen) auch die etablierten Parteien und sogar die Stiftungen und regierungsunabhängige Organisationen deutlich hinter einigen ihrer amerikanischen, französischen oder britischen Partner zurück. Die Gründe dafür sind komplex, und sie sind in meinem Buch bis ins Detail dargelegt. Ein Punkt jedoch verdient es, hier wieder aufgegriffen zu werden. Es ist zweifellos so, daß die Bonner Regierung in einer besonders sensiblen und verletzlichen Position in bezug auf die damaligen Mächte in Moskau und Ost-Berlin war. In jeder Phase mußte die Bonner Regierung sowohl an die 17 Millionen Menschen in der DDR als auch an die zwei Millionen in West-Berlin denken, für deren allmähliche Verbesserung ihrer Lage sie eine Strategie entwickelt hatte, die von der Zustimmung Moskaus und der Kooperation Ost-Berlins abhing. Ich habe daher nie behauptet, daß die Bonner Regierung sich einfach wie die Washingtoner Regierung unter Carter, Reagan und Bush hätte verhalten können oder sollen, mit einer offensiven, der Öffentlichkeit zugewandten Diplomatie für Menschenrechte, einer direkten Kopplung zwischen wirtschaftlichen Verbindungen und innerpolitischen Entwicklungen (bis hin zu Sanktionen) und spektakulären Gesten der symbolischen Anerkennung jener, die als „Dissidenten“ bekannt waren. Die Bundesrepublik nahm hier eine andere Stellung ein, hatte ihre eigenen, besonderen Interessen und Abhängigkeiten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang jedoch zweierlei behaupten: Erstens gab es selbst unter diesen

speziellen Umständen zumindest symbolische Gesten, die man hätte machen können, aber nicht machte – besonders von jenen, die nicht der Regierung angehörten. Aus subjektiven Gründen, als Ergebnis falscher Analyse oder Zurückhaltung am falschen Platz wurde auf Gelegenheiten verzichtet, bei denen der zur Verfügung stehende Spielraum, wenn auch begrenzt, nicht ausgenutzt wurde. Nachdem alles im einzelnen geklärt ist, bleibt Willy Brandts Besuch in Warschau im Jahre 1985 hierfür ein herausragendes Beispiel. Denn im Jahr 1970 hatte Brandt in Warschau gezeigt, wieviel eine symbolische Geste wert sein kann.

Zweitens, selbst wenn deutsche Politiker und Entscheidungsträger (im weitesten Sinne) nicht in der Lage waren oder sich nicht in der Lage fühlten, dies zu tun, so hatten sie Unrecht, z. B. amerikanische Politiker für etwas zu kritisieren, was sowohl moralisch richtig als auch am Ende politisch erfolgreich war. Denn die Geschichte zeigt, so glaube ich, was man damals hätte wissen können, daß auch hier beides notwendig war: das deutsche Helsinki der menschlichen Kontakte *und* das amerikanische Helsinki der Menschenrechte, das deutsche Zuckerbrot und die amerikanische Peitsche.

Außer der historischen Gerechtigkeit handelt es sich hier vielleicht um eine bescheidene Lektion für zukünftige Politik. Es ist jedoch auf keinen Fall eine einfache Lektion. Denn offensichtlich nur in den wenigsten Fällen, in denen größere Westmächte verschiedene Politikansätze, basierend auf verschiedenen Positionen, Interessen, Vergangenheiten und Auffassungen, zeigen, erweisen sich jene verschiedenen Ansätze in ihrer endgültigen Wirkung als sich eher gegenseitig ergänzend als einander widersprechend. Unterschiedliche westliche Politikansätze des Westens gegenüber dem früheren Jugoslawien seit 1990 scheinen dies zu illustrieren.

---

## VII. „Im Namen Europas“

---

Schließlich ein Wort zur (Fehl-)Interpretation eines Titels. Bismarck sagte: „Ich habe das Wort ‚Europa‘ immer im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten.“ Da sich internationale Beziehungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, deutlich

unterscheiden von den internationalen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, und da die Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren ein ganz anderes Deutschland war als das Deutsche Reich, erfaßt Bismarcks bissige Bemerkung nur die halbe Wahrheit über den westdeutschen Gebrauch des Wortes „Europa“. Die andere Hälfte der Wahrheit ist genauso bedeutend: Ein ganz echtes Engagement für Europa im Zusammenhang eines wachsenden Multilateralismus und eines, was ich bürgerlichen Internationalismus genannt habe.

Keinesfalls ist der Punkt, daß der Gebrauch des Wortes „Europa“ einfach instrumental war und die Verfolgung nationaler Interessen verdeckte. Es ist ein subtileres Problem: nämlich, daß die alte europäische Gewohnheit, nationale Interessen im Namen Europas zu verfolgen (siehe Frankreich), im Fall Deutschlands so gründlich durchmischt war mit einem echten, emotionalen, philosophischen und politischen Engagement in und für Europa, daß in den achtziger Jahren viele deutsche Politiker und Kommentatoren fast nicht in der Lage zu sein schienen, zwischen dem einen und dem anderen zu unterscheiden. Dies, so habe ich behauptet, ist nicht notwendigerweise hilfreich – weder für Deutschland noch für seine Nachbarn. Denn selbst wenn die gemeinsamen Interessen im heutigen Europa besondere nationale Interessen überwiegen (eine Möglichkeit, die an sich fraglich ist), und selbst wenn das nationale Interesse weiter aufgeteilt werden muß in sektorale und regionale Interessen, besonders in einer Bundesrepublik, so bleiben trotzdem bedeutende Unterschiede der Interessen, der Prioritäten und der Auffassungen zwischen den Staaten in Europa.

In der Tat ist es keinesfalls klar, daß diese Unterschiede nun geringer sind, als sie es in der Entspannungsphase des Kalten Krieges waren. Es hilft niemandem, zu behaupten, diese Unterschiede gäbe es nicht. Es würde jedermann helfen, sie klar und nüchtern zu definieren, und zwar im Geist der Zusammenarbeit und mit dem Ziel, einen Kompromiß zu finden; und wenn man schon nicht eine gemeinsame Politik verfolgen kann, dann wenigstens eine sich ergänzende. Dies betrifft vor allem Beziehungen auf dem Gebiet, das man in der Entspannungsphase noch den „Osten“ nannte, es sich aber heute um ein kompliziertes Gebilde zunehmend unterschiedlicher postkommunistischer Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa handelt.

Peter Bender

## Der goldene Angelhaken: Entspannungspolitik und Systemwandel

Zu den größten Merkwürdigkeiten der deutschen Nachkriegsgeschichte gehört die wechselnde Rolle, welche die Bundesrepublik für die DDR gespielt hat. Zuerst war Bonn der Todfeind, am Ende war es die letzte Rettung. Bis mindestens Mitte der sechziger Jahre proklamierten alle westdeutschen Parteien das Ziel „Wiedervereinigung durch gesamtdeutsche freie Wahlen“, das hieß: Tod der DDR. In den siebziger und achtziger Jahren bemühten sich dann alle Bundesregierungen um ein möglichst gutes Verhältnis zum ostdeutschen Nachbarstaat und halfen ihm aus seinen ständigen und steigenden Finanznöten. Bonn wurde zur letzten Instanz, wenn die DDR ökonomisch nicht mehr weiterkam.

Es wäre fast ein Wunder, wenn nach dem Ende der DDR nicht kritische Fragen gestellt worden wären: Hätte Bonn die harte Politik der ersten zwanzig Jahre weiterführen müssen und den SED-Staat damit eher zu Fall gebracht? Haben Schmidt und Brandt, Kohl und Strauß den Machthabern in Ost-Berlin zu viel Ehre angetan und sich zu weit mit ihnen eingelassen? Hätten sie statt dessen die Opposition stärken und stützen sollen? Haben sie vielleicht sogar die Herrschaft Honeckers gefestigt und verlängert? In der Konsequenz solcher Fragen kommt die Deutschlandpolitik Konrad Adenauers wieder zu Ehren, denn schließlich sei doch alles so gekommen, wie er es gewollt und vorausgesagt habe. Was damals unmöglich erschien, wurde 1990 Wirklichkeit: Ganz Deutschland ist demokratisch vereint und Mitglied der Europäischen und der Atlantischen Gemeinschaft. Der Kommunismus ist an sich selbst zu Grunde gegangen – hätten wir nur die Nerven behalten und warten müssen, bis auch die DDR zusammenbrach?

Die Gegenfrage lautet: Zwischen Adenauers Erwartung und deren Erfüllung liegen dreißig Jahre – wie wären wir ohne die neue Ostpolitik von Brandt und Scheel durch die Zeit gekommen? Die Hallstein-Doktrin bröckelte seit Mitte der sechziger Jahre – wann hätte sie das Gegenteil ihres Zwecks bewirkt und nicht die DDR isoliert, sondern die Bundesrepublik? Wie lange hätte ein Staat im Zentrum Europas es sich noch leisten können, sein Verhältnis zum Ostteil des Kontinents nicht zu

regeln? Wie lange hätte Bonn es durchgehalten, gesamteuropäische Veranstaltungen wie die KSZE und Rüstungskontrolle zu blockieren, weil es nicht mit DDR-Vertretern an einem Tisch sitzen wollte? Wie wäre es der Insel Berlin ergangen ohne das Vier-Mächte-Abkommen, dessen wesentliche Bestimmungen erst durch Brandts Moskauer Vertrag möglich wurden? Nochmals fast zwanzig Jahre Unsicherheit auf den Transitstraßen, radikale Abschließung beider Stadtteile voreinander und nicht einmal Telefonverbindung? Und schließlich: Wie weit hätten sich West- und Ostdeutsche noch entfremdet, wenn sie nicht seit 1972 in wachsendem Umfang einander wieder, oder sogar erst neu, kennengelernt hätten? Schon heute wissen wir nicht, wie und wann wir die innere Einheit der Deutschen zustandebringen – nochmals zwanzig Jahre weiterer Trennung, was hätten wir dann überhaupt noch zum Vereinigen?

Natürlich sind das rhetorische Fragen. Kein ernstzunehmender Politiker oder Betrachter meint noch, Brandts Ostpolitik sei vermeidbar gewesen; auch Brandts erbitterte Gegner in den Jahren 1970 bis 1972, die CDU und CSU, folgten getreulich seinen Spuren, als sie 1982 wieder an die Regierung kamen. Aber wenn die Ostpolitik von Brandt bis Kohl nötig war für die Einheit der Nation, dann kann man Adenauer, der sie versäumte, nicht als den Einheitskanzler feiern.

Ernster ist die Frage nach den Milliardenkrediten, die Kohl und Strauß 1983 und 1984 der DDR verschafften: Der ostdeutsche Staat war damals finanziell am Ende, wäre er ohne die Bonner Hilfe eher zusammengebrochen? Die Antwort ist: Die DDR konnte erst zusammenbrechen, als Moskau sie zusammenbrechen ließ. Die Sowjetunion war zwar außerstande, ihr wirtschaftlich aus der Not zu helfen, aber die SED an der Macht halten konnte sie allemal, sei es durch eigene Truppen, sei es durch militärischen Rückhalt für Notstandsmaßnahmen, wie Jaruzelski sie im Dezember 1981 in Polen traf. Und was der Kreml schon in Polen nicht auf die Dauer zuließ, den Zerfall der Parteiherrschaft, das hätte er im Grenzland DDR noch weniger geduldet.

Erst als der Kreml nicht mehr der Kreml war und die Konservativen dort vom Reformator Gorbatschow abgelöst worden waren, wurde ein Machtwechsel in den abhängigen Staaten möglich. Auch Gorbatschow hat den sowjetischen Herrschaftsanspruch im östlichen Mitteleuropa nicht mit einem Mal, sondern schrittweise aufgegeben. Niemand wußte wirklich, daß Moskau nicht mehr tun werde, was es dreißig Jahre lang seit dem 17. Juni 1953 getan hatte, nämlich die Parteiherrschaft in den abhängigen Ländern mit der Roten Armee zu schützen. Als die Leipziger am 9. Oktober 1989 zur großen, alles entscheidenden Montagsdemonstration ansetzten, waren sie nicht sicher, daß die sowjetischen Panzer in den Kasernen bleiben und die alten Herren im Berliner Politbüro zu einer „chinesischen“ Lösung nicht mehr fähig waren.

Auch überall sonst im Osten kam es erst 1989 zu einem Regimewechsel. Sogar in Polen, wo in Gestalt von Solidarność schon eine Gegenmacht bestand, wurde erst im Sommer 1989 ein Nicht-Kommunist Ministerpräsident. Und die anderen gingen keineswegs der DDR voran, sondern folgten ihrem Beispiel, indem sie ihre Regenten aus dem Amt demonstrierten: zuerst die Bulgaren, dann die Tschechen und Slowaken und schließlich, in blutiger Form, die Rumänen.

Aber auch wenn die DDR vor Gorbatschows Toleranz-Edikten nicht zusammenbrechen konnte – war es nötig, die marode DDR-Wirtschaft mit ständigen Devisenzahlungen und Milliardenkrediten zu füttern, einen ausgiebigen politischen Besuchsverkehr mit den ostberliner Regenten zu pflegen und – vor allem – Honecker zu einem Beinahe-Staatsbesuch mit Ehrenkompanie und DDR-Hymne einzuladen? Zweifellos wird man über vieles streiten können, besonders über die Pilgerfahrten westdeutscher Politiker jeder Couleur, die alle mit Honecker gesprochen haben wollten – das Gedränge war zeitweise peinlich; außerdem war offenkundig, daß nicht immer sachliche Erfordernisse die Reisen veranlaßten, sondern oft auch Geltungssucht. Honecker war Mode.

Verständlich ist auch, daß die Bürgerrechtler sich mißachtet fühlten, wenn sie den Betrieb auf den oberen Politik-Etagen sahen. Wer unter DDR-Verhältnissen opponierte, also mindestens den Beruf und zuweilen die Freiheit riskierte, hatte Anspruch, ernst genommen zu werden – ganz gleich, wieviel er politisch ausrichten konnte. Zweifellos litten die meisten westdeutschen Politiker, besonders die älteren, unter den gleichen Erfahrungen wie die älteren Ostdeutschen: Offene Opposition war im ganzen Osten immer gewaltsam unter-

drückt worden – wer konnte, gut und trocken im Westen sitzend, andere zum Widerstand ermuntern? Die Möglichkeiten der letzten Jahre, sich in der DDR zu rühren, wurden unterschätzt, und die Macht der Partei wurde überschätzt.

Schließlich, hier setzt die stärkste Kritik an, wollten sich manche Bonner Politiker ihre Politik nicht stören lassen: Es war zwar mutig, was die meisten jungen Leute in der DDR unternahmen, aber Honecker stürzen konnten sie damit nicht, und die politischen Geschäfte mußten darunter leiden. Und diese Geschäfte, vom Umweltschutz bis zu Reiseerleichterungen, versprachen mehr, als von Demonstrationen zu erwarten war.

Das war halb richtig und halb falsch. Es war richtig, weil niemand den Zusammenbruch des sowjetischen Machtwillens voraussah und wohl voraussehen konnte; eine Politik, die auf den Sturz des SED-Regimes gerichtet war, mußte daher nicht nur zwecklos, sondern gefährlich erscheinen. Sogar im Rückblick ist es noch höchst fraglich, ob offene Unterstützung aus Bonn der Opposition genützt und das Politbüro geschwächt hätte. Andererseits war das Bonner Urteil über die DDR-Opposition falsch, weil die unterirdischen Veränderungen nicht erkannt wurden, die das Machtgefüge im ganzen Osten Europas ausgehöhlt hatten. In den Achtzigern war möglich, was es vorher nicht war. In den Achtzigern war der Machtwille oben schwächer geworden und die Bereitschaft unten, nicht mehr mitzumachen, hatte sich beträchtlich vergrößert. Jetzt rechtfertigte sich Opposition nicht mehr nur moralisch, sondern wurde auch politisch zweckmäßig.

Den Beweis gaben zuerst die beharrliche Kleinarbeit einzelner Gruppen, dann die stetig wachsenden Demonstrationen und am Ende die Massen, denen das Regime, das sich auf die Massen berief, nicht mehr gewachsen war. Von heute auf morgen wären die Ereignisse in Dresden, Leipzig und Berlin nicht zustande gekommen. Ohne die Jahre zunehmend mutiger Bekenntnisse in und außerhalb der Kirchen, ohne ein wachsendes Selbstbewußtsein auch des unpolitischen DDR-Bürgers, also ohne ein verändertes Klima im Lande hätte es den Herbst 1989 wohl nicht gegeben.

Die DDR ist von unten aus den Angeln gehoben worden; aber damit sie sich heben ließ, mußte sich ihr Gewicht stark verringert haben. Der Kommunismus war inhaltsleer geworden, Ideologie wie Ökonomie, Städte, Straßen und Infrastruktur verfielen, es blieb nur noch die staatliche Macht, aber auch die verlor ihre Kraft, weil die Herrschenden den Mut zu sich selbst verloren. Dazu kam das Bei-

spiel Gorbatschows, der immer radikalere Konsequenzen aus dem offenkundigen Versagen des Systems zog. Die Welt stand auf dem Kopf: In Moskau entwickelte sich Demokratie, in Berlin blieb die Diktatur – das konnte auf die Dauer nicht gut gehen.

Die DDR starb an sich selbst – zu fragen ist: Hat die Politik der Kanzler Brandt, Schmidt und Kohl ihr Dahinscheiden behindert oder begünstigt? Sicher ist, daß diese Politik nicht darauf angelegt war, die DDR zugrunde zu richten – im Gegenteil: Bonn erklärte, es wolle die DDR nicht destabilisieren; denn nur auf dieser Geschäftsgrundlage funktionierte der Austausch von Geldern und Leistungen. Aber nicht nur das. Auf dieser Grundlage wurde es möglich, daß die Bundesrepublik ihren wichtigsten Trumpf ins Spiel brachte, nämlich sich selbst. Die Überlegenheit der Bonner Republik lag nicht in dieser oder jener Politik, sondern in der schieren Existenz des westdeutschen Staates, der jedem Bürger der DDR vor Augen führte, wie man die Wirtschaft und die öffentlichen Angelegenheiten anders regeln und wie man das meiste besser machen kann. Und da nicht eine fremde Nation, sondern die eigenen Landsleute das Beispiel gaben, war die Bundesrepublik eine Herausforderung an die Regenten der DDR und eine Verlockung für deren Bürger, wie kein anderer kommunistischer Staat in Europa sie zu bestehen hatte. Die wirksamste Politik, die Bonn treiben konnte, war allezeit darauf gerichtet, das Beispiel Bundesrepublik wirken zu lassen, es den Ostdeutschen vor Augen zu führen und nahezubringen – nicht durch Propaganda, sondern durch Unbefangenheit: man gab sich, wie man war. Hauptziel der Politik mußte sein, die Hindernisse zu überwinden, mit denen die Regenten der DDR sich den „Westen“ vom Leibe zu halten versuchten.

Das Politbüro in Ost-Berlin war sich der Gefahr immer bewußt, auch deshalb hatte es die Mauer gebaut und „Abgrenzung“ proklamiert. Doch während das Regime sein Volk vor der kapitalistischen Verführung bewahren wollte, erlag es ihr selbst. Die Wirtschaft brauchte Devisen und Honecker brauchte Bonns Einverständnis oder wenigstens Zurückhaltung, wenn er in Westeuropa Staatsbesuche machen und die DDR in die europäische Staatengesellschaft einführen wollte. Nur wenn Kohl nicht protestierte, wurde der Staatsratsvorsitzende in Brüssel, Rom und Paris empfangen. Um die Wirtschaft am Leben zu erhalten und um außenpolitischer Erfolge willen, die seine Eitelkeit befriedigten, ließ sich Honecker mit Bonn in Geschäfte ein, die ihm kurzfristig halfen, allmählich aber die DDR ruinierten.

Drei Jahrzehnte lang hatte die SED-Führung in der Furcht vor dem überlegenen Westdeutschland gelebt; aber sie hatte auch *von* dieser Furcht gelebt, indem sie die Bonner „Imperialisten“ und „Revanchisten“ als Rechtfertigung benutzte – für Mauerbau und „Abgrenzung“, für Reiseverbote und Fernhaltung von Westliteratur, für alles, was den Westen auf Abstand hielt. Und nun sollte der Feind auf einmal nicht mehr Feind sein, sondern Partner.

Wenn der Staatsratsvorsitzende fast täglich mit einem westdeutschen Politiker auf der ersten Seite des „Neuen Deutschland“ prangte, dann konnte der „Imperialismus“ so furchtbar doch nicht sein. Wenn die Beziehungen zum Bonner Staat demonstrativ gepflegt wurden, dann konnten kollegiale und private Beziehungen zu Bundesbürgern nicht mehr bedenklich sein. Wenn die SED mit der SPD über ideologische und politische Grundsatzfragen sprach, dann konnte der „Sozialdemokratismus“ so gefährlich nicht sein. Und wenn Honecker seine Schwester im Saarland besuchte, dann konnte es keinen vertretbaren Grund mehr geben, den Normal-Bürgern Verwandten-Besuche im Bundesgebiet zu verbieten.

Das Eingehen auf innerdeutsche Entspannung hat der SED ihr Feindbild genommen. Mit der Beschwörung der großen Gefahr aus dem Westen waren die eigenen Mängel nicht mehr zu verdecken und „Abgrenzung“ nicht mehr zu rechtfertigen. Ebenso bedenklich für das Regime war: Je enger es sich mit Bonn einließ und wirtschaftliche und politische Bindungen einging, desto mehr wurde es in ein Netz aus Vorteilen und Verpflichtungen eingefangen, aus dem es sich schließlich kaum mehr zu lösen vermochte. Honecker beschwor zwar bei jeder Gelegenheit die Souveränität seines Staates. Er wucherte auch mit dem einzigen Pfund, das er hatte, den humanitären Zugeständnissen; seine Unterhändler „verkauften“ auch die geringste Erleichterung im Reiseverkehr zu Höchstpreisen – dennoch schränkte sich sein Manövrierraum ein.

Die DDR-Führung mußte in einem Maße, das sie nie gekannt hatte, auf die Bundesrepublik Rücksicht nehmen: auf die Überzeugungen, Gefühle und Vorurteile dort, auf die Empfindlichkeiten und Rivalitäten der Parteien und nicht zuletzt auf die Medien. Auch in Ost-Berlin wußte man, daß in Bonn die Deutschlandpolitik sehr stark innenpolitisch bedingt war: Gegen die Stimmung im Lande und gegen einflußreiche Stimmungsmacher konnte keine Bundesregierung wagen, der kommunistischen DDR unter die Arme zu greifen.

Die DDR erhielt Finanz- und Wirtschaftshilfe, Honecker bekam politische und persönliche Anerkennung – aber alles mußte mit gewissem Wohlverhalten bezahlt werden. Selbst die Aufwertung der SED durch die Sozialdemokraten, die Abmachung über eine „Streitkultur“, verlangte einen hohen Preis: Wenn die SED mit der SPD von gleich zu gleich verhandelte und sich von den sozialdemokratischen „Arbeiterverrättern“ sogar Reformfähigkeit, also Reformbedürftigkeit bescheinigen ließ – was unterschied die Kommunisten dann noch von einer gewöhnlichen Partei? Wie konnten sie dann noch ihren Unfehlbarkeitsanspruch als Marxisten-Leninisten behaupten? Was gab der SED dann noch das Recht, für alle Zeit die „führende Rolle“ im Staat zu spielen?

Die dritte Folge der Öffnung nach Westen lag darin, daß die Wirkung der Mauer mehr und mehr nachließ. Die Führung sah sich gezwungen, dem Druck von unten und dem Drängen aus Bonn nachzugeben, und lockerte die Sperren für Reisen in die Bundesrepublik. Mehr als ein Vierteljahrhundert lang war die Grenze für Normalbürger unpassierbar gewesen; die meisten Jüngeren machten jetzt zum ersten Mal Bekanntschaft mit der Bundesrepublik. Der westliche Teil Deutschlands konkretisierte sich vom Fernsehbild zu einer selbst erfahrenen Wirklichkeit. Der Austausch der Reiseindrücke wurde zu einem Hauptgesprächsthema, die Bundesrepublik lag nicht mehr auf einem anderen Stern, sie trat als ein erreichbares Land ins allgemeine Bewußtsein. Die Möglichkeit, nach Westen zu reisen, beflügelte den Wunsch, nach Westen „auszureisen“; manchen brachte erst ein Besuch der Bundesrepublik auf den Gedanken, ins andere Deutschland überzusiedeln. Nicht mehr nur die Reisen, sondern die „Ausreisen“ wuchsen zum Hauptproblem des Landes – wohin man seit Mitte der achtziger Jahre kam, vor allem davon war die Rede. Die Zahl der Anträge stieg gewaltig.

Die wichtigste Wirkung der Mauer war, den Ostdeutschen die Alternative zu nehmen. Es gab nur noch ein Leben in der DDR und unter den Bedingungen der DDR. Mit der Erlaubnis zur Auswanderung schwand diese Wirkung. So sehr die Funktionäre die Ausreise erschwerten, sie war möglich geworden, und jeder kannte jemanden, dem sie gelungen war. Vielleicht hat nichts die politische Stabilität der DDR so unterhöhlt wie das Wiedererstehen der Alternative: Man konnte ein neues Leben im Westen beginnen – auch wer dies gar nicht wollte, wurde innerlich freier; er mußte nicht mehr alles hinnehmen, denn im Notfall konnte er, wenn er noch jung genug war, gehen. Im Notfall

konnte er auch nur mit seinem Weggang drohen, der Ausreiseantrag wurde in den letzten Jahren der DDR zum Druckmittel des kleinen Mannes, zuweilen sogar mit Erfolg. Schon bevor die Mauer fiel, hatte sie ihre Wirkung als Herrschaftsschutz teilweise eingebüßt.

Was Honecker sich bei alledem gedacht hat, wissen wir nicht. Vermutlich hoffte er, die Bundesrepublik nutzen und die Gefahren, die von ihr ausgingen, bewältigen zu können. Jedenfalls trieb er eine Politik, wie sie ihm Breschnew schon 1970 ausdrücklich verboten hatte: „Es darf zu keinem Prozeß der Annäherung zwischen der BRD und der DDR kommen.“ Moskau erkannte die Bedrohung, die seinem Klientelstaat entstand, schärfer als Honecker. Es schickte seinen alten Prokonsul Abrassimow als „Botschafter“ wieder nach Berlin, um den eigenwilligen Vasallen zur Raison zu bringen. Moskau mahnte und warnte auch immer wieder: Honecker tue zu viel für den Lebensstandard der Ostdeutschen und zu wenig für Investitionen, an denen auch die Sowjetunion interessiert war. Er gründe seine Politik auf Westkredite und bringe sich damit in Abhängigkeit von Bonn. Anfang 1989 gab (in einem Gespräch mit dem Autor) Nikolai Portugalow, einer der besten Deutschlandkenner, die DDR schon fast verloren: Wirtschaftlich sei sie bereits in der Hand der Bundesrepublik, und so gleite der ostdeutsche Staat langsam, aber unaufhaltsam in den westdeutschen hinüber.

Auch aus Honeckers Politbüro kam kräftige Kritik, aber nur selten offen. „EH verschaukelt uns und die sowjetischen Genossen“, sagte Mielke 1980 zu Stoph. Honecker sei nicht hart genug gegen Bonn und suche eine „Sonderrolle“ im sozialistischen Lager, meinten andere. Er verhalte sich nicht aufrichtig zur Sowjetunion und gerate „in den Sumpf des Nationalismus“. Und schließlich: „Es ist ein Paradoxon, daß ein eingefleischter Westdeutscher an der Spitze der DDR steht“, so das Politbüro-Mitglied Krolkowski im März 1983. Aber Honecker ließ sich nicht beirren und tat weiter, was Julij Kwizinskij mit einem fatalen Bild beschrieb: „Die DDR schluckte den goldenen Angelhaken immer tiefer, von dem sie dann nicht mehr loskam.“

Aber möglich wurde das nur, weil es einen goldenen Angelhaken gab. Die Regierungen Brandt, Schmidt und Kohl erlaubten der DDR-Führung nicht nur, Hilfe in Bonn zu suchen; sie ermunterten dazu, luden förmlich ein und dachten sich immer neue Geschäfte aus, die den Ostdeutschen Erleichterungen und Ost-Berlin Geld und Prestige brachten.

Bonns Politik der Umarmung hat das Ende der DDR nicht verursacht, aber dabei mitgewirkt. Gerade weil die Bundesrepublik nicht mehr der Todfeind, sondern der Retter war, hat sie die innere Auflösung des SED-Staats vorangebracht; gerade weil sie die DDR nicht zu Fall bringen wollte, hat sie deren Zusammenbruch gefördert.

Die deutsch-deutsche Politik bestand wie fast alle Politik aus beiderseitigem Geben und Nehmen; keiner bekam etwas umsonst, die entscheidende Frage war nur, wer den höheren Preis zu entrichten hatte. Bonn zahlte mit D-Mark und Ehrenbezeugungen, Ost-Berlin war genötigt, die Fundamente der Parteiherrschaft anzugreifen: Es konnte die Distanz zum überlegen verführerischen Westen nicht hinreichend wahren, geriet in wirtschaftliche Abhängigkeit von der Bundesrepublik und entfremdete sich der Schutzmacht Sowjetunion. Bonn zahlte mit Leistungen, die es wenig kosteten, Ost-Berlin zahlte mit Zugeständnissen, die dem SED-Kommunismus ans Leben gingen.

Wenn man unter den vielen Formeln, die im Laufe der Jahrzehnte für die Deutschlandpolitik geprägt wurden, die passende sucht, stößt man auf Egon Bahrs „Wandel durch Annäherung“. Die DDR hat sich seit den siebziger Jahren nicht reformiert, doch sie hat sich im Klima und unter den Anforderungen der Entspannung ruiniert – es war ein Wandel bis zur Selbstauflösung, der sich im Prozeß der Annäherung an die Bundesrepublik vollzog.

Die Kanzler Brandt, Schmidt und Kohl glaubten nicht, daß sie die DDR zerstören könnten; aber sie wollten die Annäherung an sie auch in der stillen Hoffnung auf Einwirkung und allmählichen Wandel dort. Honecker mußte die Annäherung dulden, weil Bonn ihm ökonomisch und politisch weiterhin half, doch er trieb damit seinen Staat in einen existenzbedrohenden Wandel. Er hing an dem goldenen Angelhaken, den die drei Kanzler ausgelegt hatten.

# Die Ostpolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung seit dem Regierungsantritt 1982

---

## I. Einleitung

---

Die seit Herbst 1982 amtierende, durch die Wahlen zum Deutschen Bundestag 1983 und 1987 bestätigte, von CDU/CSU und F.D.P. getragene Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl hat von Anfang an die Ostpolitik ihrer Vorgängerinnen fortgeführt und weiterentwickelt. Dies geschah im Rahmen der am 12. August 1970 mit der Sowjetunion, am 7. Dezember 1970 mit Polen und am 11. Dezember 1973 mit der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik geschlossenen Verträge. Eine wichtige Rolle spielte für die Bundesregierung Kohl/Genscher auch die Intensivierung des KSZE-Prozesses.

Die Bundesregierung Kohl/Genscher stellte ihre Ostpolitik von Beginn an in den Gesamtzusammenhang der West-Ost-Beziehungen. Immer wieder trat sie entschieden allen Illusionen entgegen, Bonn könnte das nationale Problem in Deutschland unabhängig vom Ost-West-Konflikt lösen. Besonderen Wert legte sie auf die Feststellung, „Fundament deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sind das Nordatlantische Bündnis und die Freundschaft und Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika...“<sup>1</sup>. Dank dem vorbehaltlosen Bekenntnis zur Wertegemeinschaft und zur Verteidigungsfähigkeit des Westens blieb die Bundesrepublik Deutschland ein verlässlicher und wichtiger Partner im westlichen Bündnis; das wußte vor allem die amerikanische Führung im Verlauf der achtziger Jahre zu schätzen.

Die Bundesregierung Kohl/Genscher war bestrebt, das 1972 geschaffene innerdeutsche Vertragswerk auf den verschiedenen Ebenen auszubauen. Einige neue Akzente hat sie insofern gesetzt, als sie den Rechtspositionen in der Deutschland-Frage und damit auch der fortbestehenden Vier-Mächte-Verantwortung einen höheren Rang einräumte als die Bundesregierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher. Angesichts

des rechtlich verbrieften Mitspracherechts der Sowjetunion in der „deutschen Frage“ und des engen Verhältnisses zwischen Moskau und Ost-Berlin war sie bemüht, ihre deutschlandpolitischen Positionen auch gegenüber der sowjetischen Führung zu verdeutlichen. Dies geschah auch, da sich die Moskauer Berlin-Politik bis 1989 weitgehend in dem in der Breschnew-Ära gesteckten restriktiven Rahmen bewegte und die deutsch-sowjetischen Beziehungen gravierend belastete. Stets betonte die Bundesregierung Kohl/Genscher, Berlin „bleibt Gradmesser für die Ost-West-Beziehungen. Berlin ist Symbol für die Offenheit der deutschen Frage.“<sup>2</sup>

Die Kontinuität der Bonner Ostpolitik zeigte sich seit Herbst 1982 auch darin, daß die Beziehungen zur UdSSR Priorität genossen. Wie sehr „Westbindung und Ostverbindungen die außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland“<sup>3</sup> ausmachten, dokumentierte auch die bundesdeutsche Politik gegenüber Polen<sup>4</sup>. Es würde den Rahmen der folgenden Analyse sprengen, auch jene Staaten einzubeziehen, die immer unter dem Begriff „Ostpolitik“ subsumiert wurden und Mitglieder des am 1. Juli 1991 aufgelösten Warschauer Paktes waren: Bulgarien, Rumänien, die Tschechoslowakei und Ungarn. Eine Prüfung der offiziellen Bonner Verlautbarungen seit Herbst 1982 ergibt, daß die Bundesregierung die Beziehungen zu allen Staaten des Warschauer Paktes zu verbessern suchte und dabei – verständlicherweise – die Sowjetunion und Polen stets hervorhob.

Eine Darstellung der innerdeutschen Beziehungen seit Herbst 1982 hat zu beachten, daß nach der Öffnung der DDR/SED-Akten noch mit einigen Überraschungen zu rechnen ist. Im folgenden wird

2 Ebd., S. 7228.

3 So zutreffend Werner Link, Die Außenpolitik und internationale Einordnung der Bundesrepublik Deutschland, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch – Eine doppelte Bilanz 1949–1989, Bonn 1989, S. 582; vgl. auch Michael Staack, Die Außenpolitik der Bundesrepublik auf dem Weg in ein neues Europa – Westintegration und Ostpolitik unter veränderten Bedingungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4–5/90, S. 20–30.

4 Vgl. Dieter Karger, Die Polenpolitik der deutschen Bundesregierung von 1982–1991, Bonn 1993.

1 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte vom 13. 10. 1982, S. 7220.



vornehmlich der Ausbau des vertraglichen Verhältnisses zwischen Bonn und Ost-Berlin analysiert. Eine Untersuchung über die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands hat zwischen dem innerdeutschen Einigungsprozeß und dem Zwei-plus-Vier-Prozeß zu differenzieren.

---

## II. Internationale Rahmenbedingungen

---

Als die CDU/CSU-F.D.P.-Bundesregierung Anfang Oktober 1982 antrat, setzte die sich zu Beginn der achtziger Jahre rapide verschlechternde internationale Großwetterlage der Bonner Ostpolitik enge Grenzen. Nachdem die UdSSR seit Mitte der siebziger Jahre mit ihrer forcierten Vorrüstung das militärische Gleichgewicht in Europa empfindlich gestört hatte, reagierte die NATO am 12. Dezember 1979 mit dem Doppelbeschluß: Bis Ende 1983 sollte die Sowjetunion in Verhandlungen veranlaßt werden, ihr euro-strategisches Übergewicht in Europa drastisch abzubauen. Sollte sie dazu nicht bereit sein, werde die NATO ab Ende 1983 insgesamt 572 nukleare Mittelstrecken-Systeme (Pershing II und Cruise Missile) in Westeuropa stationieren. Da Moskau das westliche Angebot ignorierte, begann die NATO im Herbst 1983 mit der Aufstellung der Raketensysteme.

Durch die Invasion in Afghanistan belastete die sowjetische Führung unter Leonid Breschnew Ende 1979 zusätzlich die Ost-West-Beziehungen auf das schwerste. In Polen entwickelte sich 1980 die politische Situation zunehmend krisenhaft, und am 13. Dezember 1981 verhängte der polnische Staats- und Regierungschef Wojciech Jaruzelski das Kriegsrecht, von dem die westliche Welt überrascht wurde. So befürchtete die SED-Führung 1980/81 – ähnlich wie 1968 im Fall des „Prager Frühlings“<sup>5</sup> – Rückwirkungen auf die innere Situation der DDR und befürwortete „entschiedene Maßnahmen“ der Armeen des Warschauer Paktes gegen „die umstürzlerischen Handlungen“<sup>6</sup> der polnischen Oppositionsbewegung. Der Kreml reagierte besonnener, verließ sich auf die polni-

sche Führung und sah von einer militärischen Intervention ab.

Das sich zusehends abkühlende Ost-West-Verhältnis wirkte sich zwangsläufig auch auf die innerdeutschen Beziehungen aus. Nachdem es Partei- und Staatschef Erich Honecker bereits beim Arbeitsbesuch Bundeskanzler Helmut Schmidts in der DDR vom 11. bis 13. Dezember 1981 nicht gelungen war, eine Revision des NATO-Doppelbeschlusses zu erreichen, war die Hoffnung Ost-Berlins, auch gegenüber der Bundesregierung Kohl/Genscher zwischen dem Nachrüstungsbeschluß der NATO und der weiteren „Normalisierung“ der deutsch-deutschen Beziehungen ein „Junktum“ herzustellen, trügerisch.

Erst mit der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU am 11. März 1985 trat die Sowjetunion in eine neue Ära ein. Auch wenn der neue Kreml-Chef bis zum Frühjahr 1987 vornehmlich darauf fixiert war, in der Innen-, vor allem Wirtschaftspolitik neue Akzente zu setzen, verstand er es, das von seinen Vorgängern so belastete internationale Klima allmählich aufzuhellen. Den entscheidenden Wandel in der sowjetischen Außen- und „Block“-Politik leitete Gorbatschow im Frühjahr 1987 ein, der in die vollständige Abkehr von der berüchtigten „Breschnew-Doktrin“ und 1988 in das Bekenntnis zum „Prinzip der freien Wahl“ mündete<sup>7</sup>.

Die politisch verantwortlichen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland wußten, daß die „deutsche Frage“ nicht isoliert gelöst werden konnte, sondern in den fortbestehenden Ost-West-Konflikt eingebettet war. Die Teilung Deutschlands war zugleich Bestandteil der Teilung Europas. Alle Überlegungen über eine Lösung der „deutschen Frage“ hatten außerdem das besondere Verhältnis der DDR gegenüber der Sowjetunion und die Position des „ersten“ und wohl letzten „Arbeiter- und Bauern-Staates auf deutschem Boden“ zu beachten. Aufgrund ihrer geographischen Lage am Schnittpunkt zwischen Ost und West, ihrer Funktion als westlicher Vorposten der engeren „sozialistischen Gemeinschaft“, ihres großen strategischen Gewichts und darüber hinaus aufgrund ihres für die sowjetische Vormacht bedeutsamen wirtschaftlichen Potentials besaß die DDR für die UdSSR eine außerordentliche Bedeutung. Die DDR diente mit den dort stationierten sowjetischen Streitkräften bis zur grundlegenden Modifizierung der „Block“-Politik durch Michail Gorbatschow

5 Vgl. Lutz Prieb/Manfred Wilke, Die DDR und die Besetzung der Tschechoslowakei am 21. August 1968, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 36/92, S. 26–34. Auch die anderen darin enthaltenen Beiträge, die die Positionen der Tschechoslowakei, der UdSSR, Polens und der DDR-Bevölkerung verdeutlichen, sind sehr aufschlußreich.

6 Vgl. Manfred Wilke, DDR-Vergangenheit oder deutsche Teilungsgeschichte? Das Beispiel 1980/81, in: *Politische Studien*, Sonderheft 10 (1993), S. 65–76.

7 Vgl. Jens Hacker, Michail Gorbatschow und die engere „sozialistische Gemeinschaft“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 19–20/90, S. 30–39.

dem Kreml auch und gerade dazu, Polen im Griff zu behalten, d.h. eine zu weitgehende innere Emanzipation und Abkehr vom „Sozialismus“ ebenso zu verhindern wie ein von Warschau niemals angestrebtes Ausscheren aus dem Warschauer Pakt.

---

### III. Die vorgegebenen ost- und deutschlandpolitischen Rahmenbedingungen

---

Nachdem sich im Laufe der zweiten Hälfte der sechziger Jahre auf seiten der westlichen Alliierten, vor allem der amerikanischen Führung, die Vorstellung durchgesetzt hatte, die Schranken zwischen Ost und West abzubauen und dabei den politischen und territorialen Status quo in Europa weitgehend hinzunehmen, ohne ihn jedoch zu legitimieren, wurde auch in der Bundesrepublik Deutschland immer intensiver die Frage geprüft, ob und in welcher Weise man zu einem Modus vivendi mit der UdSSR und den anderen Staaten des Warschauer Paktes unter Einschluß der DDR gelangen könnte, ohne auf dem früheren „Junktum“ – Sicherheit und Entspannung in Europa setzen die Lösung der „deutschen Frage“ voraus – zu beharren. Dieses neue Sicherheitskonzept, das unter Entspannung nicht mehr eine Politik verstand, die auf eine Überwindung der Ursachen der Spannungen in Europa gerichtet war, mündete schließlich in die von sowjetischer Seite jahrelang vorgeschlagene Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)<sup>8</sup>.

Auf dieser Grundlage leitete im Herbst 1969 die SPD/F.D.P.-Bundesregierung ihre „neue Ost- und Deutschland-Politik“ ein, indem sie von Anfang an ihre Bereitschaft erklärte, von der Respektierung der Teilung Deutschlands auszugehen. Sie attestierte der DDR zum ersten Mal die Staatsqualität und gab den bereits zur Zeit der Großen Koalition auf die Allein-Sprecher-Berechtigung reduzierten Alleinvertretungsanspruch auf. Nicht bereit war die Bundesregierung, der immer wieder seitens Ost-Berlins erhobenen Forderung zu entsprechen, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen. In seiner ersten Regierungserklärung

---

8 Vgl. Jens Hacker, Sicherheitspläne und KSZE-Prozeß sowie ihre Auswirkung auf die deutsche Frage, in: Dieter Blumenwitz/Boris Meissner (Hrsg.), Die Überwindung der europäischen Teilung und die deutsche Frage, Köln 1986, S. 83–101; W. Link (Anm. 3), S. 576–581.

vom 28. Oktober 1969 führte Bundeskanzler Willy Brandt aus: „Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.“<sup>9</sup> Die These von den innerdeutschen Beziehungen „besonderer Art“ und dem Ausschluß der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR verband die Bundesregierung Brandt/Scheel mit der prononcierten Berufung auf die „Einheit der deutschen Nation“.

Helmut Schmidt, am 16. Mai 1974 als Nachfolger Brandts zum Bundeskanzler gewählt, hat dessen Ost- und Deutschland-Politik bewußt fortgeführt und insofern einige neue Akzente gesetzt, als er nüchterner und pragmatischer innerdeutsche Vertragspolitik trieb. In vielen Darstellungen der im Herbst 1969 eingeleiteten „neuen Deutschland-Politik“ werden die Positionen Brandts und Schmidts zu undifferenziert kommentiert. So geht Peter Bender fehl in der Annahme, in Brandts Vorstellungen sei „an die Stelle von Wiedervereinigung und Selbstbestimmung... die Einheit der Nation“<sup>10</sup> getreten. Bundeskanzler Brandt hat dem Gedanken der Selbstbestimmung keinesfalls eine untergeordnete Rolle beigegeben, wenn er es auch bewußt vermied zu sagen, die Wiedervereinigung oder Vereinigung Deutschlands auf diesem Wege herbeiführen zu wollen. Bundeskanzler Schmidts stärkeres Engagement in der „deutschen Frage“ mit dem Hinweis, die Deutschen hätten sich mit der staatlichen Teilung nicht abgefunden, ist damals nur von wenigen Beobachtern registriert worden. Die meisten interpretierten die Deutschland-Politik der sozial-liberalen Koalition dahingehend, daß sich nun auch Bonn endlich mit dem Status quo in Europa, soweit das Grundgesetz dies zuließ, abgefunden habe<sup>11</sup>.

Darüber hinaus waren die Bundesregierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher bestrebt, auf bilateraler Weise zu einem Modus vivendi mit den Oststaaten zu gelangen, wobei sie der UdSSR die Priorität einräumten. Diese Politik führte zum Abschluß der verschiedenen Verträge mit den Staaten des Ostblocks, in denen ein qualifizierter Gewaltverzicht vereinbart worden ist,

---

9 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Texte zur Deutschlandpolitik, Band IV, Bonn 1970, S. 12.

10 Peter Bender, Neue Ostpolitik – Vom Mauerbau zum Moskauer Vertrag, München 1986, S. 164.

11 Vgl. dazu die Nachweise bei Jens Hacker, Deutsche Irrtümer – Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Berlin-Frankfurt/M. 1992<sup>3</sup>, S. 154 mit Anm. 230.

indem sie den Verzicht auf die Anwendung und Androhung von Gewalt, den Grundsatz der Unverletzlichkeit der Grenzen und den Verzicht auf territoriale Ansprüche postulieren.

---

#### IV. Ost- und deutschlandpolitische Ausgangspositionen der Bundesregierung Kohl/Genscher

---

Die immer wieder gestellte Frage, ob die Bundesregierung Kohl/Genscher die vor der Wahl zum Deutschen Bundestag am 6. März 1983 angekündigte „Wende“ auch in der Ost- und Deutschland-Politik eingeleitet oder gar vollzogen habe, war theoretischer Natur. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien wußten von Anfang an, daß zumindest die vorgegebenen ost- und deutschlandrechtlichen Positionen einer „Wende“ überhaupt nicht zugänglich waren. Dies hatte Bundeskanzler Kohl schon nach seiner Wahl zum Bundeskanzler in seiner ersten Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, als er die Kontinuität seiner Ost- und Deutschland-Politik so formulierte:

„Wir respektieren die Rechte und die Verantwortlichkeit der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Berlin. Die drei Westmächte unterstützen unsere Deutschland-Politik. Mit dem Osten ist ein Modus vivendi vereinbart. Wir stehen zu diesen Verträgen, und wir werden sie nutzen als Instrument aktiver Friedenspolitik... Die DDR... kann sich darauf verlassen, daß wir zu übernommenen Verpflichtungen stehen. Und wir erwarten, daß sich die DDR an Inhalt und Geist dieser Verträge hält: Das heißt, den Frieden in der Mitte Europas auch dadurch zu festigen, daß Gewalt bei der Verfolgung politischer Ziele ausgeschlossen und die Lage der voneinander getrennten Menschen verbessert wird.“<sup>12</sup>

Auch wenn sich alle Vorgänger Bundeskanzler Kohls der fortbestehenden Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte bewußt waren, hat keiner von ihnen so prononciert die Bonner Ost- und Deutschland-Politik dieser Prämisse untergeordnet. Mit seinem Hinweis, seine Ost- und Deutschland-Politik werde auch von den drei Westmächten getragen, schloß er jegliche Ängste um einen möglichen deutschen „Sonderweg“ aus:

<sup>12</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte vom 13. 10. 1982, S. 7227.

„Die Grundlage sind die geschlossenen Verträge, nach deren Buchstaben und Geist wir unsere Politik mit dem Osten gestalten wollen. Unser Ziel bleibt eine gesamteuropäische Friedensordnung.“<sup>13</sup>

Nicht nur ihre Ost-, sondern auch ihre Deutschland-Politik trieb die Bundesregierung Kohl/Genscher auf der Basis der vertraglich gesicherten Westbindung. Das sollte sich im weiteren Verlauf der achtziger Jahre als außerordentlich vorausschauend erweisen. So spezifizierte Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 die deutschlandrechtlichen und -politischen Grundpositionen, indem er ausführte, wir Deutschen könnten aus eigener Kraft alleine den Zustand der Teilung nicht ändern: „Für die Überwindung der deutschen Teilung haben wir den Rückhalt im Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft nötig. Sie garantieren uns Sicherheit und Freiheit, sie stützen die Hoffnung auf Einheit – nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas. Das Bündnis und das geeinte Europa – wir brauchen sie mehr als andere.“

Die Deutschland-Politik der Bundesregierung bleibe bestimmt durch

- das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland,
- den Deutschlandvertrag,
- die Ostverträge, die Briefe zur „deutschen Einheit“ sowie die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972, der alle Fraktionen – CDU/CSU, SPD und F.D.P. – zugestimmt haben,
- den Grundlagenvertrag und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1973 und vom Juli 1975<sup>14</sup>.

Bundeskanzler Kohl konnte sich mit gutem Gewissen auf den „Brief zur deutschen Einheit“ zum Moskauer Vertrag und die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 berufen, da die CDU/CSU-Opposition während der Verhandlungen über den deutsch-sowjetischen Vertrag nachdrücklich und permanent darauf gedrungen hat, daß er das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung mit der Möglichkeit der staatlichen Vereinigung in keiner Weise einschränken dürfe. Der Moskauer Vertrag schloß ebenso wie der Warschauer Vertrag und der innerdeut-

<sup>13</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte vom 4. 5. 1983, S. 69.

<sup>14</sup> Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte vom 4. 5. 1983, S. 73.

sche Grundlagenvertrag nicht aus, Grenzen „in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung“ zu verändern<sup>15</sup>.

Da der deutsch-sowjetische Vertrag „mit Gewaltverzicht und Grenzerhaltung so nachdrücklich am Status quo orientiert“ war, mußte die Bundesregierung dafür Sorge tragen, „daß ihre legitimen Bemühungen um eine friedliche Verbesserung des Status quo, das heißt um eine Wiedervereinigung, nicht unter den Vorwurf gerieten, vertragswidrig zu sein“<sup>16</sup>. Auch wenn dies juristisch durch die Präambel und durch die „Nichtberührungsklausel“ des Artikels 4 sichergestellt wurde, wünschte man „eine auch dem Laien erkennbare Verankerung der Wiedervereinigungspolitik im Vertragswerk und erreichte, daß die Sowjetunion den ‚Brief zur deutschen Einheit‘ vom 12. August 1970 . . . widerspruchslos entgegennahm“<sup>17</sup>.

In dem Brief stellte die Bundesregierung „im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung“ des deutsch-sowjetischen Vertrags fest, „daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.

Die sowjetische Regierung hat den „Brief zur deutschen Einheit“ ohne Widerspruch angenommen und ihn ausdrücklich bei der Ratifizierung des Vertrags durch den Obersten Sowjet in das Verfahren einbezogen<sup>18</sup>. Auch wenn die UdSSR damit nicht die Verpflichtung übernahm, die Vorstellungen der Bundesrepublik über die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands gutzuheißen, konnte sie der Bundesrepublik in der Folgezeit nicht vorwerfen, sie verstoße gegen den Moskauer Vertrag, wenn sie auch weiterhin für die Überwindung der staatlichen Teilung Deutschlands eintrat. Daß die „deutsche Frage“ juristisch und politisch durch den Moskauer Vertrag, den „Brief zur deutschen Einheit“ und die Gemeinsame Entschlie-

bung des Bundestags vom 17. Mai 1972 offengehalten wurde, ist auch ein Verdienst der damaligen parlamentarischen CDU/CSU-Opposition<sup>19</sup>.

Im Gegensatz zu seinen beiden Vorgängern wußte Bundeskanzler Kohl, die Tragweite des Grundlagenvertrags-Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 richtig einzuschätzen und für seine Ost- und Deutschland-Politik nutzbar zu machen. Die Bedeutung des Urteils für den gesamten Staat und alle seine Bürger wurde – wie der Regensburger Staats- und Völkerrechtler Otto Kimminich zutreffend betonte – durch keine andere Entscheidung seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland übertroffen<sup>20</sup>. Das gilt auch und gerade im Hinblick auf die Ereignisse von 1989/90, auch wenn prominente Politiker sowie Staats- und Völkerrechtler dies in der Zeit ab 1973 nicht zu erkennen vermochten<sup>21</sup>. Es bleibt das unbestreitbare Verdienst von Franz Josef Strauß, daß er 1973 den Mut hatte, die bayerische Staatsregierung mit Ministerpräsident Alfons Goppel zu veranlassen, die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrags vom Bundesverfassungsgericht prüfen zu lassen. In seiner Analyse des Karlsruher Urteils vom 31. Juli 1973 gelangte Strauß zu dem richtigen Schluß, das Urteil habe „unverrückbare Pflöcke eingeschlagen. Auch die damals skeptisch und passiv abseits stehende CDU beruft sich seither immer wieder auf dieses Urteil . . . 1973 hatte man mich ausgelacht, verspottet, allein gelassen.“<sup>22</sup>

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft eine starke Integrationskraft entfaltet. So hielt es an seiner These von der Fortexistenz des in beiden Staaten lebenden „deutschen Staatsvolkes“ und am Wiedervereinigungsgebot fest. Mit Präzision und Akribie stellte es alle Regelungen des Grundlagenvertrags und seiner Begleitdokumente zusammen, die es nach seiner Auffassung rechtfertigten, von einem „besonderen Verhältnis“, von „Inter-se-Beziehungen“ zwischen den beiden Staaten in Deutschland, zu sprechen. Gleichzeitig verwies es auf die fortbestehende Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland<sup>23</sup>.

19 Vgl. J. Hacker (Anm. 11), S. 144–147.

20 Otto Kimminich, Das Urteil über die Grundlagen der staatsrechtlichen Konstruktion der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutsches Verwaltungsblatt, 88 (1973), S. 657–662.

21 Vgl. J. Hacker (Anm. 11), S. 166–172, 345–352.

22 Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 458. Vgl. Dieter Blumenwitz, Bayerns Beiträge zur Deutschlandpolitik, in: Karl Carstens/Alfons Goppel/Henry Kissinger/Golo Mann, Franz Josef Strauß, Erkenntnisse, Standpunkte, Ausblicke, München 1985, S. 197–208.

23 Text des Urteils, in: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 36. Band, Tübingen 1974, S. 1–37.

15 So das Prinzip I des 1. Korbes der KSZE-Schlußakte vom 1. 8. 1975; Hermann Volle/Wolfgang Wagner (Hrsg.), KSZE – Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Bonn 1976, S. 239; J. Hacker (Anm. 8), S. 84–86.

16 Benno Zündorf, Die Ostverträge, München 1979, S. 58.

17 Ebd. Claus Arndt, Die Verträge von Moskau und Warschau. Politische, verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Aspekte, Bonn-Bad Godesberg 1982<sup>2</sup>, S. 55–68. Vgl. dazu vor allem Georg Röss, Die Rechtslage Deutschlands nach dem Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972, Berlin – Heidelberg – New York 1978, S. 120–153, 372–383.

18 Vgl. C. Arndt, ebd., S. 27–30; B. Zündorf (Anm. 16), S. 58f.; Valentin Falin, Politische Erinnerungen, München 1993, S. 51–125.

Nachdrücklich sei daran erinnert, daß sich Bundesaußenminister Genscher jedes Jahr in seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung bis 1989 ausdrücklich auf den „Brief zur deutschen Einheit“ berufen hat, nachdem sein Vorgänger Walter Scheel mit seiner Ansprache vom 19. September 1973 in New York, einen Tag nach der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die UNO, diese gute Tradition begründet hatte. Zumeist verband Genscher seinen Hinweis auf den „Brief zur deutschen Einheit“ mit dem Appell an die beiden Staaten in Deutschland, für eine gesamteuropäische Friedensordnung zu arbeiten. Dabei verwies er auf die KSZE, die Ostverträge und das Viermächte-Abkommen über Berlin. Gerade hier, also auf der internationalen Ebene, zeigte sich die außerordentliche Bedeutung des „Briefes zur deutschen Einheit“, da er es Bonn erlaubte, der restriktiven Auslegung des deutsch-sowjetischen Vertrags und des Grundlagenvertrags durch Moskau und Ost-Berlin in dieser zentralen Frage entgegenzutreten, ohne daß die östliche Seite die bundesdeutsche Position als vertragswidrig bezeichnen konnte.

---

## V. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen

---

Da die UdSSR in der ausgehenden Breschnew-Ära sowohl innen- als auch außenpolitisch in Stagnation verharrte und bemüht war, soweit wie möglich den territorialen und politischen Status quo in Europa und damit auch in Deutschland festzuschreiben, waren von ihr keine Initiativen zu erwarten, die auf eine Überwindung der Teilung des Kontinents hinausgelaufen wären. Große Mühe hatte die sowjetische Führung, die menschenrechtlichen Konsequenzen aus der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 in die von ihr gewünschten Bahnen zu lenken. Auch in der labilen Übergangsphase unter Jurij Andropow und Konstantin Tschernenko (1982–1985), den Nachfolgern Breschnews, war Moskau nicht bereit, seine Westpolitik auf eine neue Basis zu stellen.

Bundeskanzler Kohl hatte – wie dargelegt – in seinen Regierungserklärungen vom 13. Oktober 1982 und 4. Mai 1983 unmißverständlich den Wunsch geäußert, die Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen Staaten des Warschauer Pakts auf allen Ebenen kontinuierlich weiterzuentwickeln. Als er vom 4. bis 7. Juli 1983 der UdSSR einen offiziellen Besuch abstattete, plädierte er nochmals

für eine „Politik der Verständigung, der Kooperation, der Entspannung und des Ausgleichs mit dem Osten auf der Grundlage und in konkreter Ausfüllung der Verträge mit der Sowjetunion, mit der Volksrepublik Polen, mit der ČSSR auf der Grundlage des Viermächte-Abkommens, des Grundlagenvertrages mit der DDR und der Schlußakte von Helsinki sowie der darauf gegründeten Vereinbarungen und Erklärungen“<sup>24</sup>.

Viele westliche Beobachter waren überrascht, daß Bundeskanzler Kohl ausgerechnet in Moskau das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und den Gedanken an die Einheit der deutschen Nation betonte, um hinzuzufügen: „Wir denken in historischen Dimensionen. Wir wissen, daß diese Aufgabe nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung zu verwirklichen ist. Wir wollen zu ihr beitragen.“ Zu Kohls Gesprächspartnern gehörten u. a. KPdSU-Chef Andropow, Ministerpräsident Nikolai A. Tichonow, Außenminister Andrej Gromyko und Verteidigungsminister Dmitrij Ustinow. Auf seiner Pressekonferenz am 6. Juli wies der Bundeskanzler darauf hin, ein wichtiger Punkt seiner Moskauer Gespräche sei sein Bekenntnis zur Wiedervereinigung gewesen; er habe erklärt: „Man kann keine Grenze, die ein Volk teilt, zuzementieren.“<sup>25</sup> Ohne Vorbehalt bekannte er sich zu beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses und verwies darauf, daß die UdSSR bei den landgestützten Mittelstreckenraketen weit überlegen sei und ihren Bestand an nuklearen Gefechtsköpfen bei diesen Raketen in den letzten fünf Jahren noch verdoppelt habe. Nur in wenigen bilateralen Fragen konnten Fortschritte erzielt und konkrete Verabredungen getroffen werden.

Beim Kanzler-Besuch in Moskau zeigte sich einmal mehr, wie sehr die sowjetische Führung unter Breschnew und Andropow die internationale Großwetterlage verschlechtert hatte. Daran sollte sich auch in der kurzen Phase unter der Ägide Tschernenkos bis zu dessen Tod am 10. März 1985 nichts ändern. Erst der am 11. März 1985 zum KPdSU-Chef gewählte Michail Gorbatschow erkannte frühzeitig, wie sehr die nukleare Aufrüstungs-Politik seiner Vorgänger das internationale Klima belastete. Nachdem der amerikanische

---

24 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 76 vom 12. 7. 1983, S. 707. Vgl. über die deutsch-sowjetischen Beziehungen bis 1987 Hans-Adolf Jacobsen, *Deutsch-sowjetische Beziehungen: Kontinuität und Wandel 1945 bis 1987*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 3/88, S. 28–44.

25 Archiv der Gegenwart, (1983), S. 26789. Vgl. dazu auch Claus Gennrich, *Kohls Beharren auf dem Wiedervereinigungsziel ist nur ein neues Stück einer alten Linie*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. Juli 1983.

Präsident Ronald Reagan am 18. November 1981 weitgehende Vorschläge zur Rüstungs-Verminderung gemacht und angeboten hatte, den NATO-Doppelbeschluß nicht zu vollziehen, falls die UdSSR zu einem Abbau ihres nuklearen Potentials bereit sei<sup>26</sup>, sollten noch sechs Jahre vergehen, ehe die beiden Repräsentanten der Supermächte, Reagan und Gorbatschow, bei ihrem dritten Gipfeltreffen am 8. Dezember 1987 das Washingtoner Abkommen über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen längerer und kürzerer Reichweite (INF) unterzeichneten<sup>27</sup>. Der amerikanische Präsident stellte dazu fest, zum ersten Mal in der Geschichte sei die Sprachregelung „Rüstungskontrolle“ durch „Abrüstung“ ersetzt worden – „in diesem Fall die vollständige Vernichtung einer ganzen Kategorie amerikanischer und sowjetischer Nuklearraketen“<sup>28</sup>.

Gorbatschow wußte auch, wie sehr die UdSSR mit ihrer militärischen Intervention in Afghanistan im Dezember 1979 die internationale Großwetterlage verschlechtert hatte. Am 14. April 1988 wurde in Genf unter Vermittlung des stellvertretenden UNO-Generalsekretärs Diego Córdovez u. a. ein Abkommen getroffen, in dem sich die UdSSR und Afghanistan verpflichteten, daß die sowjetischen Truppen, beginnend mit dem 15. Mai 1988, bis zum 15. August zur Hälfte und bis zum 15. Februar 1989 ganz aus Afghanistan abgezogen werden. An diesen zeitlichen Fahrplan hat sich die UdSSR gehalten.

Seit dem Frühjahr 1987 revidierte Michail Gorbatschow schrittweise wichtige Positionen der sowjetischen Europa- und „Block“-Politik. Den Auftakt bildete seine Rede vom 10. April 1987 in Prag, mit der er den ersten wesentlichen Schritt vollzog, den Vormachtanspruch der UdSSR und der KPdSU abzubauen. Allerdings waren seine „Block“-Vorstellungen in den folgenden Monaten noch nicht frei von Widersprüchen. Das gilt auch für seine programmatische Rede vom 2. November 1987 anlässlich der Feiern zum 70. Jahrestag der Oktober-Revolution. Die vollständige Abkehr von der berüchtigten sowjetischen Interventions-Doktrin, im Westen „Breschnew-Doktrin“ genannt, vollzog der Kreml-Chef 1988/89. So sagte er am 7. Dezember 1988 vor der UNO-Vollversammlung: „Für uns ist ... die Verbindlichkeit

des Prinzips der freien Wahl über jeden Zweifel erhaben... Die Freiheit der Wahl ist ein allgemeingültiges Prinzip, das keine Ausnahmen kennen soll.“ Mit den Beschlüssen von Bukarest vom 7. und 8. Juli und vom 26./27. Oktober 1989 haben die Mitglieder des Warschauer Paktes gemeinsam die „Breschnew-Doktrin“ zu den Akten gelegt und sich zum Primat des Völkerrechts bekannt<sup>29</sup>.

Obwohl die sowjetische Führung bis zum Herbst 1989 in zahlreichen Dokumenten ihren Willen bekundet hatte, die überkommene Vorstellung von der „Ordnungsmacht“ UdSSR zu überwinden und das Prinzip der Selbstbestimmung auch im Warschauer-Pakt-Bereich zuzulassen, war sie bestrebt, den Status quo in Deutschland möglichst unangetastet zu lassen. Erinnert sei daran, wie Gorbatschow auf den Hinweis Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei dessen Besuch am 6. Juli 1987 in Moskau, „die Deutschen, die heute in Ost und West getrennt leben, haben nicht aufgehört und werden nicht aufhören, sich als eine Nation zu fühlen...“<sup>30</sup>, reagiert hat. Damals zeigte sich Gorbatschow nicht geneigt, in diesem Zusammenhang über den Begriff der „deutschen Nation“ auch nur zu „theoretisieren... Es gibt zwei deutsche Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Sie haben ihre eigenen Werte. Beide haben sie Lehren aus der Geschichte gezogen, und jeder kann seinen Beitrag zu den Angelegenheiten Europas und der Welt leisten. Und was in hundert Jahren sein wird, wird die Geschichte entscheiden. Ein anderes Herangehen ist unannehmbar...“<sup>31</sup>

Bundespräsident von Weizsäcker gebührt das Verdienst, den Kreml-Chef erstmals veranlaßt zu haben, dezidiert zu „Deutschland“ Stellung zu beziehen. Als Bundeskanzler Kohl vom 24. bis 27. Oktober 1988 zu Besprechungen in Moskau weilte, zog sich Gorbatschow auf die Formel zurück: „Über die sogenannte ‚deutsche Frage‘ habe ich in letzter Zeit mehrmals gesprochen. Die derzeitige Situation ist ein Ergebnis der Geschichte.

26 Text der Vorschläge Präsident Reagans in: Europa-Archiv, 36 (1981), S. D 654–660. Die NATO hat 1983/84 den Doppelbeschluß vollzogen.

27 Vgl. Europa-Archiv, 43 (1988), S. D 18–30. Zuvor hatten sich beide am 19.–20. November 1985 in Genf und am 11.–12. Oktober 1986 in Reykjavik getroffen.

28 Ebd., S. D 16f.

29 Vgl. dazu im einzelnen J. Hacker (Anm. 7), S. 33–36. Einige neue Aspekte eröffnen die Ost-Berliner Archive. Vgl. Jörg Roesler, Der Handlungsspielraum der DDR-Führung gegenüber der UdSSR. Zu einem Schlüsselproblem des Verständnisses der DDR-Geschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 41 (1993), S. 293–304.

30 Text der Tischrede R. von Weizsäcker im Kreml, in: Beilage der Zeitschrift „Sowjetunion heute“, (August 1987) 8, S. IV. Vgl. dazu auch die Darstellung bei Michail Gorbatschow, Perestroika – Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987, S. 259–261.

31 Ebd., S. VI f.

Die Versuche, diese umzustößen oder eine unrealistische Politik voranzutreiben, sind ein unberechenbares und sogar gefährliches Unterfangen.<sup>32</sup>

Mit seiner nochmaligen scharfen Absage, über die „deutsche Frage“ auch nur zu diskutieren, verdeutlichte der Kreml-Chef unmißverständlich, daß er das zuvor von ihm postulierte Prinzip der „Freiheit der Wahl“ auf die deutsche Situation nicht anzuwenden gewillt war. Als er die Bundesrepublik Deutschland besuchte, war er immerhin bereit, in der mit Bundeskanzler Helmut Kohl unterzeichneten Gemeinsamen Erklärung vom 13. Juni 1989 festzustellen, das Recht aller Völker und Staaten, ihr Schicksal frei zu bestimmen und ihre Beziehungen zueinander auf der Grundlage des Völkerrechts souverän zu gestalten, müsse sichergestellt werden: „Der Vorrang des Völkerrechts in der inneren und internationalen Politik muß gewährleistet werden.“<sup>33</sup>

Nachdem der Kreml die weitreichenden Demokratisierungs-Prozesse in Ungarn und Polen widerspruchslos akzeptiert und auf die weitere innere Stabilität der DDR gehofft hatte, mußte er wissen, daß er etwaige evolutionäre oder gar revolutionäre Entwicklungen im „ersten Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden“ nicht mehr hätte unterbinden können.

---

## VI. Das schwierige deutsch-polnische Verhältnis

---

Auch die deutsch-polnischen Beziehungen seit Herbst 1982 dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Ebenso wie ihre Vorgängerinnen räumte die Bundesregierung Kohl/Genscher im Rahmen ihrer Ostpolitik – verständlicherweise – Polen die zweite Position ein. Die Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1981 durch Staats- und Parteichef Jaruzelski belastete das deutsch-polnische Verhältnis ebenso wie der Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses (1983/84). Die Stationierung nuklearer Mittelstrecken-Systeme in der Bundesrepublik Deutschland war auch eine Antwort auf die Stationierung sowjetischer Nuklearwaffen in Polen. Hinzu kommt, daß der Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 mit dem darin vereinbarten qualifizierten Gewaltverzicht und dem Grundsatz der

Unverletzlichkeit der Grenzen sowie dem Verzicht auf territoriale Ansprüche von polnischer und deutscher Seite unterschiedlich interpretiert wurde. Dieser Streit ging vornehmlich auf die Aussagen der Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945 zurück und kann hier nicht rekapituliert werden.

Während Bundeskanzler Kohl in Übereinstimmung mit dem Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 und der Entschließung von Bundestag und Bundesrat zu den Ostverträgen vom 17. Mai 1972 die Regelung der Grenzfrage zwischen Deutschland und Polen noch nicht für endgültig entschieden hielt, war dies für Außenminister Genscher – wie auch für die SPD – seit langem kein Streitpunkt mehr. Festzuhalten gilt, daß die drei Westmächte und die UdSSR in ihren Abmachungen aus den Jahren 1944/45 von „Deutschland... innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden“, ausgegangen sind, ohne jedoch die Verpflichtung übernommen zu haben, diesen Gebietsstand zu garantieren und die staatliche Einheit Deutschlands in diesen Grenzen anzustreben. Auch das Bundesverfassungsgericht hat es immer vermieden, sich präzise über die territoriale Reichweite des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes zu äußern oder gar mit der Formel „Gesamtdeutschland“ das Land in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 zu umschreiben. Da die drei Westmächte und die UdSSR 1945 keine Garantie übernommen haben, Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 wiederherzustellen, haben die drei Westmächte auch in dem am 5. Mai 1955 in Kraft getretenen Deutschland-Vertrag nur die Formel „Deutschland als Ganzes“ akzeptiert und sind gleichfalls keine Verpflichtung eingegangen, die staatliche Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 anzustreben.

Wilhelm G. Grewe, der maßgeblich an der Formulierung des Deutschland-Vertrags seinerzeit beteiligt war, hat noch in einem 1991 verfaßten Beitrag wiederum mit Nachdruck betont, daß die drei Westmächte weder 1952/54 noch früher oder später jemals bereit gewesen seien, „eine Verpflichtung zur Wiederherstellung eines deutschen Staates in den Grenzen von 1937 zu übernehmen. Das war auch den deutschen Verhandlungspartnern bekannt. Wiedervereinigung bedeutete daher im Deutschlandvertrag stets nur die Zusammenführung von Bundesrepublik, DDR und Berlin.“<sup>34</sup>

32 Europa-Archiv, 43 (1988), S. D 617.

33 Text in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 61 vom 15. Juni 1989 und Europa-Archiv, 44 (1989), S. D 382f.

34 Wilhelm G. Grewe, Deutschlandvertrag, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt/M. 1992, S. 250.

Grewe fügte jedoch hinzu, daß bis zu der abschließenden Regelung in bezug auf Deutschland die Grenzen von 1937 als ein „verhandlungsrechtliches Ausgangsdatum, nicht aber als ein verbindliches Zieldatum dienen: alle Vertragspartner des Deutschlandvertrages erkannten an, daß sie rechtlich nicht geändert oder beseitigt worden waren; keiner von ihnen – auch die Bundesrepublik nicht – war verpflichtet, sie als verbindliches Verhandlungsziel anzusehen. Die Grenzfrage war bis zur Vereinigung Deutschlands offen.“

Das Bundesverfassungsgericht war weiser und vorausschauender als jene Politiker, Staats- und Völkerrechtler sowie Repräsentanten des Bundes der Vertriebenen, die vor der Wende in der DDR 1989/90 gehofft hatten, aufgrund der alliierten Abmachungen aus den Jahren 1944/45 hätten spätere Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland zumindest von den Grenzen vom 31. Dezember 1937 auszugehen, ohne damit eine verbindliche territoriale Zielvorgabe zu verknüpfen. Volker Rühle, seinerzeit stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, war heftig kritisiert worden, als er am 6. Februar 1985 im Bundestag zwischen der rechtlichen und politischen Problematik des Warschauer Vertrags vom 7. Dezember 1970 differenzierte und meinte, wer nüchtern und illusionslos nachdenke, „der weiß, daß der Warschauer Vertrag mit Polen eine politische Bindungswirkung hat, die auch von einem wiedervereinigten Deutschland nicht ignoriert werden könnte“<sup>35</sup>.

Volker Rühes Aussage sollte sich voll bestätigen. Nach der vertraglichen Regelung der Grenz-Frage belasten das deutsch-polnische Verhältnis der Status der deutschen Minderheit in den Oder-Neiße-Gebieten sowie die Schulden- und Investitions-Problematik<sup>36</sup>.

---

## VII. Der Ausbau der innerdeutschen Beziehungen

---

Nachdem SED-Chef Honecker am 13. Oktober 1980 mit seiner Rede in Gera den Versuch gemacht hatte, die innerdeutschen Beziehungen uneingeschränkt auf die völkerrechtliche Ebene zu heben und sie – mit Ausnahme des Gebiets des

Handelsverkehrs – von allen noch fortbestehenden Besonderheiten zu befreien, war es nicht erstaunlich, daß der Arbeitsbesuch Bundeskanzler Schmidts in der DDR vom 11. bis 13. Dezember 1981 nur wenige konkrete Ergebnisse aufwies. Auch wenn Honecker eine Revision des NATO-Doppelbeschlusses verlangte und wiederum darauf drang, die deutsch-deutschen Beziehungen auf die völkerrechtliche Ebene zu transponieren, führte er in seinen Besprechungen mit Bundeskanzler Schmidt am 12. Dezember 1981 gleichzeitig aus: „Wir können uns von der Weltpolitik nicht abkoppeln, aber wir können, jeder auf seine Weise, einen wesentlichen Beitrag leisten zur Verbesserung des internationalen Klimas, vor allem zur Stabilisierung des Friedens in Europa.“<sup>37</sup>

Zwar blieb die innerdeutsche Bilanz Anfang der achtziger Jahre nicht völlig negativ, doch wurden wichtige Erwartungen an die DDR-Führung bis zum Ende der Regierungszeit der sozial-liberalen Koalition im Herbst 1982 nicht erfüllt. Vor allem war die DDR-Führung auch nach dem Antritt der Bundesregierung Kohl/Genscher bemüht, zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet die Beziehungen auszubauen. Da die Bundesregierung um die verschlechterte ökonomische Situation der DDR wußte, beschloß sie am 29. Juni 1983 einen Milliarden-Kredit westdeutscher Banken an die DDR, den der bayerische Ministerpräsident Strauß „eingefädelt“ hatte. Nach Begegnungen mit führenden bundesdeutschen Politikern, die Honecker zur Beseitigung der Selbstschußanlagen an der innerdeutschen Grenze aufgefordert hatten, versicherte er am 6. Oktober 1983, die Selbstschußanlagen „an der gesamten Länge der Grenze“ zur Bundesrepublik würden beseitigt. Bereits zuvor, am 15. September 1983, hatte die DDR eine Verordnung erlassen, mit der die Familien-Zusammenführung und die Eheschließung von DDR-Bürgern mit „Ausländern“ geregelt wurden.

Während die Arbeit der innerdeutschen Kommissionen auf den verschiedenen Gebieten in den Jahren ab 1980 trotz der deutlich abgekühlten Ost-West-Beziehungen nicht unterbrochen wurde, hatte die DDR schon im März 1975 die Ende

35 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte vom 6. 2. 1985, S. 8812.

36 Vgl. D. Korgler (Anm. 4).

37 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, Bonn 1986, S. 94. Vgl. zur Gesamtproblematik Matthias Zimmer, Nationales Interesse und Staatsräson. Zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982–1989, Paderborn u. a. 1992, S. 137–182.



November 1973 mit Bonn aufgenommenen Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens über die kulturelle Zusammenarbeit blockiert, als sie die Herausgabe jener Kunstgegenstände forderte, die vor 1945 ihren Standort auf dem Territorium des späteren Ost-Berlin hatten und sich im Eigentum der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin (West) befanden. Erst am 20. September 1983 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen, die am 6. Mai 1986 endlich erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

Nach dem Abschluß des Kulturabkommens zwischen den beiden Staaten in Deutschland vom 6. Mai 1986 hegten die Bundesregierung und die parlamentarische Opposition berechnete Hoffnungen, nun auch in jenen wenigen Sachbereichen mit der DDR vertragliche Vereinbarungen zu erreichen, die gemäß dem Zusatzprotokoll zu Artikel 7 des Grundlagenvertrags zuvor nicht erzielt werden konnten. Das galt vor allem für ein Abkommen über den Rechtshilfeverkehr, dessen Abschluß die DDR von einer einschneidenden Änderung der im Grundgesetz verankerten (gesamt)deutschen Staatsangehörigkeit abhängig gemacht hatte. Darüber hinaus hatten sich die beiden Staaten in Deutschland im Zusatzprotokoll zum Grundlagenvertrag verpflichtet, Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Technik zu schließen.

Erst der mehrfach verschobene Arbeitsbesuch von Partei- und Staatschef Honecker vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik Deutschland – in Erwiderung der Visite Bundeskanzler Schmidts im Dezember 1981 in der DDR – führte zu einer beachtlichen „Ausfüllung“ des Grundlagenvertrags. Am 8. September 1987 wurden in Bonn Abkommen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik, die weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes sowie Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes unterzeichnet. Das Abkommen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik schuf erstmals die Voraussetzungen für wissenschaftlich-technologische Kooperation zwischen Wissenschaftlern und Institutionen der beiden Staaten in Deutschland. Die drei Abmachungen bezogen – gemäß der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – ausdrücklich Berlin (West) ein<sup>38</sup>.

38 Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), *Texte zur Deutschlandpolitik*, Reihe III/Band 5 – 1987, Bonn 1988, S. 211–224.

---

## VIII. Die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands

---

Neben dem 13. August 1961 bildet der Abend des 9. November 1989, als die Grenzübergänge in Berlin und zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland geöffnet wurden, die tiefste Zäsur in der Entwicklung der „deutschen Frage“ nach 1945. Der 9. November 1989 markierte, was für viele Beobachter in West und Ost damals noch nicht erkennbar war, das Ende des SED-Regimes. Der sich abzeichnende schnelle und totale Zusammenbruch der DDR forcierte den Prozeß der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, der mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 zum Abschluß kam. Der rasche Einigungsprozeß erscheint auch insofern bemerkenswert, als alle politisch verantwortlichen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland wußten, daß die „deutsche Frage“ nicht isoliert gelöst werden konnte, sondern in den fortbestehenden Ost-West-Konflikt eingebettet war. Der Einigungsprozeß (1989/90) verdeutlichte nochmals, wie sehr die Teilung Deutschlands zugleich Bestandteil der Teilung Europas war. Die einzelnen Stadien des innerdeutschen Einigungsprozesses (1989/90), über die inzwischen eine umfangreiche Literatur vorliegt, können hier ebensowenig wie der Zwei-plus-Vier-Prozeß (1990) rekapituliert werden<sup>39</sup>.

Erstaunlich bleibt nicht nur, in welchem Tempo Bonn und Ost-Berlin die komplizierten inneren Aspekte der Wiedervereinigung des Landes geregelt haben. Respekt verdienen daneben die Verhandlungen, die auf der Zwei-plus-Vier-Ebene geführt wurden und Mitte Februar 1990 in Ottawa ihren Ausgang nahmen. Festzuhalten gilt jedoch: Als sich das unaufhaltsame Ende der DDR und der Einigungsprozeß Anfang 1990 abzeichneten, konnte man nur verblüfft feststellen, mit welcher Selbstverständlichkeit von Anfang an sowohl für Bonn und Ost-Berlin als auch für die drei Westmächte und die UdSSR feststand, daß die staatliche Einheit nur unter beachtlichen Opfern zu

39 Vgl. dazu vor allem die mit umfangreichen Einführungen versehenen Dokumentationen von Klaus Stern/Bruno Schmidt-Bleibtreu, *Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion*, München 1990; dies., *Einigungs- und Wahlvertrag*, München 1990; dies., *Zwei-plus-Vier-Vertrag*, München 1991; Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hrsg.), *Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft*, Bonn–Berlin 1992; Elizabeth Pond, *Beyond the Wall – Germany's Road to Unification*, New York, N.Y. 1993.

erreichen war. Die Abtretung der Oder-Neiße-Gebiete bedeutete aus der Sicht des deutschen Gesamtstaates den endgültigen rechtlichen Verlust von rund 114 000 qkm Staatsgebiet, „dessen Zugehörigkeit mit rund 9,4 Millionen deutschen Staatsangehörigen zum Völkerrechtssubjekt Deutschland vor 1945 unbestritten war“<sup>40</sup>. Hingegen umfaßte das Territorium der früheren DDR demgegenüber nur 108 000 qkm. Inzwischen haben auch weitgehend jene, die diese Vorgänge mit Bedauern und teilweise mit Verbitterung verfolgt haben, eingesehen, daß der Bonner Diplomatie angesichts der einmalig günstigen internationalen Konstellation und des notwendigen Tempos, den Einigungsprozeß zu vollziehen, gar keine andere Wahl blieb, als von vornherein vom territorialen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete auszugehen.

Beim dritten Zwei-plus-Vier-Treffen am 17. Juli 1990 in Paris wurde im Beisein des polnischen Außenministers Krzysztof Skubiszewski eine Einigung über die endgültige Regelung zur Festlegung der Westgrenze Polens erzielt. Zum Abschluß der Gespräche kündigte Außenminister Genscher an, daß „der deutsch-polnische Grenzvertrag innerhalb kürzest möglicher Zeit nach der Vereinigung und der Herstellung der Souveränität des vereinigten Deutschlands unterzeichnet und dem gesamtdeutschen Parlament zugeleitet werden wird“. Am 15. November 1990 schlossen die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Polen den Vertrag über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze.

Auf dem vierten Zwei-plus-Vier-Treffen der Außenminister konnte am 12. September 1990 in Moskau der „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ unterzeichnet werden. Es war von vornherein klar, daß das ver-

40 Wilfried Fiedler, Die Wiedererlangung der Souveränität Deutschlands und die Einigung Europas. Zum Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. 9. 1990, in: Juristenzeitung, 46 (1991), S. 685–692; ders., Die Kontinuität des deutschen Staatswesens im Jahre 1990. Zur Einwirkung des Völkerrechts auf Verfassungslagen, in: Archiv des Völkerrechts, 31 (1993), S. 333–352; Eckart Klein, Deutschlands Rechtslage, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt/M. 1993, S. 226–233; Dieter Blumenwitz, Oder-Neiße-Linie, ebd., S. 503–511; Gilbert Gornig, Die deutsch-polnische Grenzregelung, in: Deutschland im weltpolitischen Umbruch, Berlin 1993, S. 163–191.

einte Deutschland nur die Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland und ganz Berlins umfassen würde. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags beendeten die Vier Mächte ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis sollten die damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der vier Mächte aufgelöst werden. Außerdem heißt es in Artikel 7: „Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.“ Ein besonderer Erfolg westlicher Diplomatie bedeutet Artikel 6 des Vertrages vom 12. September 1990, der festlegt, „das Recht des vereinten Deutschlands, Bündnissen mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten anzugehören, wird von diesem Vertrag nicht berührt“. Von vornherein stand fest, daß das in den NATO-Bereich einbezogene Territorium der früheren DDR einem militärischen Sonderstatus unterliegen würde; dieser ist in Artikel 5 des Moskauer Vertrags formuliert.

Da für alle Beteiligten am Zwei-plus-Vier-Prozeß von Anfang an klar war, daß die „deutsche Frage“ nur im europäischen Rahmen gelöst werden konnte, bleibt festzuhalten, daß die „Charta von Paris für ein neues Europa“, die Erklärung des Pariser KSZE-Treffens der Staats- und Regierungschefs vom 21. November 1990, „mit großer Genugtuung“ Kenntnis von dem am 12. September 1990 in Moskau unterzeichneten „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ nimmt und aufrichtig begrüßt, „daß das deutsche Volk sich in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in vollem Einvernehmen mit seinen Nachbarn in seinem Staat vereinigt hat. Die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands ist ein bedeutsamer Beitrag zu einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung für ein geeintes, demokratisches Europa, das sich seiner Verantwortung für Stabilität, Frieden und Zusammenarbeit bewußt ist.“<sup>41</sup>

41 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 137 vom 24. November 1990, S. 1411 mit weiteren Dokumenten.

## Neue Ostpolitik und das Bild der Sowjetunion von 1968 bis 1975

### I. Zur Ausgangslage der „neuen Ostpolitik“

„Die neue Ostpolitik entstand aus der Kritik der alten.“<sup>1</sup> Dabei bildeten die sechziger Jahre eine Übergangsphase, in der nach den vorsichtigen Anfängen Außenminister Schröders gegen Ende der Kanzlerschaft Adenauers der Begriff der neuen Ostpolitik in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts in Umlauf kam und ein Konsens über die Notwendigkeit der Ost-West-Entspannung entstand. Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kiesinger im Dezember 1966 ging vom Status quo und vom Gedanken des Gewaltverzichts aus und eröffnete die erste Phase der „neuen Ostpolitik“<sup>2</sup>. „Das ist meine Ostpolitik“, soll Kiesinger gesagt haben, um seine Rolle als christdemokratischer Bundeskanzler gegenüber derjenigen des sozialdemokratischen Vizekanzlers und Außenministers Brandt kenntlich machen zu können<sup>3</sup>. Im Unterschied zur Großen Koalition war die Regierung Brandt/Scheel, mit der 1969 die zweite Phase der „neuen Ostpolitik“ begann, bereit, ältere Rechtspositionen aufzugeben. Mit der Formel von den „zwei Staaten in Deutschland“ tat sie einen ersten Schritt und erbrachte eine „Vorleistung“, die – wie später zu erkennen gegeben wurde –, „die Gesprächspartner in Osteuropa von der Ernsthaftigkeit der Absichten der Bundesregierung überzeugt hat“<sup>4</sup>. Von ihrer größeren „Realitätsbereitschaft“, wie es Helmut Schmidt treffend formuliert hat<sup>5</sup>, erhoffte sich die sozial-liberale Regierung, auch die Sowjetunion werde sich bewegen und von ihrer Maximal-

forderung der vollen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR abrücken sowie das atlantische Sicherheitssystem der NATO als europäische Realität von Dauer zu akzeptieren.

Als 1949 zwei nicht-souveräne deutsche Staaten gegründet wurden, handelte es sich einmal um ein Ergebnis des Zweiten Weltkriegs, in dem sich der gemeinsame Wunsch der Siegermächte nach Sicherheit vor Deutschland ausdrückte. Zum anderen waren die beiden deutschen Staaten ein Produkt des Kalten Kriegs, also des Konflikts der Sieger untereinander, der sich entfaltete, nachdem der gemeinsame Feind ausgeschaltet worden war und bedingungslos kapituliert hatte. Für die Deutschen in West und Ost führte dieser Vorgang bis Mitte der fünfziger Jahre zur festen Einbindung in die weltpolitischen Blöcke der bipolaren Nachkriegszeit. In der Bundesrepublik kam es zu einander widersprechenden Argumentationslinien. Einerseits entwickelte man eine Staatsräson, die die Westbindung des Teilstaats betonte. Andererseits befand man sich im Gegensatz zu sich selbst, weil eben dieser Teilstaat die Offenheit der deutschen Frage nicht leugnen durfte und darüber hinaus die Grenzziehung, die die deutschen Ostgebiete von dem übrig gebliebenen Territorium der beiden deutschen Staaten trennte, nicht anerkannt und in erster Linie als Ergebnis des Kalten Kriegs und nicht des von Deutschland herbeigeführten Weltkriegs gesehen wurde.

Die sich zwangsläufig ausbildende Identität des westdeutschen Teilstaats und der im Wiedervereinigungsgebot gleichzeitig aufrechterhaltene nationalstaatliche Bezugsrahmen gerieten in einen Dauerkonflikt, der der Bundesrepublik zwei leidenschaftlich und zum Teil erbittert geführte Auseinandersetzungen bescherte. Die erste entzündete sich an der dezidierten Politik der Westbindung Konrad Adenauers und seiner von CDU und CSU dominierten Regierungen, die den nationalstaatlichen Bezug zwar nicht aufgaben, aber in erster Linie unter Hintanstellung der Wiedervereinigungsfrage westdeutsche Interessen verfolgten und damit entschieden Widerspruch hervorriefen. Die zweite polarisierende Debatte entstand, als die Opponenten der fünfziger Jahre, die 1960

1 Peter Bender, *Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau zum Moskauer Vertrag*, München 1986, S. 115.

2 Zu den Phasen der „neuen Ostpolitik“ vgl. Richard Löwenthal, *Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik*, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Stuttgart 1974, S. 672 ff.

3 Vgl. Timothy Garton Ash, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München-Wien 1993, S. 86.

4 Egon Bahr, *Vier Jahre Bonner Ostpolitik*, in: *Die Zeit*, vom 14. 12. 1973, S. 3.

5 Im Bundestag am 24. 2. 1972. *Stenographische Berichte des Deutschen Bundestags (BT)*, 79 (1972), S. 9920.

mit der bekannten Rede Herbert Wehners im Bundestag ihren Frieden mit der Westpolitik Adenauers gemacht hatten, die Nachkriegsgrenzen und die Existenz zweier deutscher Staaten anerkannten und damit, ohne unbedingt an eine Zementierung der Zweistaatlichkeit und an ein Ende der Geschichte des deutschen Nationalstaats glauben zu müssen, die „Ergebnisse der Geschichte“<sup>6</sup> annahmen. Erst mit diesem Schritt der sozial-liberalen Regierung konnte der westdeutsche Teilstaat seine volle außenpolitische Handlungsfreiheit gewinnen und in der Dynamik der Détente-Phase des Ost-West-Konflikts die Rolle spielen, an der auch die unionsgeführten Regierungen der achtziger Jahre festgehalten haben.

Was die sozial-liberale Regierung von ihren Vorgängerregierungen, die Große Koalition eingeschlossen, unterschied, war ein größeres Maß an Realitätsnähe und eine größere Bereitschaft zu internationaler Kommunikation. Der Realismus der fünfziger Jahre, den Willy Brandt im Rückblick auf das Werk Adenauers ausdrücklich anerkannte<sup>7</sup>, war in den sechziger Jahren nicht mehr adäquat. Nicht zuletzt der Bau der Berliner Mauer hatte die Wahrheit ans Licht gebracht: Realismus bedeutete jetzt Anerkennung der bestehenden Grenzen und Interessensphären in Europa auf der Basis des Gewaltverzichts. Kommunikation hieß jetzt die volle Einbeziehung der Sowjetunion in den außenpolitischen Dialog und die Neubewertung der UdSSR als Verhandlungspartner. Damit der erweiterte Realismus der sozial-liberalen Regierung nicht in einseitigen Zugeständnissen stecken blieb, war ein Wandel auch auf sowjetischer Seite und ein Abrücken der sowjetischen Regierung von ihren Maximalzielen nötig. Ob dies mit der Sowjetunion zu machen war, gehörte zu den zentralen Punkten in der Auseinandersetzung um die „neue Ostpolitik“.

Die Regierung Brandt/Scheel hatte sich, da sie keineswegs vor den Maximalforderungen Moskaus zu kapitulieren gedachte, die Frage zu stellen, ob die sowjetische Führung dialogfähig sein würde und ob man die Sowjetunion in sicherheitspartnerschaftliche Überlegungen einbeziehen konnte. Es genügte nicht, alte Feindbilder aufgeben zu wol-

len. Man brauchte auch Anhaltspunkte, daß die sowjetische Seite Anlaß dazu gab; daß sie, wie Willy Brandt es 1970 ausdrückte, ihre „Westfremdheit“ überwand<sup>8</sup>. Insofern war die Wahrnehmung der Sowjetunion in den sechziger Jahren und im unmittelbaren Vorfeld der sozial-liberalen Regierungsbildung seitens der Koalitionspartner eine wesentliche Voraussetzung für die Formulierung der Ostpolitik und darüber hinaus für eine glaubwürdige Darstellung der Sowjetunion in den Verlautbarungen der Bundesregierung gegenüber der nationalen und internationalen Öffentlichkeit<sup>9</sup>.

Welche Informationen besaß die Regierung bei Amtsantritt über den künftigen Verhandlungspartner? Wie schätzte man die Sowjetunion im Hinblick auf Ideologie, außenpolitisches Konfliktverhalten, militärische Stärke und wirtschaftlichen Entwicklungsstand ein? Kurz: Welches Bild von der Sowjetunion<sup>10</sup> läßt sich in regierungsseitigen Äußerungen ablesen? Gab es im Laufe der Jahre Veränderungen in der Darstellung der Sowjetunion? Behandelt wird im folgenden mit einem Schwerpunkt auf den Jahren 1968–1972 die Zeit von der Intervention des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei bis zur Mitte der siebziger Jahre, als eine erste Bilanz der sozial-liberalen Ostpolitik vorgenommen werden konnte.

Als seit 1967 während der Großen Koalition im Planungsstab des Auswärtigen Amts unter dessen Leiter Egon Bahr die Grundlinien der nach Bildung der Regierung Brandt/Scheel 1969 ins Werk gesetzten Ostpolitik ausgearbeitet wurden, konnte man sowohl an internationale Rahmenbedingungen anknüpfen, als auch an Positionen, die seitens der SPD und auch der F.D.P. seit dem Mauerbau 1961 entwickelt worden waren. Den Prozeß der Gedankenbildung stark vereinfachend, sei hier auf die Ausführungen verwiesen, die Willy Brandt als Berliner Regierender Bürgermeister im Juli 1963 während der später berühmt gewordenen Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing gemacht hat. In Tutzing sprach auch Egon Bahr, damals

6 Willy Brandt, *Erinnerungen*, Berlin–Frankfurt 1989, S. 213.

7 Brandt führte in den siebziger Jahren aus, daß Adenauer „in der Politik nach Westen der erste war, der das Wort von der ‚Anerkennung der Realitäten‘ für sich in Anspruch nehmen durfte.“ Willy Brandt, Konrad Adenauer. Ein schwieriges Erbe für die deutsche Politik, in: Dieter Blumenwitz u. a. (Hrsg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen*, Stuttgart 1976, S. 105.

8 Brandt am 14. 9. 1970 vor dem Parteivorstand über seine Gespräche in Moskau anläßlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (AsD), Parteivorstandsprotokolle 1970.

9 Im folgenden werden Teilergebnisse eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojekts „Die Wahrnehmung der Sowjetunion und die Darstellung des Ost-West-Konflikts durch die Bundesregierungen 1969–1975“ wiedergegeben. Die Verfasser sind Klaus Becker und Dirk Schönrock zu Dank verpflichtet.

10 Es soll weniger die Frage nach konkurrierenden Sowjetunion-Bildern aufgeworfen werden als nach Tendenzen, die in der sozial-liberalen Koalition mehrheitsfähig waren.

Leiter des Berliner Presse- und Informationsamts. Obwohl sie nicht als Handlungsanweisung verstanden werden konnten, lesen sich die Thesen von Brandt und Bahr heute wie eine Prognose der späteren Entwicklung. Sie lassen sich in sechs Punkten zusammenfassen<sup>11</sup>:

1. Politik hat sich, soll sie friedenspolitisch relevant sein, an zwei Schlüsselbegriffen zu orientieren: Realität und Kommunikation. Neben die Forderung nach Realitätsnähe trat das Verlangen nach „Kommunikation“, um „die Erstarrung zwischen Ost und West aufzubrechen“. Durch „Verbindungen auch zum kommunistischen Osten“ sollten im Zuge einer „Politik der Durchdringung“ graduelle Veränderungen erreicht werden.
2. Realitätsnähe hieß, sich der „amerikanischen Strategie des Friedens“, wie sie von Präsident Kennedy entwickelt worden war, anzuschließen und im Bewußtsein „gemeinsamer Sicherheitsinteressen“ die „Interessen der anderen Seite“ anzuerkennen. Realitätsnähe im Sinne der Anerkennung des Status quo bedeutete keineswegs Verzicht auf Realitätswandel. Einerseits seien der Ost-West-Konflikt und die bestehende machtpolitische Teilung Europas als Normalität der internationalen Politik zu akzeptieren. Andererseits gelte die zukunftsweisende Dialektik, daß die vorläufige Anerkennung des Status quo seiner „Überwindung“ diene.
3. Der Herrschaftsbereich der sowjetischen Hegemonialmacht galt unter der Voraussetzung, daß dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis durch Besitzstandsgarantien Rechnung getragen wird, als veränderbar. Eine „Transformation der anderen Seite“ wurde für möglich gehalten. Die kommunistische Herrschaft sollte „nicht beseitigt, sondern verändert werden“. Durch Anerkennung der Sicherheitsinteressen der anderen Seite sei Annäherung möglich; durch Annäherung sei Wandel denkbar. „Wandel durch Annäherung“ lautete die Formel, die künftige Unwägbarkeiten auf den Begriff brachte.
4. Im Prozeß der Kommunikation lag die Lösung der deutschen Frage eingeschlossen. Sie war nur „mit der Sowjetunion, nicht gegen sie“ erreichbar.
5. Die Bundesrepublik war „erwachsen genug“ geworden, um als „Gleicher unter Gleichen“

11 Texte in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), IV. Reihe, Bd. 9, Frankfurt 1978, S. 565 ff., 572 ff.

„im Konzert des Westens“ eigene Interessen verfolgen zu können. Auf der Grundlage der Westintegration sollte sie sich „künftig stärker um unsere Interessen gegenüber dem Osten kümmern“.

6. Das so formulierte – gegenüber den fünfziger Jahren erweiterte – nationale Interesse war im Kontext der steigenden weltpolitischen Bedeutung Europas zu sehen: „Jedenfalls hat es den Anschein, daß wir im Jahr 2000 weder auf ein amerikanisches noch auf ein sowjetisches Jahrhundert zurückblicken werden.“

Parallel zur sozialdemokratischen Korrektur von Sprache und Politik der fünfziger Jahre<sup>12</sup> verliefen die Bemühungen der Freien Demokraten, Auswege aus der Sackgasse der älteren Deutschlandpolitik zu finden. Hier ist vor allem die konzeptionelle Arbeit zu nennen, die sich mit den Schollwer-Papieren verband. Auch in ihnen wurde vom Status quo als vorläufig nicht zu ändernder territorialer Realität ausgegangen<sup>13</sup>.

Was in der Bundesrepublik nach dem Bau der Berliner Mauer von verschiedenen Seiten als außenpolitischer Neuanfang konzipiert wurde und scharfe innenpolitische Frontenbildungen hervorrief, war zugleich der Versuch, den Anschluß an den weltpolitischen Trend der Entspannung nicht zu verpassen. Kennedys schon erwähnte „Strategie des Friedens“ war ebenso ein unverzichtbarer Referenzpunkt der „neuen Ostpolitik“ und neuen Sowjetunion-Wahrnehmung wie die wiederholten entspannungspolitischen Initiativen, die von London und Paris ausgingen. Als „Labor der Entspannung“, wo „neue Prinzipien und Regelungen der zwischenstaatlichen Beziehungen entwickelt“ worden seien, wollte rückblickend ein sowjetischer Diplomat die Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion als „Pionieren der Entspannungspolitik“ verstanden wissen<sup>14</sup>. Vom französischen Außenminister vernahm man 1966, die Sowjetunion stelle „keine direkte Bedrohung“ mehr dar. Infolge des „Wandels der sowjetischen Politik“ habe sich die Politik Frankreichs gegenüber der

12 Vgl. Wolfgang Bergsdorf, Herrschaft und Sprache. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland, Pfullingen 1983, S. 191 ff.

13 Dazu und zu den Kontakten zwischen SPD und F.D.P. seit dem Parteitag der F.D.P. 1967 in Hannover Arnulf Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, München 1984, S. 211 ff.

14 So am 23.4. 1980 der sowjetische Botschafter in der DDR, Abrassimow, zum französischen Botschafter in Bonn, Brunet. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (SAPM), Zentralkomitee (ZK), Büro Axen, IV 2/2.035/66.

Sowjetunion ebenfalls geändert<sup>15</sup>. Der Harmel-Bericht schließlich legte die NATO im Dezember 1967 auf die Doppelstrategie von Sicherheit und Entspannung fest. Die Ostpolitik der Bundesregierung war schon zur Zeit der Großen Koalition eingebettet in das „Doppelziel des sich Verteidigens . . . und des Bereitseins, über gleichgewichtige und gleichwertige Rüstungsbegrenzungen und Rüstungsminderungen zu verhandeln“<sup>16</sup>.

## II. Die Sowjetunion im Vorfeld der sozial-liberalen Regierungsbildung

Da der internationale Trend zur Détente den Ost-West-Konflikt nicht beseitigte, sondern nur die Form seines Austrags veränderte, liefen im Westen der Wille, nicht zu den Konfliktformen des Kalten Kriegs zurückzukehren, und die Unsicherheit über die politischen Ziele der sowjetischen Weltmacht parallel. Die aus dem Kalten Krieg stammenden Bedrohungsvorstellungen waren noch zu gegenwärtig, als daß der Ost-West-Konflikt Ende der sechziger Jahre schon als Normalität im Sinne gewaltfreier Koexistenz hätte empfunden werden können<sup>17</sup>. Jeglicher Anschein von Normalität schien verschwunden zu sein, als der „Prager Frühling“ im August 1968 von den Truppen des Warschauer Pakts gewaltsam niedergeschlagen wurde. Das Image der Sowjetunion als Akteur der internationalen Politik verschlechterte sich schlagartig. Auf die Frage: „Tut die Sowjetunion alles, was sie tun sollte, um den Frieden in der Welt zu fördern?“ antworteten 1969 Briten, Franzosen, Italiener und Westdeutsche überwiegend negativ, am negativsten die Deutschen<sup>18</sup>.

Auch in der Bundesregierung herrschte Unsicherheit über die Ziele sowjetischer Politik. Außenminister Brandt sah „neue und bedrückende

15 Vgl. Robert Spencer, Einschätzungen im Bündnis insgesamt 1948–1985, in: Carl-Christoph Schweitzer (Hrsg.), *Bedrohung durch die Sowjetunion? Westliche Analysen der politischen Absichten Moskaus im Zeitvergleich der 50er und 80er Jahre*, Baden-Baden 1989, S. 57.

16 Außenminister Brandt während einer gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission der SPD am 1. und 2. 11. 1968, in: AsD, Parteivorstandsprotokolle.

17 Zum Vergleich der Bedrohungsvorstellungen Reiner Albert/Gottfried Niedhart, *Vom System- zum Machtkonflikt: die Sowjetunion in der westdeutschen Bedrohungswahrnehmung*, in: Arnold Sywottek (Hrsg.), *Der Kalte Krieg – Vorspiel zum Frieden?*, Münster–Hamburg 1994.

18 Vgl. Gottfried Niedhart (Hrsg.), *Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917*, Paderborn 1983, S. 20.

Fragen aufgeworfen“, seit in der Prawda Ende September 1968 von der eingeschränkten Souveränität der sozialistischen Länder zu lesen war<sup>19</sup>, was Außenminister Gromyko vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Oktober 1968 bestätigte und was bald als Breschnew-Doktrin bekannt werden sollte. Am Rande der UNO-Vollversammlung traf Brandt mit Gromyko zusammen, der sich wenig gesprächsoffen zeigte. Vor allem erwuchs Brandts Irritation aber aus der Unklarheit, welche Länder Moskau in Zukunft der „sozialistischen Gemeinschaft“ zurechnen und in welchen Regionen das „sowjetische Machtzentrum“ einen Führungsanspruch geltend machen wolle, der die Souveränität kleinerer Staaten einschränkte oder gar beseitigte. Der Nahe Osten mit Ägypten und Syrien als möglichen Objekten „sowjetischen Weltanspruchs“ gab in besonderer Weise Anlaß zu Befürchtungen. Die sowjetische Politik fordere „zwangsläufig die Formulierung von Gegeninteressen“ heraus. Auch eine räumliche Ausweitung der NATO-Aufgaben wollte Brandt nicht ausschließen<sup>20</sup>.

Für Europa allerdings folgte der Außenminister dem Urteil der „Fachleute“: „Es gibt keine Hinweise darauf, daß die Vorverschiebung der sowjetischen Divisionen mit aktiv-militärischen Absichten gekoppelt sei.“ Auch wenn das „Kräftegleichgewicht“ infolge der Okkupation der Tschechoslowakei zugunsten der Sowjetunion verändert worden sei, gab es für Brandt keine vernünftige Alternative zur Wiederaufnahme bzw. Weiterführung des „Meinungsaustauschs mit der Sowjetunion über die offenen politischen Fragen“. Brandt war sich allerdings nach „Prag“ hinsichtlich jedes „Versuchs, sowjetische Interessen zu interpretieren“, bewußt: „Dabei kann man sich schwer irren.“ Denn Brandt hatte letztlich nicht mit militärischer Gewaltanwendung gegen die Tschechoslowakei gerechnet. Ernüchert sprach er jetzt von „zunehmender Unsicherheit“, „die vom sowjetischen Machtzentrum ausgeht“, und von „unserer begrenzten Fähigkeit und Möglichkeit, die sowjetischen Entscheidungen vorzuberechnen“. Für die nächste Zukunft wollte Brandt einen „weltpolitischen Verkehrsunfall“ nicht ausschließen, doch rechnete er eigentlich nicht damit. Den sowjetischen Herrschaftsbereich sah er in steigendem Maß durch innere Widersprüche belastet. Sie

19 Vgl. Prawda vom 26. 9. 1968; Boris Meissner, *Die „Breshnew-Doktrin“. Das Prinzip des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ und die Theorien von den „verschiedenen Wegen zum Sozialismus“*, Dokumentation, Köln 1969, S. 64 ff.

20 Vgl. Anm. 16.

resultierten für ihn aus dem Konflikt zwischen den „engen Machtbeherrschungsinteressen der sowjetischen zentralen Führung“ und zwei Tendenzen, die ihm für die Zukunft von Bedeutung zu sein schienen: einmal dem „nationalen Faktor“ und dem Streben nach „Nationalidentität“ in Osteuropa, aber auch „in Teilen der Sowjetunion selbst“; zum anderen den „Zwangsläufigkeiten der modernen Industriegesellschaft“ und dem ihr innewohnenden Verlangen nach „Austausch“, „Kontakt“ und „Öffnung“. Letzteres führe in den Ländern des Ostblocks zu einer Lage, in der man den seit jeher bekämpften „Sozialdemokratismus“ zunehmend als feindliche Ideologie hinstellen werde<sup>21</sup>.

So groß die Unsicherheiten in der Beurteilung der Ost-West-Beziehungen auch waren, so eindeutig zielten die Analysen Brandts – in Übereinstimmung mit den NATO-Außenministern, die sich im Herbst 1968 zur Erörterung der Prager Ereignisse in einer Sondersitzung berieten<sup>22</sup> – auf Fortsetzung des Ost-West-Dialogs und Abbau der Ost-West-Spannungen. Auch mit Bundeskanzler Kiesinger gab es keinen Dissens in dieser Grundsatzfrage. Kiesinger wußte, daß die Bundesrepublik nur um den Preis ihrer Isolierung im westlichen Bündnis vom Kurs der Entspannungspolitik abweichen konnte<sup>23</sup>. Ein Jahr nach der sowjetischen Intervention in der Tschechoslowakei konnte Brandt feststellen, daß auch Moskau das Gespräch suchte. Der „große schwierige Partner Sowjetunion“, wie es in der unverkennbar Brandtschen Sprache hieß, zeigte sich stärker als je zuvor seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1955 an Kontakten mit der Bundesregierung interessiert. „Ohne daß wir es an die große Glocke hängen“, wurde seit Anfang 1969 „über eine Mehrzahl von Fragen gesprochen“, „in Moskau und hier“<sup>24</sup>. Der Meinungs- und Informationsaustausch über die wechselseitigen Absichten, in dessen Verlauf die Bundesregierung am 3. Juli 1969 weitere Gespräche über einen beiderseitigen Gewaltverzicht vorschlug, führte auf sowjetischer Seite zu einer eindeutigen Entscheidung: „Bisher haben wir Dokumente ausgetauscht, und jetzt wollen wir zu Verhandlungen mit der westdeutschen Seite übergehen.“<sup>25</sup>

21 Ebd.

22 Vgl. W. Brandt (Anm. 6), S. 180f.

23 Vgl. Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart–Wiesbaden 1984, S. 337.

24 Brandt vor dem SPD-Parteivorstand am 25. 8. 1969, in: AsD, Parteivorstandsprotokolle. Vgl. W. Brandt (Anm. 6), S. 176.

25 Gromyko zu Winzer am 1. 9. 1969, in: SAPM, ZK-Büro Ulbricht, J IV 2/202/81.

Brandts Beurteilung der Lage deckte sich mit der Einschätzung Herbert Wehners. Wie Brandt sah auch Wehner im „Budapester Appell“ der Warschauer-Pakt-Staaten vom 17. März 1969<sup>26</sup> einen „Kurswechsel“. Ihm seien „viele Konsultationen“ gefolgt, „über die man öffentlich nicht reden kann und reden wird“. Wehner war sich unsicher, ob in der sowjetischen Politik wirklich neue Elemente vorhanden waren und was vielleicht „nur taktisch neu“ war. Aber wie es um die „Dinge“, die in der sowjetischen Politik „neu sind“, auch steht: „die muß man greifen und muß sie für die Zeit bis nach der Wahl im Gespräch halten“<sup>27</sup>. Die bevorstehende Bundestagswahl vor Augen, flog Brandt in beiderlei Funktion – als Außenminister und Parteivorsitzender – wenige Tage vor der Wahl eigens nach New York, um Gromyko am 22. September 1969 zu treffen<sup>28</sup>. In Moskau erkannte man sehr wohl den Stellenwert der Ostpolitik im Bundestagswahlkampf und signalisierte auch der Bonner SPD-Zentrale auf direktem Weg, man solle die Verhandlungsbereitschaft „über alle konkreten Fragen des Gewaltverzichts“ als „sehr wichtiges Zeichen der sowjetischen Regierung“ bewerten<sup>29</sup>. Selbst an Gesprächen interessiert, wollte die Sowjetunion „je näher die Bundestagswahlen rückten, desto anschaulicher“ ihre Bereitschaft „zu einem Neubeginn“ erkennen lassen<sup>30</sup> und damit die Befürworter einer „neuen Ostpolitik“ stärken.

Nicht nur auf Regierungs-, sondern auch Parteebene fanden 1969 deutsch-sowjetische Gespräche statt, die der Informationsbeschaffung über die sowjetische Politik und der Selbstdarstellung der deutschen Seite gegenüber der sowjetischen Führung dienten. Beides war wichtig: Aufschluß zu erhalten über die sowjetischen Absichten und deutlich zu machen, daß das „Feindbild Bundesrepublik“ im Osten immer mehr der Grundlage entbehrte<sup>31</sup>. Zunächst reiste eine Delegation der

26 Vgl. Manfred Görtemaker, Die unheilige Allianz. Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943–1979, München 1979, S. 55.

27 Vgl. Anm. 24.

28 Vgl. W. Brandt (Anm. 6), S. 175f.

29 So der sowjetische Botschaftsrat Sacharow am 15. 9. 1969 zu H. E. Dingels (Internationale Abteilung beim Parteivorstand der SPD) in dessen Bonner Büro, in: AsD, Parteivorstand, Internationale Abteilung 10503.

30 Valentin Falin, Politische Erinnerungen, München 1993, S. 55. Vgl. ebd. S. 58ff. die Schilderung der geradezu hektischen Spannung, mit der der sowjetische Außenminister das Wahlergebnis vom 28. 9. 1969 erwartete.

31 Brandt vor dem Parteivorstand der SPD am 25. 8. 1969: „Nach vielem, was wir hören, ist es den konservativen kommunistischen Führungen heute sehr viel schwerer als noch vor ein paar Jahren, die Bevölkerung ihrer Länder und die Kader der eigenen Partei in eine primitiv und übersteigert

F.D.P. (Scheel, Genscher, Mischnick) im Juli 1969 nach Moskau, wo auch Ministerpräsident Kossygin zu den Gesprächspartnern gehörte. Kossygin bekräftigte das sowjetische Entspannungsinteresse mit wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Argumenten<sup>32</sup>. Einen Monat später war die SPD mit Schmidt, Franke und Möller zur Stelle, die auf Wunsch der Parteiführung reisten, obwohl Kossygin aufgrund seines Urlaubs nicht zu sprechen war und obwohl Schmidt zunächst bis Oktober hatte warten wollen. Unabhängig vom Zeitpunkt der Reise zeigte sich Schmidt überzeugt, „daß daraus kein Schaden, sondern eher ein Vorteil für die Positionen der Sozialdemokratischen Partei im Wahlkampf entstehen würde“<sup>33</sup>.

Man kam mit drei Haupteindrücken nach Bonn zurück, die die sozialdemokratische Perzeption der Sowjetunion in den nächsten Monaten prägen sollten. Erstens wolle die Sowjetunion erreichen, daß die von ihr seit langem geforderte europäische Sicherheitskonferenz zusammentritt. Sie schien aber nicht in der Lage zu sein, „konkret zu sagen, was dort nach ihrer Vorstellung beschlossen werden soll“. Gromyko hielt sich gegenüber den deutschen Sozialdemokraten bedeckt, so daß in ihrem Bild von der sowjetischen Außenpolitik manche dunkle Flecken bleiben mußten. Die undeutlichen Konturen wurden noch dadurch unterstrichen, daß Gromyko die Existenz der Breschnew-Doktrin bestritt. Zweitens wurde der Eindruck mit nach Hause genommen, daß in Moskau ein „gewisser Pragmatismus“ herrsche und an einem ernst gemeinten und „glaubwürdig“ erscheinenden Gesprächsfaden gesponnen werde. Dieser Faden müsse von der Bundesrepublik aufgenommen werden. Drittens zeichnete sich ein konkretes Feld für die „Institutionalisierung von Austausch und Zusammenarbeit“ ab. Die „Gespräche über den wirtschaftlichen Austausch“ waren die „erfreulichsten“, die die SPD-Parlamentarier in Moskau führen konnten. „Die Sowjets“, wie Helmut Schmidt die andere Seite in der ihm eigenen Diktion nannte, „haben unverhohlen zum Ausdruck ge-

feindselige Haltung gegenüber der Bundesrepublik . . . zu bewegen.“ Ulbricht habe auf der Budapester Konferenz „einen sehr schweren Stand“ gehabt, so daß er „hinterher strampelt“. Wie oben Anm. 24.

32 Vgl. A. Baring (Anm. 13), S. 235; V. Falin (Anm. 30), S. 55f.

33 Helmut Schmidt während einer Parteiratssitzung der SPD in Essen am 25. 8. 1969, in: AsD, Parteivorstandsprotokolle. Auch die im folgenden wiedergegebenen Eindrücke der Reise finden sich hier. Wie die sowjetischen Gesprächsaufzeichnungen erkennen lassen, hielt man in Moskau die Kontakte mit der F.D.P. für „nützlich“ und bemerkte „in der Haltung der SPD zu einigen außenpolitischen Fragen positive Nuancen“, in: SAPM, ZK-Büro Ulbricht, J IV 2/202/81.

bracht, daß sie ein wirtschaftliches Interesse haben an der Ausweitung des Außenhandels. Sie haben Interesse zum Ausdruck gebracht an dem zukünftigen Austausch wissenschaftlicher, naturwissenschaftlicher, technologischer Ergebnisse.“

---

### III. Das Image der Sowjetunion nach der Bildung der sozial-liberalen Bundesregierung

---

Als die Bundesregierung nach Bildung der sozial-liberalen Koalition in direkte Gespräche mit der sowjetischen Regierung eintrat, geschah dies auf der Basis der Informationen, die man seit dem Frühjahr 1969 zusammengetragen hatte. Mit anderen Worten: Man hatte ein klares Konzept von dem, was man als „nationales Interesse“ definierte, war sich aber unsicher, ob die Sowjetunion in der deutschen Frage der Bundesrepublik entgegenkommen würde. Was den „Verhandlungsgegner“ Sowjetunion im einzelnen anging, begab man sich mit der operativen Phase der Ostpolitik „in den Nebel hinein“<sup>34</sup>. Es war erst noch herauszufinden, was mit der sowjetischen Führung machbar war. Auch nach außen verbarg man nicht, daß die „Diktion der Sowjetpolitik“ als „merkwürdig schillernd“ und „merkwürdig vielgestaltig“ empfunden wurde<sup>35</sup>. Im Kern baute man darauf, für den eigenen kommunikativen Ansatz auf sowjetischer Seite eine konstruktive Entsprechung zu finden. Man hoffte auf die Eigendynamik einmal aufgenommener Kommunikation und wollte dadurch innovativ wirken, daß die Anerkennung der Realitäten im Nachkriegseuropa durch neue Formen internationaler Kommunikation ergänzt wurde, auf die eine in ihrem Wesen eher unkommunikative und von „krankhafter Geheimhaltungssucht“<sup>36</sup> bestimmte sowjetische Führung würde reagieren müssen.

Die Wahrnehmung der Sowjetunion und die Darstellung ihrer Politik seitens der Bundesregierung erfolgte unter dem Blickwinkel sozial-liberaler Interessendefinition<sup>37</sup>. Wie jede Wahrnehmung von

34 Egon Bahr gegenüber den Verfassern am 12. 6. 1992 in Bonn.

35 Außenminister Scheel im Bundestag am 15. 1. 1970, in: BT, 71 (1969/70), S. 916.

36 Vgl. Anm. 34.

37 An dieser Stelle wird nicht auf die methodische Schwierigkeit eingegangen, die sich aus der Differenz zwischen Wahrnehmung und öffentlicher Darstellung ergibt. Zu den Prämissen unseres perzeptionstheoretischen Ansatzes vgl. Michael W. Richter, *Meaning and Perception Patterns*:



Realität verfuhr auch die sozial-liberale Perzeption der Sowjetunion selektiv und betonte zunächst die in Richtung Kooperation weisenden Momente der sowjetischen Politik. Insgesamt lassen sich drei Phasen der Sowjetunion-Kommentierung ausmachen. Sie stellen zugleich Stufen der Deutlichkeit in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion dar. In der ersten Phase 1969/70 stand der außenpolitische Ansatz der sozial-liberalen Ostpolitik im Vordergrund und nicht die Einschätzung des Verhandlungspartners. Die Konturen des Sowjetunion-Bildes, das man der Öffentlichkeit präsentierte, blieben unscharf. Die zweite Phase markieren die Jahre 1971/72, als die Regierungsparteien im Zuge der innenpolitischen Auseinandersetzungen über die Ostverträge gezwungen waren, sich häufiger und detaillierter über die Sowjetunion zu äußern. Die dritte Phase setzt 1973 ein, als auch kritischere Akzente in der Sowjetunion-Darstellung erkennbar wurden. Wer zu optimistisch gewesen war, konnte eine gewisse Ernüchterung nicht verbergen und bekannte, „daß wir uns alle von der Ostpolitik mehr versprochen haben“<sup>38</sup>.

Was einzelne Aspekte der sowjetischen Realität angeht, so konzentrierten sich die Kommentare der Regierung und der Regierungsparteien auf das außenpolitische Konfliktverhalten der Sowjetunion, ihre militärische Stärke und ihre Bedeutung als Handelspartner. Weitgehend in den Hintergrund der Wahrnehmung rückten der internationale Kommunismus als weltrevolutionäre Bewegung und die möglicherweise ideologisch fixierte Weltsicht der sowjetischen Führung, also die Aspekte sowjetischer Realität, die in der kompromißlosen Konfrontationsphase während des Kalten Kriegs im Vordergrund gestanden hatten. Ein internes Positionspapier der F.D.P. von Anfang 1969 hielt den „Prozeß der Verbürgerlichung“ in der Sowjetunion „als Ergebnis der Industrialisierung und des technischen Fortschritts“ für „unaufhaltsam“. Die Sowjetunion sei „zunehmend“ eine saturierte, auf Sicherheit bedachte Großmacht“, auch wenn „Moskau jede Möglichkeit zur Ausnutzung sozialer Unzufriedenheit wahrnehmen“ werde<sup>39</sup>. Im Zentrum dieser pragmatischen Sowjetunion-Perzeption, die den ideologischen Gehalt sowje-

tischer Politik<sup>40</sup> ausblendete, stand die von Brandt 1970 geäußerte Annahme, es bestehe keine Gefahr, „daß die Sowjetunion ihren Einfluß in Westeuropa in gefährlicher Weise geltend machen könne“<sup>41</sup>. Das entideologisierte Bild von der Sowjetunion ermöglichte in der Außenpolitik eine Konzentration auf die „Interessen unseres Staates“. Auch für die Sowjetunion galt, was Brandt in anderem Zusammenhang ausführte, nämlich daß die Außenpolitik „sich von ideologischen und anderen Vorurteilen frei halten“ müsse<sup>42</sup>. Damit befand sich die Bundesregierung auf einem durchaus realistischen Kurs. Ihre Einschätzung der sowjetischen Politik entsprach exakt der sowjetischen Selbstwahrnehmung. Während die DDR-Führung 1970 besorgt auf die Gefahren des „Sozialdemokratismus“ verwies und die aus der Ostpolitik erwachsene „ideologische und politische Konfrontation“ als „kompliziert“ darstellte, hielt Breschnew es für zweckmäßig, „nach Möglichkeit die ideologischen Streitigkeiten mit den Sozialdemokraten von den Beziehungen auf der staatlichen Ebene zur Regierung Brandt/Scheel zu trennen“<sup>43</sup>.

Hand in Hand mit der Sicht der UdSSR als normalstaatlicher Weltmacht ging die Vorstellung, das sowjetische außenpolitische Konfliktverhalten zeichne sich durch Berechenbarkeit und Status quo-Orientierung aus. Für Helmut Schmidt etwa war die Sowjetunion zwar „die einzig übrig gebliebene expansionistische Weltmacht“<sup>44</sup>. Zumeist aber differenzierte man in regierungsseitigen Erklärungen zwischen der Status-quo-Macht Sowjetunion in der direkten Konfrontation mit den NATO-Staaten und der auf Machterweiterung zielenden sowjetischen Politik außerhalb des NATO-Gebiets. Wie schon 1968 blickte man auch 1970 voller Besorgnis auf den Nahen Osten als einer Region, in der die UdSSR „ihren Einfluß“ „verstärken“ wolle<sup>45</sup>. Für die „neue Ostpolitik“ war entscheidend, daß man, wie dies schon Adenauer getan hatte, der Sowjetunion keine offensiven mili-

A Preliminary Logico-Semantic Analysis, in: Klaus Gottstein (Hrsg.), *Western Perceptions of Soviet Goals: Is Trust Possible?*, Frankfurt/M. – Boulder 1989, S. 135–169.

38 William Borm am 27. 10. 1975 auf dem Bundesparteitag der F.D.P., in: *Archiv des Deutschen Liberalismus*, Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach (ADL), A 1/548.

39 Thesen zur Interessenlage der Außenpolitik der UdSSR. Bundesfachausschuß der F.D.P. für Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik, 24. 1. 1969, in: ADL, BFA 964.

40 Zu den Funktionen der „Sowjetideologie“ vgl. Hannes Adomeit, *Die Sowjetmacht in internationalen Krisen und Konflikten*, Baden-Baden 1983, S. 448f.

41 Interview für die „*Fuldaer Zeitung*“ vom 20. 10. 1970. Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung 1970, Nr. 141, S. 1481f.

42 Brandt an den Bundessekretär der Jungsozialisten, W. Kiehne, 15. 3. 1972, in: *AsD*, Parteivorstand, Internationale Abteilung 11633.

43 Ulbricht bzw. Breschnew während der Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Pakts am 2. 12. 1970 in Berlin, in: *SAPM*, ZK-Büro Ulbricht, J IV 2/202/270

44 Helmut Schmidt, *Menschen und Mächte*, Düsseldorf 1991, S. 38.

45 Scheel im Bundestag am 25. 2. 1970, in: *BT*, 72 (1970), S. 1640ff.

tärischen Absichten in Europa unterstellte und unter dem Eindruck einer möglichen nuklearen Katastrophe auch von der Sowjetunion annahm, sie ziehe Krieg als Mittel der Politik nicht ins Kalkül. Aus einem rationalen Interesse am Überleben, so Helmut Schmidt, sei die Sowjetunion in Übereinstimmung mit den USA bereit, der „Gegnerschaft Schranken zu setzen“ und die früher „unversöhnliche Konfrontation“ zu einem „Konflikt unter Kontrolle“ zu transformieren<sup>46</sup>.

Ungeachtet sicherheitspartnerschaftlicher Vorstellungen blieb die Sowjetunion als Militärstaat, der seine Rüstung auch in der Détente-Phase weiter ausbaute, eine Quelle für ungebrochene Bedrohungswahrnehmungen. Mit Blick auf die Rüstungspolitik standen „neue Ostpolitik“ und alte Sowjetunion-Wahrnehmung nebeneinander. Zunächst vermied die sozial-liberale Regierung allerdings klare Aussagen und Stellungnahmen zu diesem Punkt. Die zurückhaltende Darstellung der sowjetischen Rüstungspolitik sollte offensichtlich dazu beitragen, den schwierigen Prozeß der Annäherung zwischen beiden Staaten nicht zu gefährden. Im Rückblick wird von Zeitzeugen, die befragt worden sind, allgemein festgestellt, daß es 1969/70 während der Verhandlungen mit Moskau und Warschau zu Ausblendungen der sowjetischen Militärpolitik aus der regierungsseitigen Sowjetunion-Darstellung gekommen ist und die Regierung zur Unterstützung ihrer ostpolitischen Ziele ein moderates UdSSR-Bild verbreitete<sup>47</sup>. Dies änderte sich 1971/72 erst vorsichtig und danach beträchtlich. Aufgrund der sowjetischen Rüstungsmaßnahmen, die mit angemessenen Verteidigungsvorkehrungen nicht im Einklang zu stehen und über ein legitimes Sicherheitsinteresse hinauszugehen schienen, wurde 1971/72 in Übereinstimmung mit der NATO-Ministertagung vom Dezember 1971 zunehmend die offensiv erscheinende Dynamik sowjetischer Politik, insbesondere der Flottenpolitik betont. Nach der Bundestagswahl 1972 war verstärkt vom Bedrohungscharakter der sowjetischen Rüstung die Rede. Auch Bundeskanzler Brandt, der zwar vor „falschen Hoffnungen“ und „Schönfärberei“ auf dem „Weg zur Entspannung“ warnte, aber aus der Steigerung des „östlichen Gesamtpotentials“ keine „vorschnellen“ Schlußfolgerungen ziehen wollte, zeigte sich irritiert und hatte den „Eindruck“, daß man sich in

Moskau „in der falschen Richtung bewegt“<sup>48</sup>. Der Regierungswechsel von Brandt zu Schmidt führte zu keiner Änderung der Ostpolitik, wohl aber zu einer stärkeren Akzentuierung der Abschreckungskomponente in der Détente-Politik. „Nicht ohne Sorge“ sprach Schmidt im Mai 1974 „von den wachsenden Rüstungsanstrengungen im Warschauer Pakt“<sup>49</sup>.

Während der Militärstaat Sowjetunion als Gegenwelt wahrgenommen wurde und auch der Systemgegensatz zwischen der liberal-westlichen Welt und den kommunistischen Diktaturen im Zuge der KSZE-Verhandlungen wieder an Bedeutung gewann, ergaben sich in den Wirtschaftsbeziehungen perspektivische Überschneidungen zwischen Bonn und Moskau. Die Selbstwahrnehmung der Bundesrepublik als Wirtschaftsmacht fand ihre Entsprechung in der Fremdwahrnehmung: Die Sowjetunion zeigte Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Damit eröffnete sich ein Feld, „auf dem Fortschritte auch den politischen Beziehungen zugute kommen werden“<sup>50</sup>. Der Pragmatismus, den man auf sowjetischer Seite glaubte erkennen zu können, entsprach dem eigenen Politikansatz. Die Handels- und Finanzbeziehungen wurden – unabhängig von ihrer tatsächlichen Bedeutung für die Wirtschaft der Bundesrepublik – als Vehikel zur Verbesserung des politischen Klimas und der Vertrauensbildung verstanden. Von grundlegender Bedeutung war, daß diese Einschätzung der sowjetischen Sicht ganz und gar entsprach. In Moskau erblickte man im Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen nicht nur einen ökonomischen Vorteil, sondern auch einen wichtigen „Schlüssel für die Entwicklung sowohl der kulturell-wissenschaftlichen als auch der politischen Beziehungen“<sup>51</sup>.

Der sozialdemokratische Vordenker und Architekt der Ostpolitik, Egon Bahr, hat in einer Anfang 1975 vorgenommenen Bilanz<sup>52</sup> die „wirt-

46 Im Deutschen Bundestag am 24.2. 1972, in: BT, 79 (1972), S. 9920.

47 Diesen Befund ergab eine Befragung von Zeitzeugen aus Politik, Ministerialbürokratie, diplomatischem Korps und Publizistik, die im Rahmen des in Anm.9 erwähnten Projekts durchgeführt wurde.

48 Brandt im Deutschen Bundestag 23.2. 1972 und 18.1. 1973, in: BT, 79, 1972, S. 9791f. und 81, 1973, S. 123 sowie in einem Interview, in: US News and World Report vom 22.4. 1973. Bulletin (Anm. 41), 1973, Nr. 46, S. 432ff.

49 BT, 88 (1974), S. 6597.

50 Schmidt nach seinem Treffen mit Breschnew 1974, in: BT, 90, 1974, S. 8529.

51 So die sowjetische Seite in Konsultationen zwischen den Außenministerien der UdSSR und der DDR am 21. und 22.10. 1969 in Moskau, in: SAPM, ZK Internationale Verbindungen, IV A 2/20/50. Ähnlich auch Gromyko während der Außenministerkonferenz der Staaten des Warschauer Pakts am 30.10. 1969 in Prag, ebd., ZK-Büro Ulbricht, J IV 2/202/266.

52 Vorgetragen anläßlich einer „Außenpolitischen Konferenz“, die die SPD vom 17. bis 19.1. 1975 veranstaltete, in: AsD, Parteivorstand, Internationale Abteilung 11296.

schaftlichen Verbindungen“ als den Bereich bezeichnet, in dem sich die Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts „am positivsten“ entwickelt hätten. In einer solchen Erfolgsmeldung, auch wenn der Schaffung einer „ostwesteuropäischen Infrastruktur“ ökonomischer Art eine „friedenssichernde Funktion“ zugeschrieben wurde, schwang zugleich Bahrs realistische Einschätzung – wenn man so will: auch Enttäuschung – mit, daß in den Ost-West-Beziehungen zwar ein „Prozeß“ in Gang gekommen war, man aber „nicht vor einem Durchbruch“ stehe. Man befinde sich in einem „Nebeneinander von Konflikt und Kooperation, reduziertem Konflikt und erweiterter Kooperation“. In Bahrs Perception hatte sich auf Seiten der Sowjetunion seit 1969 einiges bewegt. Anderes dagegen war beim alten geblieben.

Zu den Veränderungen zählte Bahr nicht nur, „daß die Sowjetunion auf wachsende wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen setzt“, sondern vor allem auch, daß die sowjetische Weltmacht die dauerhafte politische und militärische Präsenz der USA in Europa im Rahmen der KSZE akzeptierte. „Nach fünf Jahren sozialdemokratischer Ostpolitik ist die sowjetische Forderung nach einem amerikanischen Abzug aus Europa durch Vereinbarungen ersetzt, die realistischerweise die Anwesenheit Amerikas voraussetzen.“ Daß Bahr, der den liberalen Koalitionspartner nicht als Mitakteur erwähnte, „seine“ Ostpolitik als Hebel zur Veränderung auch der Beziehungen zwischen den Supermächten in Europa bezeichnete, entsprang nicht einer möglicherweise egozentrischen Rückschau. Vielmehr handelte es sich um einen Punkt, auf den er in seinen Verhandlungen mit Gromyko selbstbewußt von Anfang an hingewiesen hatte<sup>53</sup>. Als positive Veränderung gegenüber 1969 ver-

53 Siehe die sowjetischen Aufzeichnungen der Gespräche zwischen Bahr und Gromyko am 30.1 und 3.2. 1970, in: SAPM, ZK-Büro Ulbricht, J IV 2/202/81.

buchte Bahr weiterhin, daß die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau eine „besondere Qualität erreicht“ hätten, „weil sie Konsultationen auch über Fragen ermöglichen, die über die bilateralen Probleme hinausgehen“.

Den Veränderungen in Bahrs Sowjetunion-Wahrnehmung standen alte Perzeptionsmuster gegenüber. Sie betrafen sowohl den System- als auch, was wichtiger war, den Machtgegensatz. Daß es keine „ideologische Koexistenz“ gab, konnte weder überraschen, noch war es alarmierend. Anders verhielt es sich mit dem Machtgegensatz, der aufgrund der sowjetischen Rüstungspolitik in einer kaum akzeptablen Weise andauerte<sup>54</sup>. „Ohne eine Reduktion von Truppen und Rüstungen“ stagniere der Détente-Prozeß und könne „Vertrauen“ nicht wachsen: „Wir müssen erwarten, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten militärisch einen entsprechenden Kurs verfolgen. Der komplizierte Prozeß der Entspannung könne für Jahre angehalten werden, wenn man statt Truppenverringering und Abrüstung Truppenverstärkung und Aufrüstung betreibt.“ Zu den konstanten Faktoren rechnete Bahr in seiner Lageanalyse aber nicht nur die Bedrohungswahrnehmung, sondern auch das Festhalten an der Sicherheitspolitik im westlichen Bündnis: „Die Sicherheit wurde nicht vernachlässigt, das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten entwickelt.“ Daß in der Tat in der „neuen Ostpolitik“ keine neutralistische Komponente unter Auflösung der Militärblöcke enthalten war, wie dies in Teilen der SPD gelegentlich zu hören war, hatte auch die sowjetische Seite gut verstanden<sup>55</sup>.

54 Aufschlußreich ist in diesem Punkt der Vergleich mit einer früheren Bilanz der Ostpolitik, in der noch optimistischer von der „Interdependenz“ von „Truppenreduktion“, „wirtschaftlicher Kooperation“, „Verständigung“ und „Vertrauen“ gesprochen wird. E. Bahr (Anm. 4).

55 So Valentin Falin in einem Gespräch am 11. 11. 1993 in Hamburg.

## Aus den Anfängen der Revision der sowjetischen Deutschlandpolitik

Ein Dokument zur Deutschen Frage aus dem Jahre 1987

Während meiner Amtszeit als Leiter der Abteilung für internationale Probleme im Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems der Akademie der Wissenschaften (1972–1990) wie auch als Vorsitzender des konsultativen wissenschaftlichen Beirats bei dem Amt „Sozialistische Länder Europas“ im sowjetischen Außenministerium (1987–1989) hatte ich eine seltene Gelegenheit, mich mit den Grundproblemen der sowjetischen Politik gegenüber den Ländern Ost-, Mittel- und Südosteuropas, insbesondere der DDR, auseinanderzusetzen und das außenpolitische Denken der sowjetischen Führung in diesem Bereich in einem bestimmten Maße zu beeinflussen.

Schon im Laufe der siebziger Jahre reifte in mir die Einsicht heran, daß die Politik Stalins und seiner Nachfolger die Sowjetunion bald nach dem Krieg in eine Lage der hoffnungslosen Konfrontation mit dem ganzen Westen gestürzt habe und dies den nationalen Interessen des Landes zuwiderliefe. Es wird vielleicht paradox klingen, wenn ich sage, daß den ersten Anstoß zu dieser Erkenntnis einer der Anführer des deutschen Widerstandes gegen Hitler, General Ludwig Beck, gab. Er wurde für mich schon Anfang der sechziger Jahre, als ich mich mit seinen Ideen vertraut machte und über ihn die ersten Artikel veröffentlichte, zum Meister des politischen und strategischen Denkens. Seine glänzenden Denkschriften an die deutsche Wehrmachtführung, die von ihm in den Jahren 1938–1939 verfaßt und später in seinem Sammelwerk „Studien“ (Stuttgart 1955) veröffentlicht wurden, betrachtete ich als ein Muster der Auseinandersetzung mit der Politik und der Strategie eines totalitären Staates, die in die nationale Katastrophe führen. Er warnte Hitler und seine militärischen Berater. Die expansive Politik Deutschlands werde unvermeidbar die Herausbildung einer Weltkoalition Englands, der USA, der Sowjetunion, Frankreichs und anderer Länder auf den Plan rufen. Und in einem hoffnungslosen Mehrfrontenkrieg gegen eine solche Koalition müßte Deutschland eine

Niederlage erleiden und der Gunst oder Ungunst der Sieger anheimfallen. Bevor man den ersten Schritt macht, muß man an den letzten denken, schrieb Beck prophetisch im Hinblick auf die Pläne Hitlers, zu einer großangelegten Expansion überzugehen.

Im strategischen Sinne sah ich viel Ähnlichkeit zwischen der expansionistischen Politik Hitlers in den Jahren 1938–1945 und der messianisch-expansionistischen Politik Stalins und seiner Nachfolger in der Nachkriegszeit. Die Politik der beiden führte zum Zusammenschluß der bedrohten Länder in einer Weltkoalition, deren Ressourcen bei weitem das Potential der expansiven Macht übertrafen. Im Grunde genommen wiederholte die sowjetische Führung verhängnisvolle Fehler Hitlers: Sie stürzte das Land in einen erbitterten Kampf mit allen Westmächten, stellte der Politik und Strategie – gemessen an dem materiellen und geistigen Potential der Sowjetunion – unerfüllbare Aufgaben, die den nationalen Interessen des Landes zuwiderliefen und die Existenz der Völker gefährdeten. In beiden Fällen war der Expansionismus zum Scheitern verurteilt.

Später habe ich diese Erkenntnis in meinem zweibändigen Buch über Hitlers Strategie, das in Moskau 1973 erschien, dargelegt. Das Konzept des Buches mit seinen „unkontrollierbaren Assoziationen“ (so der Ausdruck des sowjetischen Chefideologen Suslow) führte, wie man mir erzählte, zu einer unzufriedenen Reaktion Gromykos. Das Ideengut von Beck verhalf mir jedoch, zu dem Ergebnis zu kommen: Die Ursachen des Kalten Krieges, des Rüstungswettlaufs und der gefährlichen Spannungen zwischen der Sowjetunion und dem Westen waren in der sowjetischen, ideologisch gefärbten Machtpolitik und in der gewaltsamen Errichtung der sowjetischen Herrschaft über Ost-, Mittel- und Südosteuropa zu suchen, was die Spaltung Deutschlands und des europäischen Kontinents zur Folge hatte.

Der Expansionismus Stalins und seiner Anhänger hatte auch andere verderbliche Folgen: Solange

diese Machtpolitik fort dauerte und solange sie an dem von Stalin hergestellten Nachkriegs-Status quo in Europa festhielt, gab es keine Hoffnung auf Reformen des politischen und wirtschaftlichen Systems in der Sowjetunion und in anderen Ländern der sowjetischen Einflußsphäre. Die äußere Herrschaft der Neostalinisten stand in einer engen Wechselwirkung mit ihrer inneren Herrschaft. Das hat sehr anschaulich die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im August 1968 gezeigt.

Es war offensichtlich: Ein Volk, dem die Unterjochung anderer Völker aufgezwungen ist, kann selbst nicht frei sein. Man mußte also nach Möglichkeiten suchen, den gefährlichen antinationalen Charakter der sowjetischen Außenpolitik den politischen Kreisen in Moskau in vertraulichen Denkschriften und Gutachten allmählich klarzumachen und einen Wandel dieser Politik herbeizuführen. Schon in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mangelte es nicht an solchen von mir und meinen Kollegen verfaßten Gutachten, die dem ZK und dem Außenministerium vom Institut vorgelegt wurden.

Natürlich durften neue Ideen damals der Öffentlichkeit nicht durch die Medien zugänglich gemacht werden. Um so mehr bezog sich das auf die Kritik der Außenpolitik. Der einzige Kanal dafür waren vertrauliche Gutachten, die für den internen Gebrauch in den höchsten Gremien der Macht bestimmt waren. Es erforderte aber großen Mut, um selbst in diesen internen Gutachten die Wahrheit zu sagen, die der Führung nicht gefallen konnte. Das kostete zwar den Wahrheitssuchenden nicht das Leben wie unter Stalin, doch es hatte oft andere schwerwiegende Folgen für sie.

Erst die Perestroika eröffnete neue Horizonte für eine freimütige Diskussion der außenpolitischen Probleme. Schon am 4. Januar 1987 verfaßte ich eine vertrauliche Denkschrift „Über einige Lehren aus unserer außenpolitischen Tätigkeit“, die an Eduard Schewardnadse geschickt wurde. Ich habe mich hier scharf mit der Außenpolitik von Breschnew und seinen Gefolgsleuten auseinandergesetzt. Fast anderthalb Jahre dauerte es dann, bis ich Grundideen dieser Denkschrift in meinem Artikel „Ost-West: Auf der Suche nach neuen Beziehungen“ in der „Literaturnaja Gaseta“ (18. 5. 1988) veröffentlichen konnte (vgl. ebenfalls den Artikel in: Osteuropa, 5/1993). Aber auch in der Gorbatschow-Ära blieben noch viele Themen für eine längere Zeit „unantastbar“. Zu den wohl am meisten tabuisierten Themen gehörte die Deutsche Frage. Eduard Schewardnadse schrieb

in seinen Memoiren, er wäre schon 1986 zu dem Schluß gekommen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands unvermeidbar sei. „Aber zu dem Zeitpunkt, als diese Prognose gemacht wurde“, so Schewardnadse, „schien es unmöglich zu sein, solch eine Frage auf der prinzipiellen Ebene aufzuwerfen. Zu tief war in unserem Bewußtsein die Überzeugung verwurzelt, daß die Existenz von zwei Deutschland die Sicherheit des Landes und des ganzen Kontinents zuverlässig gewährleistet.“

Im April 1987 wurde ich zum Vorsitzenden des wissenschaftlich-konsultativen Beirats bei dem Amt „Sozialistische Länder Europas“ im Außenministerium ernannt. Diese Ernennung schien mir ziemlich seltsam zu sein, denn ich genoß schon lange den Ruf eines „Ketzers“ in außenpolitischen Angelegenheiten. Ich empfand daher diese Ernennung als ein Indiz dafür, daß mit Schewardnadse ein Geist der Erneuerung ins Außenministerium gekommen war. Mein Stellvertreter wurde Boris Poklad, der die Abteilung Südosteuropa im Außenministerium leitete. Als Geschäftsführer des Beirats fungierte Viktor Koslikin, Mitarbeiter der DDR-Sektion (jetzt Botschaftsrat in Wien). Zu den Mitgliedern des Beirats gehörten Vertreter der Führungskräfte des Außenministeriums, der ZK-Abteilung Sozialistische Länder, anderer Regierungsgremien und der Institute der Akademie der Wissenschaften. Dem Beirat wurde die Aufgabe gestellt, akute Probleme der Außenpolitik auf seinen Sitzungen zu besprechen und auf Grund der Besprechungen für Schewardnadse und nötigenfalls auch für die politische Führung insgesamt Resümees und Gutachten zu erstellen. Das erlaubte auch, den Führungskräften des Außenministeriums neue Ideen und Konzepte zu vermitteln.

Im Mai 1987 beschloß ich, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Beirates die Besprechung des Standes und der möglichen Entwicklung der Deutschen Frage zu setzen. Denn es gab viele Anzeichen für eine Verschlechterung der wirtschaftlichen und der politischen Lage in der DDR, die in eine Krise mit unvorhersehbaren Folgen einmünden könnte. Man mußte ferner grundsätzliche Probleme der sowjetischen Deutschlandpolitik unter den neuen Verhältnissen der Perestroika klären. Ich rief den Stellvertretenden Leiter der ZK-Abteilung Sozialistische Länder, Rafael Fedorow, an, um ihn über meine Denkansätze zu informieren. Seine Stellungnahme war alles andere als ermutigend. Er sagte, die Deutsche Frage sei „geschlossen“, nicht „diskutabel“, und es wäre nicht zweckmäßig, sie im

Beirat zu besprechen. Auch der Leiter des Amtes Sozialistische Länder Europas im Außenministerium, Harald Gorinowitsch, war von meinem Vorhaben nicht begeistert. Die Sitzung wurde mehrmals verschoben und fand endlich am 27. November 1987 statt. Ein Diskussionsbeitrag wurde von mir verfaßt und im Juni 1987 in 30 Ausfertigungen den Beiratsmitgliedern sowie dem ZK und dem Außenministerium vorgelegt.

Ich ging in meinem Beitrag – der im folgenden als Dokument publiziert wird – davon aus, daß die DDR den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wettbewerb mit der Bundesrepublik verloren habe und daher die weitere Diskreditierung der in der DDR herrschenden politisch-ideologischen Ordnung unvermeidbar sei, was das Problem der nationalen Vereinigung in einem ganz neuen Lichte darstellen werde. Die Teilung Deutschlands und die fortdauernde Existenz von zwei deutschen Staaten betrachtete ich als eine gefährliche und für die Interessen der Sowjetunion schädliche Entwicklung Europas. Von der Spaltung Deutschlands profitiere nur eine dünne Führungsschicht des Partei- und Staatsapparates und des militärischen Establishments der Sowjetunion sowie der DDR und anderer osteuropäischer Länder. Diese Spaltung diene ihr als eine zusätzliche Rechtfertigung ihrer Herrschaft und ihrer Existenz überhaupt. Für die Sowjetunion aber wäre sie eine unerträgliche wirtschaftliche, moralische und politische Bürde. Diese Spaltung stünde als eine Barriere auf dem Wege zur Beseitigung der Ost-West-Konfrontation. Unter bestimmten Verhältnissen könne sie auch zu einer Gefahr für die Perestroika werden.

Aber wie konnte dieser gordische Knoten zerhauen werden? Damals schien mir als die beste Handlungsweise die Rückkehr zur Idee der Wiedervereinigung auf der Grundlage der Neutralität Deutschlands zu sein. Ich hoffte, daß die alte Idee der Stalin-Note vom 10. März 1952 auf die politische Elite nicht sehr abstoßend wirken würde: Der Schlüssel zur Wiedervereinigung läge in Moskau und man mußte ihn gebrauchen, ehe es zu spät wäre. Meinen Vortrag schloß ich mit der Warnung: Die sowjetische Politik muß sich im klaren darüber sein, daß es in der Deutschen Frage zu unerwarteten Umbrüchen als Folge der inneren Entwicklung vor allem in der DDR und in zentraleuropäischen Ländern kommen könne.

Die Reaktion der Teilnehmer der Sitzung auf meine Überlegungen und Vorschläge war extrem negativ. Das Mitglied des Kollegiums des Außen-

ministeriums, W. Belezki, bezeichnete meine Rede als politischen Defätismus und rief dazu auf, „die Wiederbelebung von Nekritschewismus nicht zuzulassen“ (er meinte damit die bekannte Affäre von Alexander Nekritsch vom Februar 1966, als die Besprechung seines Buches „Der 22. Juni 1941“ von den Intellektuellen, darunter auch von mir, zum Anlaß genommen wurde, um gegen die Restalinisierungspolitik der Breschnew-Riege offen zu protestieren. Das führte zur politischen Verfolgung der Teilnehmer dieser Besprechung. Ein Bericht darüber wurde im SPIEGEL, 13/1967 veröffentlicht.) Der Chef des Amtes Sozialistische Länder Europas, Harald Gorinowitsch, sowie andere Teilnehmer der Sitzung, die das Wort ergriffen, wiesen ebenfalls meine Überlegungen zurück. Nur Professor Juri Dawidow, Leiter einer Abteilung im USA-Institut, teilte meine Ansichten. Diese Sitzung des Beirates hatte im Außenministerium offenbar den Effekt einer explodierenden Bombe – so ungewöhnlich war für die meisten schon die Fragestellung und der Gegenstand der Diskussion. Gorinowitsch ordnete sogar an, alle Exemplare meines Vortrags zu sammeln und zu vernichten.

Obwohl die Sitzung mit einem negativen Resultat endete, spielte sie zweifellos eine Rolle bei der Neubesinnung in der Deutschen Frage. Denn viele Dogmen der alten sowjetischen Deutschlandpolitik wurden nach und nach in Zweifel gezogen. Das konnte auch bei Schewardnadse als dem Neuankömmling im Außenministerium, der nach neuen Wegen in der Außenpolitik suchte, nicht unbeachtet bleiben. Nichtsdestoweniger schien es, als ob sich in den Grundfragen der sowjetischen Deutschlandpolitik in der Folgezeit nichts bewegen würde. Diese Politik wurde wie früher von den eifrigen Verfechtern des Status quo – wie etwa vom langjährigen Chef des Amtes für Zentraleuropa, Bondarenko, und anderen Repräsentanten der konservativen Linie – maßgebend beeinflusst. Im Oktober 1988 wurden sie durch die Ernennung von Valentin Falin zum Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen im ZK wesentlich verstärkt. Diese Ernennung diente eher den Interessen des Chefideologen Jegor Ligatschow als denen von Gorbatschow und Schewardnadse. Mir fiel es auf, daß selbst viele außenpolitische Experten des ZK von dieser Ernennung nicht begeistert waren. Die neuen Ideen und die neue Linie in der Außen- und Deutschlandpolitik mußten sich also in einem harten Widerstreit mit dem dogmatisch-konservativen Flügel des Partei-, Staats- und Militärapparats ihren Weg bahnen.

*Im folgenden dokumentieren wir das von Professor Daschitschew am 27. November 1987 auf der Sitzung des wissenschaftlich-konsultativen Beirates beim Amt für sozialistische Länder Europas des Außenministeriums gehaltene Referat.*

Die „deutsche Frage“ läuft nicht nur auf das Problem der Wiedervereinigung oder auf die Beziehungen zwischen zwei deutschen Staaten hinaus. Sie stellt auch einen verwickelten Knoten der politischen, strategischen, wirtschaftlichen, ideologischen und nationalen Aspekte der Verhältnisse sowohl zwischen den Staaten beider Systeme als auch innerhalb der beiden Systeme dar.

Die wichtigste Dimension der „deutschen Frage“ in der Vergangenheit und in der Gegenwart war und bleibt ihr Einfluß auf das Kräftegleichgewicht und die Kräftekonstellation auf dem europäischen Kontinent und nicht nur dort. Während Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg eine Schlüsselrolle bei der Herausbildung der *balance of power* hauptsächlich in Europa spielte, wurde die „deutsche Frage“ in der Nachkriegszeit nicht nur mit dem europäischen, sondern auch mit dem globalen Gleichgewicht aufs engste verbunden. Daher muß jeder Wandel in der „deutschen Frage“ – sei er nun tatsächlicher oder konzeptioneller Art – vor allem unter dem Blickwinkel seiner Auswirkung auf das Kräftegleichgewicht, besonders in Europa, betrachtet werden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Entwicklung der *balance of power* in Europa, die Vor- und Nachteile ihrer verschiedenen Varianten für die Interessen der Sowjetunion zu analysieren. Die klassische Kräftekonstellation in Europa, die sich am Ende des XIX. Jahrhunderts herausgebildet und bis Mitte des XX. Jahrhunderts funktioniert hatte, bestand aus einer von Deutschland geführten mitteleuropäischen Staatengruppierung und dem dieser widerstehenden Dreieck „Rußland (UdSSR)–Frankreich–England“, an das sich während des Krieges die USA und andere Staaten anschlossen. Zwei Versuche Deutschlands, das europäische Gleichgewicht zu seinen Gunsten entscheidend zu ändern und seine Herrschaft in Europa herzustellen, endeten mit seiner totalen Niederlage. Diese klassische Kräftekonstellation in Europa gewährleistete (oder: sicherte) die nationalen Sicherheitsinteressen Rußlands (der UdSSR), Frankreichs und Englands angesichts der Gefahr eines expansionistischen Deutschlands. Die Erkenntnis dieses Umstandes fand ihren Niederschlag schon im Anfangsstadium der Formierung der konzeptionellen Grundlagen der sowjetischen Außenpolitik. Lenin erkannte die Wichtigkeit der geostrategischen Lage Frankreichs und Englands für Sowjetrußland als Gegengewicht gegen Deutschland. Während der Brest-Litowsker Verhandlungen forderte er entschieden, in das Waffenstillstandsabkommen mit Deutschland eine Klausel aufzunehmen, welche die Verschiebung der deutschen Truppen von der Ost- an die Westfront verbot. So bekundete die sowjetische Regierung Rücksichtnahme auf die Interessen der westlichen Alliierten, denen das deutsche Oberkommando nach dem Ausscheiden Rußlands aus dem Krieg den entscheidenden Schlag zu versetzen plante.

Die Vorteile der Vorkriegskräftekonstellation in Europa für die sowjetischen Interessen lagen nicht nur darin, ein Gegengewicht gegen die deutsche Aggression sichergestellt zu haben. Ihre weitere Besonderheit bestand darin, daß sie das Entstehen einer gemeinsamen Front der Westmächte gegen die Sowjetunion ausschloß. Denn Frankreich und England brauchten nicht weniger als Rußland ein wirksames Gegengewicht gegen Deutschland. Diese nationalen und staatlichen Interessen Englands und Frankreichs hatten letzten Endes Vorrang vor den ideologischen Gegensätzen zur Sowjetunion.

In der Nachkriegszeit vollzog sich eine schroffe Störung des europäischen Gleichgewichts zugunsten der Sowjetunion als Folge der Niederlage Deutschlands und der Ausweitung der sowjetischen Vormachtstellung auf Ost- und Zentral-europa. Die neue Kräftekonstellation in Europa brachte für die Sowjetunion neben einer Reihe von großen Vorteilen auch sehr unerwünschte Folgen. Das Machtvakuum, das sich nach dem Zusammenbruch Deutschlands herausgebildet hatte, wurde durch die USA ausgefüllt. Deren politische und militärische Präsenz auf dem europäischen Kontinent verwandelte sich in einen dauerhaften Faktor der antisowjetischen Politik. Alle Westmächte vereinigten sich in der NATO gegen die Sowjetunion, Westdeutschland mit seinem mächtigen militärischen und wirtschaftlichen Potential wurde in diesen Block einbezogen. Offensichtlich erkannte Stalin, wie verderblich solch eine Kräftekonstellation in Europa für die Interessen der Sowjetunion war. Er unternahm Versuche, ihre endgültige Etablierung nicht zuzulassen. Im März 1952 wurde in der bekannten sowjetischen Note an die Westmächte vorgeschlagen, Deutschland auf der Grundlage seiner Neutralisierung zu vereinigen. Falls dieses Angebot angenommen worden wäre, hätte Europa zu einer Art Vorkriegsordnung mit deren traditioneller Kräftekonstellation zurückkehren können. Dadurch wäre der amerikanischen Präsenz in Europa der Boden entzogen worden; die Existenz der NATO wäre ohne den deutschen militärischen Beitrag unreal geworden. Die außenpolitischen Akzente Frankreichs und Englands hätten nach der Logik der Dinge eine deutlichere antideutsche Ausrichtung angenommen.

Man kann über die wahren Absichten Stalins streiten, die er mit dieser Note verfolgte. Aber es kann kaum bezweifelt werden, daß die Beseitigung der einheitlichen antisowjetischen Front der Westmächte den Lebensinteressen der Sowjetunion entsprach. Wahrscheinlich war sich Stalin dessen bewußt.

Daß die sowjetische Note zurückgewiesen wurde, läßt sich durch eine Reihe von Gründen erklären. Die Westmächte hatten ein tiefes Mißtrauen gegen die Politik Stalins. Sie waren davon überzeugt, er werde die sowjetische Einfluß-sphäre weiter nach Westen verschieben und dabei alle Mittel – und zwar nicht so sehr militärische als vielmehr propa-gandistisch-ideologische – ausnutzen, um die Bevölkerung Deutschlands zu beeinflussen. Für den Westen war die

sowjetische Vorherrschaft in Osteuropa unannehmbar. Diese hätte in Verbindung mit der Neutralisierung Deutschlands günstige strategische Positionen für die Sowjetunion sicherstellen und Druck auf den Westen ermöglichen können. Erwähnt werden muß auch der psychologische Schock, der in den politischen Kreisen des Westens hervorgerufen worden war durch das 1950 begonnene Unternehmen zur Wiedervereinigung des gespaltenen Korea mittels Anwendung militärischer Gewalt. Eine nicht unbedeutende Rolle spielten auch die Hoffnungen des Westens, insbesondere der rechten Kreise der Bundesrepublik, das in Europa entstandene Kräfteverhältnis im Laufe der Zeit zu ihren Gunsten zu ändern, d. h. vor allem Deutschland nach den Bedingungen zu einigen, indem es in der westlichen Allianz bleiben sollte. Statt der vom Westen erwarteten Erosion des entstandenen Status quo vollzog sich in den folgenden Jahrzehnten dessen immer stärkere Festigung, bis dies schließlich relativ erstarrte Formen annahm. Zu seinem markantesten Wesenszug wurden die Spaltung Deutschlands und die Konsolidierung von zwei Staaten unterschiedlicher sozio-politischer Ordnung auf deutschem Boden. Zum Hauptgaranten der Unverbrüchlichkeit der entstandenen europäischen Ordnung wurde das Gleichgewicht der militärischen Kräfte und des „nuklearen Schreckens“. Es stellt sich die Frage: Wie stabil ist diese Ordnung, welche Kräfte sind interessiert, sie zu ändern, und welche setzen sich dafür ein, sie zu erhalten? Aus meiner Sicht wäre es fehlerhaft, sich darauf zu verlassen, daß das Gleichgewicht der Abschreckungsfaktoren den bestehenden Status quo auf lange Sicht aufrechterhalten kann. Unter dem Schleier solch eines Gleichgewichts setzen in der inneren Entwicklung der Staaten der beiden Blöcke soziopolitische und wirtschaftliche Prozesse ein, die von niemandem kontrolliert werden können. Unter bestimmten Umständen sind sie dazu imstande, einen ernstlichen Wandel der Kräftekonstellation in Europa herbeizuführen, den keine militärische Abschreckung verhindern könnte.

Die gegenwärtige europäische Ordnung, die auf der Spaltung der deutschen Nation und auf der nuklearen Abschreckung beruht, ist an und für sich anomal. Sie birgt in sich unvergleichlich größere Gefahren für die internationale Gemeinschaft als das nach dem Ersten Weltkrieg geschaffene Versailler System. Dieser Sachverhalt kann den Interessen aller europäischen Länder sowie der Vereinigten Staaten nur zuwiderlaufen. Andererseits aber ist es für alle klar, daß der geschichtlich entstandene Status quo eine Realität ist, mit der man leben muß, und daß jeder Versuch, ihn zu ändern, eine abrupte Störung der Stabilität und der Sicherheit in Europa und außerhalb desselben bedeuten würde.

Die Einstellung der Westmächte zum bestehenden Status quo und zur „deutschen Frage“ ist nicht eindeutig und durch Widersprüche gekennzeichnet. Einerseits können sie sich alle mit der europäischen Nachkriegsordnung nicht abfinden und würden gern den sowjetischen Einfluß aus Zentral- und Südosteuropa verdrängen. Andererseits zieht jeder von ihnen bestimmte Vorteile aus der bestehenden Kräftekonstellation, die es ihnen ermöglicht, die politische und militärische Präsenz in Zentraleuropa zu sichern, die Entwicklung der Ereignisse in dieser Region unter ihrer Kontrolle zu halten und Rechte in bezug auf die Lösung der „deutschen Frage“ und auf den Status von Berlin auszuüben. Im Bonner Generalvertrag von 1952 und später im Deutschlandvertrag, der zum Bestandteil der Pariser Verträge von 1954 wurde, erklärten die Westmächte ihre Verpflichtung, mit der Bundesregierung im Interesse der Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen der westlichen Allianz zusammenzuarbeiten. In der Folgezeit bestätigten sie periodisch diese Verpflichtungen. Im bekannten Harmel-Bericht von 1967, welcher der NATO-Strategie für die siebziger Jahre zugrunde gelegt wurde, ist die Lösung der „deutschen Frage“ in den Kontext der Sicherheit des Westens eingebettet worden.

Die erwähnten Absichten der Westmächte blieben jedoch leere Deklaration und fanden keinen Niederschlag in der „operativen Politik“ der NATO. Für Frankreich wurde die Teilung Deutschlands zu einer wichtigen Voraussetzung für die Gewährleistung seiner Sicherheit und für die Realisierung der französischen Ambitionen im Rahmen der westlichen Allianz, obwohl alle französischen Präsidenten, von de Gaulle bis Mitterrand, die „natürlichen Rechte“ der deutschen Nation auf Wiedervereinigung mit Worten anerkannten. Die derzeitige französische Politik der Annäherung an die Bundesrepublik in der politischen und militärischen Sphäre einschließlich der Proklamierung des westdeutschen Territoriums zum Vorfeld der Verteidigung Frankreichs setzt sich nach meiner Meinung unter anderem das Ziel, den bestehenden Status der „deutschen Frage“ zu verankern. Die gegenwärtige balance of power, bei der die gewachsene Stärke der Sowjetunion und deren vorgeschobenen Stellungen in Zentraleuropa durch die außereuropäische Macht USA und die westeuropäischen Staaten, die sich in der NATO vereinigt haben, ausgeglichen werden, entspricht durchaus den traditionellen Interessen der englischen Politik. Für sie wären jegliche Änderungen an dieser balance of power eine Abkehr vom Zustand der Berechenbarkeit hin zu Ungewißheit und Unbestimmtheit. Außerdem mag das in einem Zusammenhang stehen mit der eventuellen Notwendigkeit, den britischen Beitrag zur europäischen Verteidigung zu vergrößern, falls es beispielsweise zu einer Reduzierung der militärischen Präsenz der USA in Europa käme.

Den Vereinigten Staaten ermöglicht es der europäische Status quo, in Westeuropa die dominierenden politischen und militärischen Positionen zu wahren und das ganze System der internationalen Beziehungen auf dem europäischen Kontinent zu beeinflussen. Seitdem Staatssekretär Byrnes 1946 das Konzept „Amerika – das ist Deutschland“ verkündet hat, d. h. die Absicht Washingtons, das deutsche Territorium wie das eigene zu verteidigen, hat sich die Situation in Europa grundlegend verändert. Eines der Hauptziele der Nachkriegspolitik der USA ist erreicht worden – nämlich das deutsche Wirtschafts- und Militärpotential wiederherzustellen, es in das Gesamtpotential Westeuropas einzugliedern und Westeuropa zum Widerstand gegen die Sowjetunion zu befähigen. Das gab Washington die Möglichkeit, seinen Beitrag zur NATO zu kürzen, der lange 70 Prozent und in den letzten Jahren etwa 50 Prozent der Militärausgaben dieses Bündnisses ausgemacht hatte. Die Notwendigkeit, eine Überhitzung der amerikanischen Wirtschaft infolge



übermäßig hoher Militärausgaben zu verhindern und die riesigen Staatsschulden der USA zu reduzieren, die das internationale Finanzsystem fiebrig werden läßt, kann die amerikanische Administration dazu anregen, entschlossene Schritte in Richtung auf eine Reduzierung der militärischen Präsenz der USA in Europa zu unternehmen. In dieselbe Richtung könnten die amerikanische Politik auch andere Gründe drängen.

1. Nach Herstellung einer annähernden strategischen Parität zwischen den USA und der Sowjetunion wurde es für Washington gefährlich, die „nukleare Geisel“ der Westeuropäer zu bleiben und das Schicksal des eigenen Landes selbst von Zufällen und Zwischenfällen abhängig zu machen, die zum Auslöser eines Nuklearkrieges werden könnten.
2. In den letzten Jahren verstärkte sich zusehends der Antiamerikanismus im Zusammenhang mit der militärischen Präsenz und den militärischen Aktivitäten der USA auf dem Territorium der westeuropäischen Staaten.
3. In den gesellschaftlichen und politischen Kreisen der Bundesrepublik nimmt das Streben nach Überwindung der Spaltung Deutschlands oder zumindest nach Verringerung der negativen Folgen dieser Spaltung für die Kontakte zwischen den Bürgern der Bundesrepublik und der DDR zu. Das schafft eine bestimmte Spannung in den Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik in den Fragen der „Ostpolitik“.
4. Der Wandel in der sowjetischen Außenpolitik, der sich in den letzten zwei Jahren vollzogen hat und der zur Verbesserung der Beziehungen zum Westen führte, zerstreute wesentlich die im Westen über die Sowjetunion als einer expansiven Macht entstandenen Vorstellungen, die beständig als Rechtfertigung für die Unterhaltung und das Anwachsen der Militärmacht der USA in Europa gedient hatten.

Man muß auch Rücksicht nehmen auf die in amerikanischen Regierungskreisen weit verbreitete Meinung, daß keine Rede von einer Liquidierung der amerikanischen militärischen Verpflichtungen gegenüber Westeuropa sein könne, solange es keine klaren Beweise für den Verzicht der sowjetischen Führung auf außenpolitische Zielsetzungen einer Ausweitung der Sphäre der „sowjetischen Herrschaft“ gebe. Nichtsdestoweniger wird in den USA immer häufiger die Frage aufgeworfen, ob die westliche Welt nicht beginnen müsse, über eine Transformation von der Nachkriegsordnung zu einem System nach den Blöcken nachzudenken, das sich auf die Vereinigung Deutschlands und den Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa gründen werden.

Der mögliche Abbau der amerikanischen militärischen Präsenz in Europa und die Perspektive einer Verringerung der nuklearen Garantien der USA für die Verbündeten stößt in den westeuropäischen Ländern nicht auf Begeisterung. Als Hauptmotiv der Unzufriedenheit dient wohl nicht so sehr die Aussicht, die abziehenden amerikanischen Truppen ersetzen zu müssen, als die Besorgnis, Deutschland könne im Ergebnis eine dominierende Stellung einnehmen.

Im Zusammenhang damit zeichnen sich für die amerikanische Politik perspektivisch zwei Handlungsvarianten ab. Entweder unterstützt sie die Etablierung eines selbständigen militärpolitischen und wirtschaftlichen Bündnisses Westeuropas, in das die Bundesrepublik integriert wird. Oder sie wird unter bestimmten Verhältnissen der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands – als der Hauptmacht, die fähig ist, den Abzug der amerikanischen Truppen zu kompensieren – bzw. der Realisierung einer anderen Variante der Lösung der „deutschen Frage“ zustimmen müssen.

Im ersten Fall hätten es die USA mit einem mächtigen politischen und wirtschaftlichen Konkurrenten zu tun; die fortdauernde Spaltung Deutschlands wäre auch weiterhin ein Faktor, der die Lage in Europa destabilisiert und die Sicherheitsinteressen der USA und der Sowjetunion miteinander konfrontiert; die „deutsche Frage“ bliebe so wie früher störend für die europäische Sicherheit.

Im zweiten Fall handelte es sich um eine Rückkehr zur europäischen balance of power, die es der amerikanischen Politik erlauben würde, die Ereignisse in Europa von jenseits des Ozeans zu beobachten und zu beeinflussen, ohne in sie unmittelbar verwickelt zu werden, was ein unvergleichbar hohes Niveau der Sicherheit und des außenpolitischen Spielraumes der USA bei niedrigen wirtschaftlichen Kosten versprechen würde. Selbstverständlich muß Washington davon ausgehen, daß die Realisierung der Vorhaben im Sinne der erwähnten Varianten vom allgemeinen Zustand der Ost-West-Beziehungen, vor allem zwischen den USA und der Sowjetunion, von der Haltung Frankreichs und Englands, der Bundesrepublik und der DDR sowie von einem bestimmten Ausgleich der Sicherheitsinteressen der europäischen Länder abhängt. Dabei müßten die USA Stellung nehmen zu möglichen Varianten der Lösung der „deutschen Frage“ (die fortdauernde Existenz von zwei antagonistischen Staaten, ein geeintes neutrales Deutschland, Neutralisierung der bestehenden deutschen Staaten usw.).

Ungeachtet dessen, daß die Schärfe der „deutschen Frage“ im Ergebnis der Normalisierung der Beziehungen zwischen den osteuropäischen Staaten und der Bundesrepublik wesentlich abgenommen hat, regt sie unerschwellig mit steigender Kraft die Bevölkerung der Bundesrepublik und der DDR auf. Das ist offenkundig dadurch zu erklären, daß eine neue Generation der Deutschen in das gesellschaftliche Leben eingetreten ist. Diese ist nicht gewillt, sich mit der Lage der geteilten Nation und mit dem Verbot der freien Kontakte zwischen den Bürgern der Bundesrepublik und der DDR abzufinden. Einen anderen Grund für das Anwachsen des nationalen Bewußtseins und der nationalen Unzufriedenheit der Deutschen liegt in der Verstärkung der militärischen Gefahr im Zusammenhang mit der Verschärfung der Ost-West-Beziehungen Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre und mit der gefährlichen Konfrontation der Hauptkräfte der NATO und des Warschauer Pakts (WP), die auf dem deutschen Territorium stationiert sind, aber durch die deutsche Öffentlichkeit nicht kontrolliert werden können. Von der Entwicklung dieser Tendenz in der

bundesdeutschen Bevölkerung zeugen z.B. die Ergebnisse der Umfragen, die durch das Allensbacher Institut für Demoskopie von 1978 bis 1984 in der Bundesrepublik durchgeführt wurden. Auf die Frage: „Wollen Sie die Wiedervereinigung Deutschlands unter der Bedingung, daß die DDR aus dem Warschauer Pakt und die Bundesrepublik aus der NATO austreten, das vereinigte Deutschland neutral und bündnisfrei wird und seine Staatsordnung durch freie und geheime Wahlen bestimmt wird?“ wurden folgende Antworten gegeben (in Prozent):

	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
positiv	33	49	47	54	51	55	53
negativ	34	26	27	24	23	22	26
unschlüssig	28	25	26	22	26	23	21

Daraus ist ein stabiles Wachstum der Stimmung in der Bundesrepublik zugunsten der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Neutralität ersichtlich. Im politischen und gesellschaftlichen Denken der Bundesrepublik zur „deutschen Frage“ zeichneten sich einige Strömungen ab:

1. Die offizielle CDU/CSU-Linie, die gegenwärtig ihren Niederschlag in der Politik der Bundesregierung findet, fordert die Wiedervereinigung Deutschlands und eine Integration des wiedervereinigten Landes in das Nordatlantische Bündnis und in die Europäischen Gemeinschaften. Die Idee einer Neutralisierung Deutschlands wird völlig abgelehnt. Obwohl die Regierung Kohl die Verträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und mit anderen sozialistischen Ländern unterzeichnet hat, die ihre Beziehungen auf der Grundlage der sozio-politischen und territorialen Nachkriegsrealitäten regeln, betont sie ständig die Offenheit der „deutschen Frage“. Dabei verweist sie auf den Artikel des Grundgesetzes der Bundesrepublik, in dem das Ziel der deutschen Politik definiert wird: nämlich auf einen solchen Zustand des Friedens in Europa hinzuarbeiten, bei dem das deutsche Volk seine Einheit in freier Selbstbestimmung wiedererlangt. Das gegenwärtige Konzept der Ostpolitik der CDU/CSU sieht eine Lösung der „deutschen Frage“ vor, welche die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Länder nicht berücksichtigt. Es hat zum Ziel, internationale Bedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, so weit wie möglich die Türen für die Kontakte der Bevölkerung beider deutscher Staaten auf allen Ebenen und in allen Bereichen zu öffnen, um die „gesamtdeutsche Identität“, das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu der einen deutschen Nation und Kultur aufrechtzuerhalten und zu stärken und damit den Boden vorzubereiten für eine grundlegende Einbeziehung der DDR in das politische, wirtschaftliche und kulturelle Magnetfeld der Bundesrepublik mit anschließender Wiedervereinigung in einem günstigen Augenblick. Die Neutralität des geeinten Deutschland wird darum für unannehmbar gehalten, weil es in diesem Fall keine unabhängige Politik treiben könnte; es würde dann Opfer des Druckes von Seiten der Sowjetunion werden, die, Osteuropa unter ihrer Kontrolle haltend, ohne Mühe ihre Herrschaft auch auf Zentraleuropa ausdehnen könnte. Einer großen Militärmacht wie der Sowjetunion könne Deutschland nur gemeinsam mit anderen westlichen Ländern widerstehen. Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung: Eckpfeiler der bundesdeutschen Politik müsse die Westintegration sein. In diesem Punkt sehen die Kritiker des CDU/CSU-Konzepts dessen Hauptgegensatz zu den langfristigen nationalen Zielen der Wiedervereinigung Deutschlands. Aus ihrer Sicht ist die Integration der Bundesrepublik im Rahmen der westlichen Allianz, wie die Ereignisse seit 1949 zeigten, mit der Erreichung der nationalen Ziele unvereinbar und rückt die Erlangung dieser Ziele in die Ferne. Unter dem Druck der realen Entwicklung korrigiert die CDU-Führung ihr außenpolitisches Konzept, indem sie – im Unterschied zu früheren Zeiten, als sie eine harte Westorientierung eingeschlagen hatte – ihre West- und Ostpolitik flexibler und ausgewogener abzustimmen sucht. Die Regierung Kohl ist jetzt einem starken Druck der radikalen Kreise von rechts und links ausgesetzt und wird von ihnen aufgefordert, eine klarere und zielstrebigere Position in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands einzunehmen. Man hört schon Stimmen: Nicht staatsrechtliche Modelle der Annäherung der beiden Teile Deutschlands seien erforderlich, sondern ein allumfassendes, auf die Änderung der existierenden Lage gerichtetes strategisches Denken, das sich besonders auf die Sowjetunion konzentriert, weil die Einheit Deutschlands deren natürlichen Interessen nicht zuwiderlaufe. Die Frage wird sogar so gestellt: Die Einstellung zum Problem der Wiederherstellung eines geeinten Deutschlands müsse ein Kriterium für die Wahl der Verbündeten oder der Gegner unter den Ländern sowohl des Westens als auch des Ostens sein.

Selbstverständlich kann man von der CDU/CSU-Führung irgendeine Form der Rückkehr zur traditionellen deutschen Politik des Lavierens zwischen den europäischen Mächten nicht erwarten. Man darf jedoch nicht außer acht lassen, daß sie unter bestimmten Verhältnissen zu diesen Methoden für die Erreichung ihrer Ziele greifen und die Interessen der Sowjetunion mit einem größeren Verständnis berücksichtigen wird.

2. Die zweite Tendenz, die in der Bundesrepublik immer mehr an Stärke gewinnt, spiegelt die Stimmung jener Kreise der westdeutschen Öffentlichkeit wider, die der Meinung sind, das alte außenpolitische Konzept der Rechten und des Zentrums sei fruchtlos, weil das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen der westlichen Integration und gegen die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion nicht gelöst werden könne. Aus der Sicht der Repräsentanten dieser Strömung haben die westlichen Länder kein Interesse an der Lösung der „deutschen Frage“; der Schlüssel dazu liege in Moskau, und die sowjetische Politik könne sogar einseitig die Wiedervereinigung Deutschlands betreiben, was eine breite Unterstützung der Bevölkerung der Bundesrepublik und der DDR finden und die Westmächte in eine schwierige Lage versetzen würde. Dabei wird die Frage nach den Interessen der DDR als eines sozialistischen Staates einfach übergangen, als ob sie keine wesentliche Bedeutung für die Sowjetunion hätte. Als Grund dafür wird die

Meinung geäußert, nur die CDU/CSU-Riege und eine dünne Schicht der Parteiführung in der DDR träten gegen die Idee der Wiedervereinigung Deutschlands und ihrer Neutralisierung auf, während die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes im Osten und im Westen diese Idee sehr stark unterstütze. Der Kreis der Befürworter der Wiedervereinigung Deutschlands nimmt ständig zu. Dazu gehören die Vertreter sowohl des rechten und nach der Mitte hin orientierten als auch des linksliberalen Flügels der westdeutschen Öffentlichkeit. Es fällt auf, daß viele Generäle und Offiziere der Bundeswehr, die pensioniert wurden – wie Kießling, Löser u. a. – aktive Verfechter dieser Idee werden. Nach vorhandenen Angaben wird diese Bewegung von einem Teil der Handels-, Industrie- und Finanzkreise der Bundesrepublik unterstützt. Die Idee der Wiedervereinigung Deutschlands gemäß den Prinzipien seiner Neutralisierung wird immer breiter in den Massenmedien und in den wissenschaftlichen und politischen Schriften der Bundesrepublik propagiert. Man kann mit einer Institutionalisierung dieser Bewegung mittels eigener Presseorgane rechnen.

3. Die Anhänger der dritten Strömung – hauptsächlich sind das die Linken, Sozialdemokraten, Liberale und die „Grünen“ – sehen die Lösung der „deutschen Frage“ nicht so sehr in der Wiedervereinigung, die ihnen für die absehbare Zukunft als nicht real scheint, als in der Beseitigung aller Barrieren des menschlichen Verkehrs, der geschäftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und anderer Kontakte zwischen den Bürgern beider deutscher Staaten im Zuge der Schaffung einer Lage des Friedens und der allumfassenden Sicherheit auf dem europäischen Kontinent. In diesem Fall könnte sich die „deutsche Frage“ in einer entfernten Zukunft in passender Form und zur Genugtuung des ganzen deutschen Volkes sowie der Nachbarstaaten von selbst lösen. Ihren Niederschlag fand diese Position in dem Plan des ersten Vertreters der Bundesrepublik in der DDR, Günter Gaus. Dieser Plan wurde von ihm in einem Vortrag dargelegt, den er am 6. April 1987 im Londoner Institut für internationale Beziehungen hielt. Sinngemäß sieht der Plan so aus:

Die vier Großmächte – die UdSSR, die USA, England und Frankreich – unterzeichnen einen Friedensvertrag mit der Bundesrepublik und der DDR. Die letzteren gestalten ihre Beziehungen miteinander als vollständig souveräne Staaten. Ost-Berlin wird als die Hauptstadt der DDR anerkannt, während West-Berlin den Status eines Landes der Bundesrepublik erhält. Aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik wird der Artikel gestrichen, der als Ziel ihrer Politik die Wiedervereinigung Deutschlands verkündet. So wird die Schärfe der „deutschen Frage“ aufgehoben. Dadurch werden die Hauptquellen der politischen und der militärischen Spannung in Zentraleuropa weggeräumt und reale Voraussetzungen für eine wesentliche Erweiterung der gesamteuropäischen Zusammenarbeit geschaffen. Die Schranken für das Zusammenwirken zwischen der Bundesrepublik und der DDR werden bedeutend reduziert. Zu Garanten solch eines internationalen Systems müssen die Westmächte und die Sowjetunion werden. Die militärischen Bündnisse – die NATO und der Warschauer Pakt – werden aufrechterhalten, obwohl im Laufe der Zeit und als Folge der Streichung der „deutschen Frage“ von der Tagesordnung der europäischen Politik die Voraussetzungen für die Überwindung der Blockstruktur der internationalen Beziehungen entstehen können.

4. Im engen Anschluß an diese Strömung fungiert ein anderes – vor allem von den „Grünen“ vertretenes – Konzept, demzufolge beide deutsche Staaten neben der Erlangung der vollen Souveränität und der gegenseitigen Anerkennung de jure jeweils aus der NATO und dem Warschauer Pakt austreten und zu neutralen Staaten werden. In diesem Fall könnten sie eine Konföderation der beiden deutschen Staaten bilden.

Die Analyse der Entwicklung des politischen Denkens und der außenpolitischen Konzepte in der Bundesrepublik im letzten Jahrzehnt zeugt davon, daß sich die nationale Bewegung in der westdeutschen Gesellschaft zugunsten der Überwindung der gegenwärtigen Situation der Getrenntheit beider Teile Deutschlands und die Suche nach alternativen Wegen der Lösung der „deutschen Frage“, die sich wesentlich von dem eingeschlagenen politischen Kurs der Regierung Kohl unterscheiden, merklich verstärkt haben. Es wäre falsch, diese Bewegung als nationalistisch oder gar als revanchistisch zu definieren. Sie wirft nicht die Frage nach der Neuregelung der Nachkriegsgrenzen auf und stellt die Lösung der „deutschen Frage“ in einen engen Zusammenhang mit der gesamteuropäischen Sicherheit und mit den Interessen der Sowjetunion, indem sie sich darüber im klaren ist, daß Gewaltmethoden zur Erreichung der nationalen Ziele vollkommen unakzeptabel sind. Aber man darf auch nicht außer acht lassen, daß radikale und sogar extremistische Tendenzen im westdeutschen Herangehen an nationale Probleme zunehmende Stärke gewinnen könnten. Davon zeugen die Erfahrungen von Versailles.

Das Plätschern des nationalen Selbstbewußtseins und die Aktivierung der Suche nach nationalen Lösungen in der Bundesrepublik könnten die Politik Bonns in der nationalen Frage beeinflussen. Diese Tendenz in dem politischen Leben der Bundesrepublik gibt auch der Politik der Nachbarländer über die Zukunft des „deutschen Problems“ zu denken und veranlaßt sie dazu, nach den Antworten auf diese Neuerscheinungen zu suchen. Alternativvarianten für eine Lösung der „deutschen Frage“ rufen in Frankreich, England und den USA sowie in den kleineren westeuropäischen Staaten insgesamt eine negative Resonanz hervor, obwohl man den neuen Realitäten Rechnung trägt, die im europäischen Leben entstehen könnten. Die englische Zeitschrift „The world today“ reagierte zum Beispiel auf den oben erwähnten Plan von G. Gaus wie folgt: „Gegenwärtig scheint der bestehende Status quo vorteilhaft zu sein. Er hält die vier Mächte in ihrer gemeinsamen Verantwortung für Berlin und in einem bestimmten Maß für Deutschland insgesamt zusammen . . . Aber in der Vorausschau läßt es sich unschwer vorstellen, daß die verworrenen Konturen des Projekts von Gaus an einem Tag in der Zukunft klarere Umrisse annehmen könnten. Die gegenwärtige Konfrontation in Europa kann nicht und soll nicht ewig dauern. Doch kein Mensch, der die Geschichte einigermaßen kennt, kann sich bei der Idee wohlfühlen, daß alles zu einem Nach-Habsburger Europa frei driftender Staaten zurückkehrt. Eine gewisse Karkasse (Gerippe) ist notwendig, und sie kann mittels Garantien der zusammenwirkenden Supermächte

geschaffen werden. Diese *Karkasse* wird die innere Freiheit für deutsche Kontakte auf Kosten einer bestimmten Einschränkung der außenpolitischen Freiheiten sichern. Sie könnte die zwei Deutschlands durch ausländische Truppen eindämmen, die auf ihren Territorien stationiert sind. Das könnte jedoch nur das Ergebnis eines bedeutenden Wandels in den Ost-West-Beziehungen sein, der nicht unbedingt durch eine begrenzte deutsche Regelung beschleunigt werden würde. Während man die deutsche Frage offenhält, wäre es wahrscheinlich leichter, auch die europäische Frage offenzuhalten.

Diese Gedankengänge scheinen die Einstellung Englands, Frankreichs und anderer westeuropäischer Länder zu alternativen westdeutschen außenpolitischen Konzepten und zur „deutschen Frage“ überhaupt widerzuspiegeln, obwohl sie natürlich ihre eigenen, spezifisch englischen Züge haben. Ich möchte die in diesen Ländern ziemlich verbreitete Meinung hervorheben, gemäß der die deutsche Regelung abgeleitet werden müsse von einer gesamteuropäischen Regelung und von einer Überwindung der Spaltung Europas, von einer allmählichen Transformation der Politik der Konfrontation in eine Politik der gesamteuropäischen Zusammenarbeit und von einer darauf aufbauenden radikalen Reorganisation der Ost-West-Beziehungen. Die Voraussetzungen dafür würden sich nach Maßgabe der Abkehr der Sowjetunion von ihren hegemonialen Zielsetzungen in Osteuropa und von einer Demokratisierung ihrer Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern vergrößern.

Im Unterschied dazu gehen die Anhänger der westdeutschen alternativen Konzepte davon aus, daß die Lösung der „deutschen Frage“ unabhängig vom Ablauf der Prozesse der Annäherung beider Teile Europas und unabhängig von der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen in Angriff genommen werden müsse. Vom Standpunkt ihrer Argumente aus würde sich die Überwindung der Spaltung Deutschlands oder mindestens die Beseitigung der Schärfe der „deutschen Frage“ wohlthuend auf die Überwindung der Spaltung Europas und auf die Milderung der Konfrontation zwischen den Ländern der beiden Systeme auswirken. Ihr Motto lautet: „Europäischer Frieden durch deutsche Einheit.“

Unter dem Einfluß der wachsenden Unzufriedenheit breiter Gesellschaftskreise der Bundesrepublik mit dem gegenwärtigen Stand der nationalen Frage appellieren die USA, Frankreich und England an die nationalen Gefühle der Deutschen in beiden deutschen Staaten, indem sie ihre Solidarität mit den westdeutschen Losungen und Thesen „Vereinigung Deutschlands“, „Offenheit“, „Ungelöstheit der deutschen Frage“ demonstrieren. In den jüngsten Äußerungen von Reagan, Bush, französischer und englischer Politiker in Bonn und in West-Berlin wurde eine volle Aussöhnung der Amerikaner, Engländer und Franzosen mit dem deutschen Volk lautstark verkündet. Der aus diesem Anlaß in Bitburg durchgeführte üppige Festakt schmeichelte dem nationalen Selbstgefühl der Deutschen sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR sehr. Vor dem Hintergrund der offenen Lebensweise im Westen, die es zum Beispiel ermöglicht, eine französisch-westdeutsche Brigade zu formieren oder breite Kontakte der Armeeangehörigen mit der einheimischen deutschen Bevölkerung zur Norm zu machen, steht die strenge Isolierung der sowjetischen Militärs von der Bevölkerung der DDR in einem unansehnlichen Lichte da. Die extreme Einschränkung der menschlichen Alltagskontakte mit sowjetischen Bürgern hat eine äußerst negative psychologische Einwirkung auf die Bevölkerung in beiden deutschen Staaten. Dieser Umstand ruft ein starkes Mißtrauen und einen Mißmut gegenüber der sowjetischen Politik hervor. In der DDR bewirkt dies eine Ausweitung der prowestlichen und nationalistischen Stimmungen. Die sowjetische Politik selbst stärkt diese Stimmungen, indem sie nichts unternimmt, um die im Krieg entstandene psychologische Hinterlassenschaft zu überwinden sowie „Feindbilder“ bezüglich unserer Auffassung über die Bundesrepublik, ihrer Politik und ihrer Bürger abzubauen. Beispielsweise konnte oder wollte unsere Politik Bitburg nichts entgegensetzen. Das war ein grober Fehler. Es sah so aus, als ob wir die Deutschen in die westliche Umarmung stießen, indem wir darüber schimpften, daß Reagan und Kohl über den Gräbern der gefallenen deutschen Soldaten einander die Hand reichten. Es ist schon lange an der Zeit, das bei uns steckengebliebene Syndrom des vergangenen Krieges loszuwerden. Im Laufe von 40 Jahren hat sich die internationale Situation grundlegend geändert. Unser Haupttrivale sind jetzt andere Mächte. Trotzdem neigen wir dazu, nach wie vor die Bundesrepublik für diesen Rivalen zu halten. In der Politik muß man sich nicht von Emotionen und von Erlebnissen der Vergangenheit, sondern von Interessen und nüchternen Kalkulationen leiten lassen.

Nicht flexibel und politisch nachteilig ist die von der DDR-Führung vertretene These, „die deutsche Frage“ sei endgültig entschieden. An Plumpheit, übermäßiger Härte und Gradlinigkeit leidet der Leitsatz, die kapitalistische Bundesrepublik und die sozialistische DDR seien wie Feuer und Wasser nicht zu vereinen. Die Nichtbeachtung der nationalen Gefühle der DDR-Bevölkerung kann unseren Interessen nur politischen Schaden zufügen. Nach vorhandenen Angaben gibt es in der DDR viel mehr Bürger als in der Bundesrepublik, die für die Vereinigung Deutschlands plädieren.

Die nationale Unzufriedenheit des überwiegenden Teils der Bevölkerung der DDR entwickelt sich vor dem Hintergrund des fortdauernden und sogar wachsenden wirtschaftlichen und technologischen Zurückbleibens gegenüber der Bundesrepublik. Während die Arbeitsproduktivität in der Wirtschaft der DDR 1963 um 25 Prozent unter dem Niveau der Bundesrepublik lag, beträgt diese Größenordnung zur Zeit 40 Prozent. Das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik ist pro Kopf der Bevölkerung um das zweifache und der Reallohn um 50 Prozent höher als in der DDR. (Nach westdeutschen Angaben überhöht die DDR-Statistik etwa um das 1,5fache die tatsächlichen Wachstumsraten der DDR). Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Subventionen vom Haushalt der Bundesrepublik und aus privaten Quellen in Höhe von 2,5 Milliarden DM, Kredite der westdeutschen Banken für den Einkauf der Investitionsgüter und anderer Waren, Swing-Finanzmittel im Wert von etwa 800 Millionen DM u. a. m. jährlich in die DDR fließen. Solide Vorteile hat die DDR auch im Zusammenhang mit ihrem uneingeschränkten Zugang zu dem deutschen und EG-Markt.

Nichtsdestoweniger hat es das Modell des Sozialismus, das in der DDR entstand und sich entwickelte, nicht vermocht, seine Vorzüge in den Augen der einfachen Bürger beider deutscher Staaten zu erweisen. Für die Mehrheit von ihnen treten die Interessen des Sozialismus in den Hintergrund im Vergleich mit den nationalen Interessen. Dieser Prozeß einer Devaluation [oder besser: Diskreditierung] der sozialistischen Werte wird fortauern, wenn die DDR-Führung nicht den Weg der grundlegenden Reformierung des wirtschaftlichen Systems und der Erneuerung des politischen Überbaus beschreitet. Sie muß der Bevölkerung des Landes neue Orientierungspunkte und Hoffnungen auf die sozialistische Entwicklung vermitteln und – was ausschlaggebend ist – für sie ein reales wirtschaftliches, politisches und humanitäres Wohl sichern, das die Schärfe des nationalen Problems mildern oder überhaupt beseitigen kann.

Es ist von großer Bedeutung, mögliche Varianten der Entwicklung der „deutschen Frage“ unter dem Blickwinkel der Interessen der sowjetischen Politik nachzuvollziehen. Hier können vorwiegend folgende Linien umrissen werden:

1. die fortdauernde Existenz von zwei deutschen Staaten;
2. die Wiedervereinigung Deutschlands gemäß den Prinzipien der Neutralität und der Bündnisfreiheit;
3. die Wiedervereinigung Deutschlands und seine Integration in das westliche Bündnis;
4. der Austritt der Bundesrepublik und der DDR aus NATO und Warschauer Pakt und deren selbständige Existenz gemäß den Prinzipien der Neutralität und der Bündnisfreiheit;
5. die Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten nach ihrem Austritt aus den Bündnissen;
6. der Beschluß eines Friedensvertrages mit beiden Staaten unter Beibehaltung ihrer Mitgliedschaft in NATO und Warschauer Pakt. Ost-Berlin wird als die Hauptstadt der DDR und West-Berlin als die Hauptstadt der Bundesrepublik anerkannt.

Die erste Variante ist zweifellos eine reale Perspektive für Europa in der absehbaren Zukunft. Sie setzt die Erhaltung des bestehenden Status quo voraus. Man muß dabei einer Reihe der für die sowjetische Politik ungünstigen Faktoren berücksichtigen:

- eine weitere Konsolidierung des westeuropäischen Machtzentrums, in dem die Bundesrepublik eine führende politische und wirtschaftliche Rolle zu spielen vermag;
- die Formierung eines westeuropäischen Militärbündnisses, das sich auf die Bundeswehr und die anglo-französischen Nuklearkräfte stützen wird;
- die Vergrößerung des Abstandes zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Niveau der wirtschaftlichen und der technologischen Entwicklung;
- das Anwachsen der nationalistischen Stimmungen und der Bestrebungen nach der Lösung der „deutschen Frage“ in der Bundesrepublik und in der DDR.

Bei dieser Variante wird die „deutsche Frage“ als latenter Gefahrenherd für Frieden und Stabilität in Europa weiterbestehen. Es ist kaum zu erwarten, daß sich die überwiegende Masse des deutschen Volkes im Westen und im Osten mit der Spaltung Deutschlands abfindet und die Idee der Vereinigung des Landes fallenläßt. Im Zusammenhang damit wird der konfrontative Blockcharakter der internationalen Beziehungen in Europa aufrechterhalten. Je stärker das westeuropäische Machtzentrum wird, desto mehr werden die Tendenzen zur Reduzierung der amerikanischen militärischen Präsenz in Westeuropa zunehmen. In diesem Fall wird das politische und militärische Gewicht der Bundesrepublik im Rahmen der westeuropäischen Allianz stärker zur Geltung kommen und ihr Ansehen unter den Deutschen wachsen.

Um den Status quo zu erhalten und die Kräfte der USA, der Bundesrepublik, Englands und Frankreichs auszugleichen, wird die Sowjetunion auch weiterhin gezwungen sein, ihre Wirtschaft überzustrapazieren. Die Lösung dieser Aufgabe wird in einem großen Maße von der politischen und wirtschaftlichen Stabilität in den Ländern Osteuropas und vom Charakter von deren Wechselbeziehungen mit der Sowjetunion abhängen. Beim alten Wirtschaftsmechanismus wird es der Sowjetunion nicht gelingen, auf lange Sicht die Haltbarkeit des bestehenden Status quo effektiv zu sichern. Die sowjetische Politik ist aufgefordert, eine ganze Reihe von komplexen Problemen zu lösen, unter denen folgende hervorzuheben sind:

- Wie kann die Anziehungskraft der Bundesrepublik für die Bevölkerung der DDR neutralisiert werden?
- Wie kann die destabilisierende Auswirkung der „deutschen Frage“ auf die europäische Situation vermindert werden?
- Wo sind die Grenzen der Annäherung und der Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten?
- Wie wird sich die Reduzierung der amerikanischen militärischen Präsenz auf die Stabilität in Europa auswirken?
- Welchen Einfluß wird die Konsolidierung des westeuropäischen Machtzentrums auf die Entwicklung der „deutschen Frage“ haben usw.?

Die zweite Variante kann der Sowjetunion eine Menge von Vorteilen und Vorzügen bringen. Unter ihnen sind zu nennen:

- Ohne die Bundesrepublik kann die NATO praktisch nicht existieren.

- In Europa könnten Möglichkeiten für die Auflösung beider Blöcke entstehen.
- Die Etablierung einer militärisch-politischen Gruppierung der westeuropäischen Hauptmächte, die der Sowjetunion widerstehen, würde ausgeschlossen werden.
- Die „deutsche Frage“ würde aufhören, eine Quelle der Unruhe in Europa zu sein.
- Die amerikanische militärische und politische Präsenz auf dem europäischen Kontinent würde beendet werden.
- Polen und die Tschechoslowakei würden wegen ihrer Interessen an der Aufrechterhaltung des territorialen Nachkriegsstatus mehr als gegenwärtig eine Stütze für ihre Außenpolitik in Gestalt der Sowjetunion suchen.
- Frankreich und England sowie die kleineren europäischen Länder würden in der Sowjetunion ein Gegengewicht für den politischen und wirtschaftlichen Einfluß Deutschlands sehen.

Unter den Bedingungen eines pluralistischen, blockfreien Charakters der internationalen Beziehungen entstünden unvergleichlich bessere Möglichkeiten für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit im politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich. Der RGW und die EG könnten im Laufe der Zeit sich selbst auflösen und durch Institutionen einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit ersetzt werden. Das System der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern würde einen harmonischeren Charakter annehmen. All das könnte im Endergebnis die Positionen des Sozialismus sowohl in einzelnen europäischen Ländern als auch in Europa insgesamt stärken. Es wäre falsch, die Wiedervereinigung und die Neutralisierung Deutschlands nur als Preisgabe von Positionen des Sozialismus in der DDR zu betrachten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit soziale Ideen und Stimmungen zugunsten des Sozialismus stark in den westlichen Teil Deutschlands einströmen lassen, die Sympathien für die Sowjetunion dort steigern und den Boden für die antisowjetische Geistesverfassung untergraben würde. In der Bundesrepublik gibt es schon zur Zeit beträchtliche Voraussetzungen für die Bewegung hin auf eine Sozialisierung des gesellschaftlichen Lebens. Diese Entwicklung wird durch die Spaltung des Landes und die Konfrontation in Europa gebremst. Die Variante des geeinten neutralen Deutschlands kann vom Standpunkt der nationalen Interessen der Sowjetunion als insgesamt sehr vorteilhaft betrachtet werden, obwohl es gegebenenfalls auch erscheinen mag, daß diese Interessen in Widerspruch zu den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus treten.

Die dritte Variante ist nicht real, obwohl sie der Ostpolitik der gegenwärtigen Regierung der Bundesrepublik zugrunde liegt. Ihre Realisierung würde eine abrupte Zerstörung des europäischen Kräftegleichgewichts, eine vollständige Destabilisierung der bestehenden Lage mit sehr gefährlichen Folgen für die Sicherheit in Europa bedeuten. Diese Variante scheint sogar vom Standpunkt der Interessen der Westmächte aus nicht unproblematisch zu sein. Sie würden mit einem wirtschaftlich und militärisch dominierenden Deutschland nichts zu tun haben wollen.

Die vierte Variante scheint auf der Etappe des Funktionierens eines entwickelten europäischen Sicherheitssystems möglich zu sein, das die Schaffung eines Kräftegleichgewichts zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt auf niedrigstem Niveau, die Nichtangriffs- und Nichtüberraschungsfähigkeit beider Blöcke, ihre Trennung durch einen Korridor ohne Truppen, nukleare und chemische Waffen u. a. voraussetzt. Eine wichtige Bedingung für die Realisierung dieser Variante ist die Stärkung der Positionen des Sozialismus in der DDR durch seine radikale Erneuerung, damit er sich nicht auf Gewalt und Zwang, wie das zur Zeit der Fall ist, sondern auf die bewußte Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung stützen könnte.

Die fünfte Variante kann man sich als eine weitere Entwicklung der vierten Variante in der einer fernen Perspektive vorstellen. Diese beiden Varianten trügen zur Entschärfung der „deutschen Frage“ und der Stabilisierung der Lage in Europa bei. Sie würden den Abzug der ausländischen Truppen vom Territorium der Bundesrepublik und der DDR, die Rückführung der amerikanischen Truppen in die USA voraussetzen. All das läge im Interesse der sowjetischen Politik.

Die sechste Variante wird, wie bereits früher erwähnt, nicht die Zustimmung der Westmächte und der Regierung der Bundesrepublik finden. Sie könnte auch für die sowjetische Politik nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten schaffen, die im Zusammenhang mit der Berliner Frage stehen.

Das Herangehen der sowjetischen Politik an die „deutsche Frage“ in der gegenwärtigen Etappe muß meines Erachtens den langfristigen Zielen der Stärkung der europäischen Stabilität und Sicherheit entsprechen. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung der tiefgreifenden sozio-politischen und wirtschaftlichen Reformen in den Ländern Osteuropas, für eine radikale Erneuerung des Sozialismus und die Stärkung von dessen Positionen. Die sowjetische Politik muß damit rechnen, daß die evolutionäre Entwicklung der „deutschen Frage“ von überraschenden Umbrüchen begleitet werden kann. Diese Umbrüche könnten als Folge der inneren Entwicklung in der Bundesrepublik und in der DDR sowie in anderen zentraleuropäischen Ländern oder als Ergebnis außenpolitischer Initiativen in Gang gesetzt werden.

*Übersetzung aus dem Russischen: Bernd Bentlin, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.*

### **Timothy Garton Ash: Rückblick auf die Entspannung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/94, S. 3–10

Die Entspannungspolitik war meines Erachtens von einem Paradoxon gekennzeichnet, das den originellen Beitrag der Deutschen ausmacht, und zwar eine Liberalisierung durch Stabilisierung. Unter Honecker kam es in der Zeit von 1971 bis 1986 zu einer Stabilisierung ohne Liberalisierung, und die Bundesrepublik leistete zu dieser Stabilisierung ihren Beitrag. Unter dem Einfluß der sowjetischen Politik der Perestrojka kam es schließlich zur Liberalisierung durch Destabilisierung. Daß die westdeutsche Entspannungspolitik bewußt das Ziel der Destabilisierung betrieben habe, läßt sich so nicht behaupten. Von Versäumnissen läßt sich nur insofern sprechen, daß die deutsche Politik sich mehr um symbolische Gesten hätte bemühen sollen, wie dies weiland Willy Brandt 1970 in Warschau vorgemacht hatte. In dem sich formierenden neuen Europa ist es nicht unbedingt hilfreich, auf nationale Interessen zu verzichten, da auch weiterhin trotz aller Kooperation bedeutende Unterschiede in den Prioritäten und Auffassungen zwischen den Staaten in Europa bestehen.

### **Peter Bender: Der goldene Angelhaken: Entspannungspolitik und Systemwandel**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/94, S. 11–15

In den achtziger Jahren war die Entspannungspolitik der Kanzler Brandt, Schmidt und Kohl nicht ganz, aber weitgehend akzeptiert. Seit 1990 wird sie kritisch befragt, so kritisch, daß sich das Bild ins Gegenteil verkehrt hat. Die Leistungen und Erfolge, deren sich die Bundesregierungen vorher rühmten, sind in den Schatten getreten; die Fehlleistungen und Mißerfolge stehen im Scheinwerferlicht. Da die DDR zusammengebrochen ist, erscheint jede Politik fragwürdig, die nicht auf ihren Zusammenbruch hinarbeitete. Da die DDR nicht wie Polen, Ungarn und die Sowjetunion das System zu reformieren versuchte, erscheint die Bemühung Bonns um Ost-Berlin als Stabilisierung des Systems.

Weitgehend unbeachtet bleibt, was Entspannung für die SED-Macht bedeutete. Sie brachte der Führung nicht nur Valuta und Aufwertung, sondern auch „Aufweichung“ und den Zwang zu allmählicher, kontrollierter Öffnung zur Bundesrepublik. Während Bonn für „menschliche Erleichterungen“ nur mit Geld und Ehrenbezeugungen bezahlen mußte, war Honecker genötigt, wesentliche Fundamente der Parteiherrschaft abzubauen: das Feindbild, die „Abgrenzung“ gegen Westen und das Verbot von Reisen dorthin; sogar seine Handlungsfreiheit gegenüber der Bundesrepublik wurde eingeschränkt und sein Verhältnis zur Schutzmacht Moskau gestört. Bonns konsequente Entspannungspolitik hat keine Reform der DDR bewirkt, aber deren Ruin gefördert und beschleunigt.

### **Jens Hacker: Die Ostpolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung seit dem Regierungsantritt 1982**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/94, S. 16–26

Die seit Herbst 1982 amtierende, durch die Wahlen zum Deutschen Bundestag 1983 und 1987 bestätigte, von CDU/CSU und FDP getragene Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl hat von Anfang an die Ostpolitik ihrer Vorgängerinnen fortgeführt und weiterentwickelt. Dies geschah im Rahmen der 1970 mit der UdSSR und Polen sowie 1973 mit der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik geschlossenen Verträge. Darüber hinaus war die Bundesregierung Kohl/Genscher bestrebt, das 1972 geschaffene innerdeutsche Vertragswerk auszubauen. Eine wichtige Rolle spielte für sie auch die Intensivierung des KSZE-Prozesses.

Als die Bundesregierung Kohl/Genscher Anfang Oktober 1982 antrat, setzte die sich zu Beginn der achtziger Jahre rapide verschlechternde internationale Großwetterlage der Bonner Ostpolitik enge Grenzen. Durch ihre forcierte Vorrüstung hatte die Sowjetunion das militärische Gleichgewicht in Europa empfindlich gestört, und die NATO reagierte am 12. Dezember 1979 mit dem Doppelbeschluß. Auf das schwerste hatte die sowjetische Führung unter Leonid Breschnew die Ost-West-Beziehungen durch die Ende 1979 eingeleitete Invasion Afghanistans belastet. Schließlich entwickelte sich die politische Situation in Polen 1980/81 mit der Verhängung des Kriegsrechts zunehmend krisenhaft.

Nicht nur ihre Ost-, sondern auch ihre Deutschland-Politik trieb die Bundesregierung Kohl/Genscher auf der Grundlage vertraglich gesicherter Westbindung. Mit dem Hinweis, ihre Ost- und Deutschland-Politik werden auch von den drei Westmächten getragen, schloß sie jegliche Ängste um einen deutschen „Sonderweg“ von vornherein aus. Auch wenn sich alle Vorgänger Bundeskanzler Kohls der fortbestehenden Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte bewußt waren, hat keiner von ihnen so prononciert die Bonner Ost- und Deutschland-Politik dieser Prämisse untergeordnet. Unter diesen Voraussetzungen konnte 1990 die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands auf der innerdeutschen Ebene und im Wege des Zwei-plus-vier-Prozesses vollzogen werden.

**Gottfried Niedhart/Reiner Albert: Neue Ostpolitik und das Bild der Sowjetunion von 1968 bis 1975**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/94, S. 27–35

Auf welches Sowjetunion-Bild konnte sich die „neue Ostpolitik“ stützen? War sie vornehmlich das Ergebnis einer einseitigen Wendung zur Entspannung, oder gab es auch Anhaltspunkte für sowjetische Kooperations- und Kompromißbereitschaft? Im Ansatz beruhte das ostpolitische Konzept, das zur Zeit der Großen Koalition sichtbar und nach Bildung der sozial-liberalen Regierung konsequent realisiert wurde, auf der Hinnahme der bestehenden Grenzen in Europa und der Annahme, die Anerkennung des Status quo diene seiner Überwindung. Die Sowjetunion galt in diesem Konzept als Staat, der primär auf Wahrung seiner Sicherheitsinteressen aus war und nicht irgendwelche revolutionären Ziele verfolgte.

Das der „neuen Ostpolitik“ zugrundeliegende Sowjetunion-Bild war ambivalent, denn es änderte sich weder etwas am Systemgegensatz noch – was alarmierend erschien – am Machtgegensatz. Die erhoffte Interdependenz von politischer Verständigung, wirtschaftlicher Kooperation und Truppenreduktion blieb aus. Die UdSSR verzichtete nicht auf den weiteren Ausbau ihres Rüstungspotentials.

**Wjatscheslaw Daschitschew: Aus den Anfängen der Revision der sowjetischen Deutschlandpolitik. Ein Dokument zur Deutschen Frage aus dem Jahre 1987**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/94, S. 36–46

Schon frühzeitig gab es Stimmen im sowjetischen Machtapparat, die für eine Lösung der deutschen Frage eintraten, denn eine solche lag auch im Interesse der damaligen Sowjetunion. Befürworter eines solchen Kurses hatten mit erheblichem Widerstand von seiten der Nomenklatura zu rechnen. Der Beitrag von Wjatscheslaw Daschitschew gibt Einblicke in das Innenleben dieses Systems wie auch einen Überblick über das Für und Wider der deutschlandpolitischen Argumentation im außenpolitischen Führungszirkel. Die Status-quo-Kräfte hatten sich mit ihren Ansichten ins historische Abseits manövriert, so daß sie am 9. November 1989 mit leeren Händen dastanden. Aus einem hier erstmalig veröffentlichten Dokument wird deutlich, daß es neben den beharrenden Kräften auch solche mit historischem Gespür und Weitblick gegeben hat.